

Wöchentlich 70 Bl., monatlich 2, — M. im voraus zahlbar. Postbezugs 2, 20 M. einschließlich Postgebühren. Einzelheft 5 Pf. 10 Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Donnerstags und Montags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Wöchentliche Beilagen“, „Welt und Zeit“ und „Kinderzeitung“. Ferner: „Jugendzeitung“, „Frauenstimme“, „Leben“, „Wort in die Arbeiterwelt“ und „Tag und Nacht“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
23. März 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige sozialistische Kampfbroschüre
50 Pfennig. „Kleine Angelegenheiten“ des Reichs-
druckers. Wort 25 Pfennig. Günstig zwei
teilgedruckte Worte, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Eintragungsgebühr des ersten
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. „Arbeitsmarkt“
Seite 60. Umfang: 100 Seiten. Preis für
Abonnenten: 200 Pfennig. Angelegenheiten
ausgegeben im Hauptgeschäft: Linden-
straße 63, monatlich 200 Pf., bei 17 Hft.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Druckerei: Fendel 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verkaufsstelle: Berlin SW 68 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollf. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Kein Platz für Wirth!

Aber für Unternehmer. — Forderungen der Zentrumsindustriellen.

Die Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei haben auf ihrer dritten Generalversammlung am Mittwoch beschlossen:

„Die im Ingenieurhaus Berlin zu der diesjährigen Generalversammlung zusammengetretenen Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei erwarten mit aller Bestimmtheit von der Partei, daß bei den jetzt stattfindenden Kandidatenaufstellungen zum Reichstag und zu den Landtagen mindestens

von Wirth seinen Besern auf der dritten Seite mit. Auf der ersten Seite liest man, daß Herr Lammer eine begrüßenswerte Rede gehalten habe, daß die Arbeiterschaft gleichberechtigt und mit gleicher Verantwortung in die politische Front einzutreten habe. Nur dürfe sie nicht auf ihre Zahl pochen...

Aber von der Entschliebung der Zentrumsunternehmer erfahren die Beser des „Deutschen“, des Blatts der christlichen Gewerkschaften, kein Wort!

Bedenken im Zentrum.

Frankfurt a. M., 22. März. (Eigenbericht.)

Die „Rhein-Rainische Volkszeitung“, das von dem Reichstagsabgeordneten Prof. Dettmer geleitete Frankfurter Zentrumsblatt, schreibt:

„Das badische Zentrum hat mit der Aufstellung dieser Kandidatenliste eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Man wird gewiß allerorts dafür Verständnis haben, daß die Wiederanstellung der Kandidatur Dr. Wirths nach allem, was vorgegangen ist, dieses Mal auf besondere Schwierigkeiten stoßen würde. In Baden hat man ein ausgeprägtes Gefühl für stramme Parteizucht, und ein so eigenwilliger Charakter wie Dr. Wirth muß in Baden naturgemäß stärker aufstoßen als anderswo. Trotzdem hätte man erwarten dürfen, daß der Landesauschuß des badischen Zentrums den Fall Wirth nicht nur nach den Regeln der Parteidisziplin behandelt und entschieden hätte. Wir wollen auf sachlichen Hintergründe, die in der Frage des Reichstagsgesetzes den Konflikt Dr. Wirths mit der Partei bestimmten, an dieser Stelle nicht näher eingehen. Es sei nur festgestellt, daß er sich, von Einzelaktionen abgesehen, im ganzen von einem politischen Weltbild leiten ließ, der durch den ergebnislosen Ausgang des Kampfes um das Schulgesetz klagend bekräftigt wurde. Was an Bestimmtheit und Verärgerung übrig geblieben war, hätte mit einem Blick auf das Ganze sicher ausgeräumt werden können. Aber gerade der Blick auf das Ganze scheint diesmal in Freiburg gefehlt zu haben. Eine Persönlichkeit wie Dr. Wirth ist sicherlich in ängstlich behüteten Parteigrenzen schwer zu halten, aber man sollte doch in Baden wissen, daß der Ueberfluß an politischen Führerfiguren im Zentrum nicht so groß ist, daß man sich den Luxus erlauben konnte, an sich wohl berechnete, im Rahmen des Ganzen aber untergeordnete Erwägungen in den Vordergrund zu stellen.“

Und sich das badische Zentrum überlegt, was es am Vorabend eines so schweren Wahlanges bedeuten kann, wenn man im ganzen Reich vor die Tatsache gestellt wird, daß für einen Mann wie Dr. Wirth auf der Kandidatenliste des badischen Zentrums kein Platz mehr ist? Und will man den Genossen die Waffe in die Hand geben, daß möglicherweise in die neue Zentrumsfraktion des Reichstages Herr Löwenstein einzeln wird, während Wirth vielleicht ausscheiden muß? Wohlhoffte, das badische Zentrum war diesmal nicht gut beraten. Es bleibt zu hoffen, daß im Reich wieder gutgemacht werden kann, was in Baden verärgert wurde.“

ebenfalls Kandidaten aus Industrie- und Handelskreisen an sicherer Stelle aufgestellt werden, wie das in den letzten Parlamenten der Fall war.

Im Interesse der Partei würden sie es für richtig halten, wenn es sich darüber hinaus ermöglichen ließe, weitere Persönlichkeiten aus diesen Kreisen in die Parlamente zu bringen, da die wirtschaftlichen Fragen in immer größerem Umfang in der Politik eine Rolle spielen.“

Der Zentrumsindustrielle Ten Hompel hat diesen Beschluß erläutert: die Politik des Reichsarbeitsministeriums und der christlichen Gewerkschaften sei verfrüht, es sei nicht an der Zeit, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen. Herr Lammer vom Reichsverband der Deutschen Industrie sprach das große Wort: es dürfe im Zentrum nicht die Zahl der hinter den Abgeordneten stehenden Wähler, sondern nur die Stärke und Verantwortlichkeit jedes einzelnen für das Vaterland gelten.

Ist die Stärke und Verantwortlichkeit des Mannes Wirth für das Vaterland geringer als die Stärke und Verantwortlichkeit eines Industriellen, dessen Stärke nach Mark und Pfennigen bemessen wird?

Aus Wirth spricht der leidenschaftliche Protest gegen die Wiederbelebung des Ständestaates auf plutokratischer Ebene. Aus Lammer spricht die Ueberheblichkeit des auf die Millionen pochenden Unternehmers, der Bildungshochmut gegenüber dem Kulturwillen der Massen: „Wenn Stände und Berufe auf die Zahl der von ihnen vertretenen Wähler und der damit gegebenen Mandate pochen, dann werde auf die Dauer das geistig hochstehende Unternehmertum nicht mehr in den Reihen der Partei zu finden sein.“

Sehr schlechte Regie, daß die Zentrumsarbeiter zur gleichen Zeit die Abjagung Wirths und die Machtansprüche der Zentrumsunternehmer erfahren!

Aber wie erfahren es die Zentrumsarbeiter? Gestern morgen las man in der „Germania“ die offizielle Nachricht — ohne ein Wort weiter. Gestern abend entdeckte man in der „Germania“ eine Notiz „Zur Kandidatenfrage“. Sie enthielt den Beschluß der Zentrumsunternehmer, ohne ein Wort weiter. Ohne ein Wort über Wirth. Der „Deutsche“ von gestern abend teilt die Abjagung

Was ist Pazifismus?

Das Ziel — die Verhütung des Krieges.

Von Rudolf Breitscheid.

Der Reichswehrminister Groener hat sich vor kurzem im Reichstag zu einem „vernünftigen Pazifismus“ bekannt. Das ist ihm von der Rechten, die ihn ohnehin nicht sonderlich liebt, sehr übelgenommen worden. Ein Wehrminister, und noch dazu ein ehemaliger General, der nicht gegen den Pazifismus vom Leder zieht und ihm gar noch Zugeständnisse macht, ist in ihren Augen eine Unmöglichkeit. Das Wort Pazifismus bleibt, wie das Organ des deutschen nationalen Grafen Westarp sagt, im Munde eines Wehrministers eine sehr gefährliche Aeußerung wegen ihrer Rückwirkung auf die Wehrmacht selbst. Groener habe, wenn auch unbeabsichtigt, eine Bewegung gefördert, die sogar für die Zukunft ein gerichtliches Einschreiten wegen Landesverrats verhindern wolle. Andere Blätter sind bereit, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen, da er doch wenigstens für den Bau des Panzerkreuzers eingetreten sei. Aber auch ihnen ist der Mann verdächtig, der sich eines so bedenklichen Abweichens von der Denk- und Redeweise hochgestellter Offiziere schuldig gemacht hat.

Auch daß Herr Groener nur von einem „gesunden und vernünftigen“ Pazifismus gesprochen hat, vermag ihn nicht vollständig zu entlasten, obwohl doch diese Einschränkung schließlich alle Auslegungen zuläßt und sich am Ende auch die Nationalisten und Militaristen auf den Standpunkt stellen, daß Kriegsvorbereitungen nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Militärische Rüstungen und diplomatische Bündnisse sind doch immer mit der Behauptung gerechtfertigt worden, daß sie die Aufrechterhaltung des Friedens gewährleisten sollen, und wer das vielzitierte Wort gebraucht: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!, macht immerhin ehrlich oder unehrlich eine Verbeugung vor dem Friedensgedanken, und kann sich, wenn es ihm gefällt, als einen „vernünftigen“ und „gesunden“ Pazifisten bezeichnen.

Was aber ist, wenn wir von allen schmückenden und entschuldigenden Beiwörtern absehen, der Sinn des Pazifismus überhaupt? Was Wort will doch nur eine Politik kennzeichnen, die grundsätzlich darauf abhebt, die Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den Nationen auf friedlichem Wege zu bereinigen, und die gleichzeitig die Ursachen des Krieges, zu denen nicht zuletzt die militärischen Rüstungen gehören, aus der Welt zu schaffen. Der Pazifismus hat ein ethisches Fundament. Er verurteilt die blutigen Auseinandersetzungen, die sich nach seiner Meinung nicht aus der Natur der Menschen ergeben und die nicht sozusagen als gottgewollt anzuerkennen sind. Aber er hat weder etwas mit persönlicher Feigheit und Heufemelerei, noch mit einer mangelhaft ausgebildeten Vaterlandsliebe zu tun. Er sieht nur in dem Mut der Waffen nicht das Menschheitsideal, und er ist überzeugt, der eigenen Nation am besten zu dienen, wenn er ihr mit Hilfe internationaler Abmachungen die Not und die Grausamkeit des Krieges erspart.

In diesem Sinne ist die auswärtige Politik der deutschen Republik, im Großen gesehen, pazifistisch. Wir mögen ihr im einzelnen Unklarheiten und Unschlüssigkeiten zum Vorwurf machen, wir mögen ihr nachsagen, daß ihre Worte und ihre Handlungen sich nicht immer decken, aber sie hat sich doch auf eine Bahn begeben, an deren Ziel die Verhütung des Krieges steht. Deutschland ist in den Völkerbund eingetreten, dessen Mitglieder, wie es im Statut heißt, bestimmte Verpflichtungen übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten. Es hat die Lücken der Völkerbundsatzung wenigstens zum Teil durch Schiedsverträge mit einer ganzen Reihe von Staaten ausgefüllt. Es hat den Locarno-Pakt unterzeichnet, in dem sich Deutschland, Belgien und Frankreich gegenseitig verpflichten, in keinem Fall zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten. Es bemüht sich zusammen mit den anderen Mächten, die allgemeine Sicherheit durch Verbesserung des Systems und der Methoden der Kriegsverhütung zu erhöhen. Gewiß kann man einwenden, das alles sei nicht oder nicht nur aus moralischen, sondern aus sehr praktischen Rücksichten geschehen, und die Tugend sei aus der Not geboren. Aber die Motive können beiseite bleiben: in Wirklichkeit ist Pazifismus getrieben worden, und zu ihm haben auch die Deutschen nationale, als sie in die Bürgerblockregierung eintraten, zum mindesten ein Lippenbekenntnis abgelegt.

Mehr als das: die Deutschen begrüßen die amerikanische Anregung zu einem internationalen Abkommen,

Madrid versöhnt sich mit Genf.

Spaniens Völkerbundsruückkehr offiziell angekündigt.

Genf, 22. März.

Die Rückkehr Spaniens in den Völkerbund hat nunmehr im Völkerbund ihre erste offizielle Bestätigung gefunden. In der Kommission für Kinderhuh teilte der Delegierte Spaniens, Don Pedro, aus Anlaß seiner Wahl zum Mitgliede des neuen Völkerbunds für kinematographische Erziehung mit, daß er neben ein Telegramm erhalten habe, daß die Madrid-Regierung den Beschluß gefaßt habe, ihre Mitarbeit am Völkerbund weiter fortzusetzen.

Wahlvorspiel im Saargebiet.

Sonntag Neuwahl des Landrats.

Saarbrücken, 22. März. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wird der Landerrat des Saargebietes zum dritten Male neu gewählt. Er ist lediglich eine begutachtende Instanz für die Regierungskommission. Die Neuwahl war bereits im vorigen Jahre statt, wurde von der Regierungskommission aber verschoben, weil angeblich über das Saarrückgliederungsproblem verhandelt wurde. In Wirklichkeit versteckte sich hinter diesem Ausschub die Wahlangst der bürgerlichen Par-

telen, die einen Linksruck, stärker noch als bei den Wahlen von 1924, befürchten. Dieses Versteckspiel hat die Sozialdemokratische Partei vor Monaten durch einen Antrag an die Regierungskommission, nun endlich die Landesratswahlen auszuschreiben, durchkreuzt.

Das Dasein des Landesrats als Scheinparlament ist nicht geeignet gewesen, eine große Wahlbegeisterung zu wecken. Infolgedessen macht sich namentlich beim Bürgertum neben der Wahlangst auch starke Wahlmüdigkeit und Wahlauheit bemerkbar. Dagegen darf die Sozialdemokratie, die unter der Parole „Zurück zum Reich und wirtschaftlicher Wiederaufstieg der Saar!“ kämpft, sowohl gute Versammlungen wie auch zuverlässige Stimmung ihrer Wählermassen buchen.

Sowjetbureaufrage.

Bei einer Revision, die das Volksoffizariat der Arbeiter- und Bauerninspektion in der Kreislandratskommission von Witebsk vornahm, wurde festgestellt, daß eine von 500 Bauern bereits 1918 eingereichte Beldwerbe bisher immer noch nicht erledigt worden ist. In der Sowjetpresse wird jetzt gegen die „bureaukratische Erstarrung des Sowjetapparats“ geschrieben.

Deutschnationale Methoden.

Sehe gegen Preußen, aber Versagen, wenn es ernst wird.

In dem Maß die Mächte verpflichtet sollen, den Krieg als Mittel der auswärtigen Politik auszuschalten. Der Krieg soll dadurch vermieden und geächtet werden. Sie sitzen ferner in einer Regierung, deren Vertreter in der Abrüstungskommission zu Genf die radikalsten Abrüstungsvorschläge Sowjetrußlands unterstützen. Kann man den Krieg vermeiden und die Möglichkeiten zur Kriegsführung beseitigen wollen und sich zur gleichen Zeit gegen diejenigen wenden, die dem Pazifismus das Wort reden?

Hier liegt ein Widerspruch vor, der sich auch durch den Hinweis auf die Notwendigkeit der Verteidigung nicht auflösen läßt. Ganz abgesehen davon, daß sich noch bei jedem Kriegsausbruch jeder der Beteiligten als der Angegriffene gefühlt oder wenigstens ausgegeben hat, laufen die Bestrebungen des Pazifismus doch darauf hinaus, es nicht zur Anwendung von Waffengewalt kommen zu lassen und Garantien aller Art gegen einen Kriegsausbruch zu schaffen. Wenn trotzdem die Flut in irgendeinem Fall den Damm zerreißen sollte, so wird die Wirksamkeit der Verteidigung in erster Linie nicht mehr von den Kräften des einzelnen Staates abhängen, sondern von der Haltung der übrigen Mächte, deren Schicksal durch jeden Krieg mit auf das Spiel gesetzt wird. Rüstungen bedeuten daher wenig, noch weniger aber dramatisierende Redensarten, daß das Heer, so klein es auch sei, sich zum Kriege vorbereite und in dieser Vorbereitung seinen Daseinszweck erblicke.

Das alles sollte den Deutschnationalen bewußt sein und ist ihnen vielleicht auch bewußt. Aber es entspricht ihrer Doppelzüngigkeit und Zweifelpolitik, daß sie auf der einen Seite die pazifistische Politik mitmachen und auf der anderen doch die Schlagworte nicht entbehren wollen, die sie für ihre Agitation im Lande gebrauchen. Welche verhängnisvollen Folgen daraus für die außenpolitische Stellung Deutschlands erwachsen, ist zur Genüge bekannt.

Freilich, das eine muß in diesem Zusammenhange auch noch gesagt werden. Jeder militärische Apparat wird, in welchem Lande es auch sei, immer in einem gewissen Gegensatz zu einer auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik stehen. Für ihn ist in der Tat Kriegsführung letzte und höchste Aufgabe. Deshalb ist die allgemeine Abrüstung eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das reibungslose Funktionieren einer Maschine, die den Krieg durch eine friedliche Erledigung des Streits ersetzen will. Solange aber dieses Ziel nicht erreicht ist, muß alles geschehen, um die Beeinträchtigung der Führung der Staatsgeschäfte durch die Wehrmacht zu verhindern und jeden Versuch selbständiger in die Politik hinübergreifender Unternehmungen zu unterdrücken. Um diese Notwendigkeit kommt auch der nicht herum, der dem Pazifismus nur in seiner durch die „Ver-nunft“ gemilderten Form huldigen will.

Folgen des Bürgerblock-Etats.

Wie wird der Etat für 1929 aussehen?

Der Hauptausschuß des Reichstages berät am Donnerstag in Morgen- und Abendigung den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung.

Der Optimismus des Finanzministers Dr. Köhler über die Umsichten des Etats für 1929 wurde von Sozialdemokraten und Demokraten stark kritisiert. Genosse Hilferding führte aus, daß die Schöpfung des Reichsrats, daß für den nächsten Etat 700 Millionen Mehrausgaben entstehen würden, ihm noch zu günstig erscheine, deshalb sei unbedingt Arbeit in der Etats-aufstellung geboten.

Finanzminister Köhler antwortete, es werde am nächsten Reichstag liegen, ob die von ihm angenommenen Mehrausgaben imaginär bleiben würden.

Die weitere Beratung wurde auf Freitag vertagt.

Die Schlussarbeit des Reichstages.

Der Kellerrat des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Freitag vormittag einberufen worden, in der der noch vorliegende Arbeitsstoff verteilt werden soll. Insbesondere soll darüber entschieden werden, welche Vorlagen außer dem Resolutionsprogramm noch bis zum Schluß der Tagung am 11. März erledigt werden sollen.

In dieser Sitzung wird auch darüber entschieden werden, ob noch die Möglichkeit besteht, einen Gesetzentwurf gegen die Splitterparteien zu verabschieden. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, besteht bei mehreren großen Parteien keine Neigung mehr, eine solche Vorlage noch in Angriff zu nehmen.

Schutz und Genossen.

Ueberführung ins Zuchthaus.

Das RS. erzählt, werden in der nächsten Woche die im Falle Müns Beurteilten, nämlich Oberleutnant Schulz, Oberleutnant Fuhrmann, die von der preussischen Regierung zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden sind, sowie Klapproth und Umhofer ins Zuchthaus übergeführt werden. Oberleutnant Schulz wird im Zuchthaus zu Brandenburg untergebracht werden, während Oberleutnant Fuhrmann vermutlich nach Sonnenburg kommen wird. Ueber den Bestimmungsort der beiden anderen Begnadigten liegen noch keine näheren Dispositionen vor. Die Ueberführung ins Zuchthaus erfolgt jetzt, nachdem die Begnadigung rechts-trächtig geworden und von der preussischen Regierung dem Präsidenten des Strafvolksgesamtes schriftlich mitgeteilt worden ist.

Gegen die Landflucht.

Annahme einer sozialdemokratischen Entschlieung.

Der Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten nahm folgende sozialdemokratische Entschlieung an:
1. Die Reichsregierung wird ersucht, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um der katastrophalen Landflucht der deutschen Wanderarbeiter und ihrer Verdrängung durch ausländische Wanderarbeiter mittels Verbesserung der Lohn-, Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse für die einheimische Landarbeiterschaft entgegen-zutreten.
2. Außerdem wird die Reichsregierung ersucht, unverzüglich mit der Reichseisenbahngesellschaft in Verbindung zu treten, um eine Frachtoverbilligung für die für Siedlerbauten bestimmten Baumaterialien herbeizuführen.

Im Landtag gab es am Donnerstag eine Wiederholung der Agrardebatten vom Vortage. Die Deutschnationalen versuchten noch einmal, gestern durch den Abg. Hilberg ihre Auslegung des Landvolkes gegen die Stadt und den Staat parlamentarisch zu vertreten. Aber die deutschnationale Eigenheute ist bereits am Zusammenbrechen. Vertreter aller Parteien, von dem Volksparteiler Heide über den Zentrumsmann Jakob-Raffauf und den Demokraten Hoff bis zu unserem Genossen Peters-Hochmann wiesen den Deutschnationalen nach, daß jede einzelne ihrer tatsächlichen Angaben unwahr ist, nur dazu bestimmt, den Baurecht der Deutschnationalen in der Reichsregierung, insbesondere das völlige Versagen des Reichsernährungsministers Schiele zu verdecken. Uebereinstimmend stellten alle Redner fest, daß die Deutschnationalen auch nicht den geringsten Vorschlag gemacht haben, wie man von Preußen aus der Landwirtschaft besser helfen könne als bisher, und daß die verbesserliche Auslegung der Landbevölkerung durch den Landbund lediglich deutschnationale Wahlmache ist.

Es folgte die zweite Lesung der neuen Geschäftsordnung. Der Geschäftsordnungsausschuß hat in sehr langer und sorgfältiger Arbeit alle Einzelfragen nachgeprüft, die sich während der letzten Legislaturperiode des Landtages ergeben haben und in allen diesen Fragen klare Entscheidungen gesucht. Es handelt sich dabei um eine sehr steife Detailarbeit, um die sich besonders der Berichterstatter Genosse Veinert sehr verdient gemacht hat, aber nicht um Entscheidungen von großer politischer Tragweite. Nur die Deutsche Volkspartei versuchte, auch noch aus den Geschäftsordnungsvorlagen Wahlmaterial und Rechtsprechung für ihre

Politik zu schlagen. Sie vertraten in allem Ernst die Forderung, da der vom Parlament gewählte Ministerpräsident noch eines ausdrücklichen Vertrauensvotums bedürfte, um antizipieren zu können. Und sie blieben dabei, daß bei der Zusammenfassung der Ausschüsse durch die Fraktionen auch die überschüssigen Bruchstücke vertreten sein müßten, glücklicherweise nicht durch Zerstückelung einzelner Abgeordneter, sondern durch Verschlebung der Bruchstücke von einem Ausschuß in den nächste., bis ein voller Abgeordneter zusammenkäme. Sie redeten stundenlang über die großen Brüche, aber es war nur großer Beuch. Immerhin erreichten sie, daß die Geschäftsordnung heute nicht mehr vollständig erledigt wurde.

Der Landtag vertagte sich auf Montag, damit inzwischen der Hauptausschuß noch die restlichen Besatzungsgesetze (Volksschul-lehrer, Mittelschullehrer, Gewerbe- und Handelschullehrer) erledigen kann. Am Montag beginnt die dritte Lesung des Etats. Außerdem stehen landwirtschaftliche Reliationskredite und die Kapitalerhöhung der Preußenkasse auf der Tagesordnung. Diese Vorlagen sind gegenwärtig noch im Staatsrat und werden erst am Freitag am den Landtag gelangen. Die Rechtsparteien erhoben deshalb gegen ihre Beratung Einspruch, aber die Mehrheit der Regierungsparteien wies ihn zurück. Immerhin werden es sich die Regierungsparteien überlegen müssen, ob sie die rund 150 Millionen Hilfskredite für die Landwirtschaft, um die es sich handelt, wirklich mit Gewalt gegen die Rechtsparteien durchsetzen müssen oder ob sie nicht viel besser den Deutschnationalen die Verantwortung dafür überlassen, daß diese Hilfe für die Landwirtschaft erst vom neuen Landtag beschlossen werden kann.

Regierungswirrwarr in Bayern.

Die Koalition völlig zerfallen.

München, 22. März. (Eigenbericht.)

Die Beratung der bayerischen Beamtenbesoldungsvorlage, die wegen der unmittelbar bevorstehenden Wahlen zum Landtag innerhalb der Regierungskoalition eine heillose Verwirrung verursacht hat, steht vor einem überraschenden Abschluß. Unter Führung der Bayerischen Volkspartei und ihrer Regierung wurde am Donnerstag dem zur Beratung veranlaßten Besoldungsausschuß ein Antrag vorgelegt, der die sofortige unverminderte En-bloc-Annahme der Regierungsvorlage verlangt. Der Bauernbund lehnte trotz seiner Zugehörigkeit zur Regierung die Unterschrift ab, während sämtliche bürgerlichen Oppositionsparteien einschließlich der Hitler-Beute den Antrag mitunterzeichneten. Der Zerfall der immer noch bestehenden Regierungskoalition ist damit augenscheinlich geworden.

Sachlich steht der Antrag im Widerspruch zu der Verfassung und der Geschäftswahrung des Landtages, da er die Verantwortung von Gesetzesvorlagen und die Möglichkeit einer An-

tragstellung verhindert. Trotzdem wurde der Antrag von einer buntschiedigen Mehrheit des Ausschusses gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Bauernbund angenommen, so daß in der Freitagssitzung die En-bloc-Annahme der Regierungsvorlage gesichert erscheint. Ob sich unter diesen Umständen der Minister des Bauernbundes, Fehr, noch lange im Kabinett Held wird halten können, ist jetzt sehr zweifelhaft geworden. Da Fehr sich im Auftrage seiner Partei weigert, aus dem Zerfall der Koalition die parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen und selbst zurückzutreten, kann er formal nach der Verfassung nur durch ein angenommenes Mißtrauensvotum im Landtag von seinem Platz entsetzt werden. Dieses Mißtrauensvotum einzubringen, scheut sich aber die Bayerische Volkspartei, da von den Deutschnationalen auf eine sofortige Erweiterung der Regierung nach Rechts unter Heranziehung der Volkslisten gedrängt wird. Zu einer solchen Belastungsprobe hat aber die Bayerische Volkspartei angesichts der Wahlen und der Stimmung auf dem Lande keinen Mut.

„Arm in Arm mit der Klassenjustiz.“

Kommunisten gegen Kommunisten.

Man liest im Sühler „Volkswille“ bewegliche Klagen darüber, daß die Zentrale der KPD „mit Hilfe der bürgerlichen Klassenjustiz dazu übergegangen ist, den Sühler „Volkswille“ zu vernichten“.

„Ohne erst mit der Geschäftsleitung des „Volkswille“ zu verhandeln, hagelten nur so die Zahlungsbehalte. Mit der Geschäftsleitung ließ man sich auf nichts ein. Die Lebensinlagen der kommunistischen Zentrale, wie Druck, Sternbruderei, Presse- und Bilderdienst, rote Hilfe-Organisation, ließen sich auf nichts ein und wurden die Gegenforderungen, die die Verlagsgenossenschaft „Volkswille“ an die Zentrale hatte, von keiner Instanz anerkannt. Mit Recht sagte der Verteidiger der Verlagsgenossenschaft „Volkswille“, daß es den Instanzen der kommunistischen Zentrale ja auch gar nicht auf das Geld ankomme, sondern vielmehr auf den völligen Ruin des Geschäftes. Der Zweck der Zentrale ist ja nur zu durchsichtig.“

In einem Termin fiel daher mit Recht der Ausdruck, daß man es hier mit einer Buchergesellschaft ersten Ranges zu tun habe.“

Kommunistische Einheitsfront!

„Landesverrat.“

Der technische Betriebsleiter für den Inhalt der Zeitung haftbar!

Dresden, 22. März. (Eigenbericht.)

Am August 1925 hatte die „Dresdener Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Deutschland und der Völkerverbund“ einen Artikel veröffentlicht, der sich im allgemeinen mit der Frage der Ent-waffnung befaßte und Ausführungen enthielt, die sich vor allem auf Fortifikationen der Festung Königberg bezogen. Durch jenen Artikel sollte nach Auffassung der Staats-anwaltschaft der Tatbestand des Landesverrats erfüllt sein. Im Verlauf des eingeleiteten Verfahrens ergab sich, daß der als verantwortliche zeichnende Redakteur Heilbut zur Zeit der Veröffentlichung des Artikels in Urlaub war und insolge dessen nicht be-langt werden konnte. Die Staatsanwaltschaft hielt sich nummehr an den Verlag, und da auch dessen Geschäftsführer damals verreist war, erhob man schließlich Anklage gegen den technischen Betriebs-leiter Schalle, der als Vertreter des Geschäftsführers galt, aber keinerlei Kenntnis von der Veröffentlichung, von dem Inhalt des Impressums und von der Unwahrheit des Redakteurs gehabt hat. Schalle stand am 3. Januar d. J. wegen Vergehens gegen § 21 des Pressegesetzes vor dem Dresdener Gemeinsamen Schöffengericht. Die Verhandlung, zu der als Sachverständiger der letzte Major Dit von Reichswehrministerium zugezogen war, wurde geheim geführt. Im Sinne der Anklage, und zwar unter Annahme eines jahrelangen Verschuldens, wurde der Angeklagte schließlich zu der hohen Strafe von 2000 Mark verurteilt.

Gegen das Urteil legte Schalle Berufung ein, über die am Donnerstag das Landgericht Dresden zu verhandeln hatte. Schalle

bezeichnete sich abermals als schuldig und stellte auch die Kahr-sichtigkeit in Abrede. Wie in erster Instanz fungierte Dit als Sach-verständiger. Er vertrat wiederum die Meinung, daß der fragliche Artikel, der übrigens solche Angaben enthalten haben soll, geeignet gewesen sei, dem Reich Nachteile zuzufügen. Konkrete Nachweise der Wirkung des Artikels hatte er allerdings nicht, doch führte er gewisse Schwierigkeiten im Verlauf von Verhandlungen mit der Internationalen Militärkommission mit auf die Veröffentlichung zurück. Vom Verteidiger des Angeklagten wurde der Vorwurf auch eines verbotenen Landesverrats zurückgewiesen, ebenso der eines schließ-lichen Verschuldens durch den Angeklagten. Das Gericht hielt jedoch für erwiesen, daß der Artikel den Tatbestand des verbotenen Landesverrats erfüllt, Schalle hinsichtlich des Impressums schuldlos ge-handelt und sich damit eines Vergehens gegen den § 21 des Pressegesetzes schuldig gemacht hat. Die Berufung des Angeklagten wurde insolge dessen verworfen!

Politische Bildung.

Internationale Konferenz politischer Bildungsanstalten.

Die erste internationale Konferenz politischer Bildungsanstalten trat in Berlin zusammen. Professor Dr. Sack von der Deutschen Hochschule für Politik stellte fest, daß die politischen Bildungsanstalten von neun Ländern vertreten sind, von Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Polen, Schweiz, Vereinigte Staaten. Mit dieser Konferenz beginnt die pädagogische Aufwertung der Politik als ange-wandte Wissenschaft. Professor Dr. Lichaire vom Pariser Völkerverbundsinstitut der gegenseitigen Zusammenarbeit betonte, in der Politik gäbe es gegen internationale Zusammenarbeit niemals die Opposition des hohen Willens; auf wissenschaftlichen Gebieten wenigstens solle dieses Hemmnis internationaler Gemeinschaftsarbeit fort. Er arbeite für eine Zukunft, in der die heranwachsenden Politiker, Verwaltungsbeamten, Journalisten der verschiedensten Länder einen Teil ihrer Ausbildungszeit bei anderen Nationen ver-bringen. Staatsminister Professor Dr. Becker begrüßte die Kon-ferenz im Namen der preussischen und der Reichsregierung. Die Konferenz wird etwa drei Tage dauern.

Waffenfunde beim Wiking.

Das Ergebnis der Münchener Untersuchung.

München, 22. März. (Eigenbericht.)

Infolge der in den letzten zehn Tagen in Bayern vorgenommenen Haus-suchungen bei Mitgliedern des Bundes Wiking sind die „Vaterländischen Verbände“ aller Schattierungen gegen die bayerische Regierung Sturm gelaufen. Jetzt wird von der Staatsanwaltschaft München der Sachverhalt dieser Haus-suchungen bekanntgegeben und mitgeteilt, daß sie wegen des bringenden Ver-dachts, daß der Bund Wiking in Bayern über geheime Waffenlager verfüge, durchgeführt wurden und in der Tat an verschiedenen Plätzen auch Waffen beschlagnahmt wurden. Insgesamt wurden bei 81 in Bayern wohnhaften Wikingmitgliedern Durch-suchungen vorgenommen.

Preußentassengefetz im Staatsrat.

Regierungsvorschläge angenommen.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Staatsrates kam ein Gutachten zur Annahme, das die Reorganisation der Preußentasse entsprechend den Vorschlägen der preussischen Regierung empfiehlt. Es wurde nur offengelassen, ob die vorgesehene Kapitalerhöhung um 180 Millionen Mark nicht teilweise und vorläufig durch Inanspruchnahme billiger Kredite ersetzt werden soll. Auch der Staatsrat ist der Meinung, daß von der Preußentasse ein starker Druck auf die Genossenschaftsverbände dahin auszuüben ist, daß die Kredits- und Kontrollmaßnahmen ausgebaut werden.

Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Ostpreußen, Genosse Caspari, fand es angefaßt der Willkürverschuldung der Genossenschaften bei der Preußentasse und der vielfach ungeschicklichen Kreditgewährung an Großagrarien begreiflich, daß die Rechtsparteien an einer intensiven Nachprüfung von zentraler Seite kein Interesse haben, denn der Nimbus würde sicher zerstört, der heute noch um gewisse Genossenschaften schwebt. Daß Preußen mit diesem Gesetz und der Kapitalerhöhung um 180 Millionen die Interessen der Landwirtschaft nachdrücklich fördere, sei ein Beweis für die Verlogenheit der Agitation gegen die preussische Staatsregierung, die angeblich landwirtschaftsfeindlich sei.

Der gegenwärtige Leiter der Preußentasse, Rechtsanwalt Kapper, unterstrich als Vertreter der Staatsregierung die Notwendigkeit, daß sich die neugebildete land- und betriebswirtschaftliche Verwaltung der Preußentasse über die Kreditunterlagen der bei der Preußentasse verschuldeten Kreditnehmer orientiert. Wo in den Genossenschaften sich ein grundsätzlicher Widerstand gegen die Durchführung der Kontrollmaßnahmen zeigen sollte, könne die preussische Regierung nicht daran denken, auf diese Maßnahmen zu verzichten. Die Widerstände gegen diese Kontrollmaßnahmen seien übertrieben; mit den ostpreussischen Genossenschaften sei eine allgemeine Verständigung bereits herbeigeführt, und mit den pommerischen Genossenschaften werde mit Erfolg verhandelt. Wenn die in der Vergangenheit gemachten Fehler vermieden werden sollen, so müsse die Preußentasse selbst beim letzten Kreditnehmer die Möglichkeit haben, die Verwendung der Kredite selbst nachzuprüfen.

Die polnische Grenzschutzverordnung.

Von den Sozialisten stark bekämpft.

Warschau, 22. März. (Eigenbericht.)

Der Protest des sozialistischen „Robotnik“ gegen die Grenzschutzverordnung hat ihm bereits von mehreren der Regierung nahe stehenden Blättern den Vorwurf eingebracht, die polnischen Sozialisten seien handlanger Verklas geworden; erst hätten sie mit den deutschen Sozialisten Polens ein Wahlbündnis geschlossen, jetzt würden sie Stresemann zu der Darstellung verhelfen, Polen hätte Anlaß zum Abbruch der Verhandlungen über einen Handelsvertrag gegeben.

Am Donnerstag stellte der „Robotnik“ trotzdem nochmals fest, daß die Lage der Zustände im Grenzgebiet durch die neue Verordnung unerträglich geworden sei. Sie könnten jetzt wegen geringer Vergehen ausgewiesen und enteignet werden. Diese Rechtsunsicherheit werde durch die bestehenden Vollmachten der Wojwoden noch erhöht. „Es unleszt seinem Zweifel“, so erklärt das Blatt wörtlich, „daß diese Beschränkungen den wirtschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Polen be- deutend beeinträchtigen. Jedenfalls sind wir der Ansicht, daß die polnische Regierung die deutsche durch die neue Verordnung unnötig gereizt hat und daß Polen ohne den geringsten Schaden für die Sicherheit seiner Grenze den deutschen Forderungen hinsichtlich des Grenzschutzes durchaus entgegenkommen kann, zumal Vertreter der polnischen Regierung sich dazu bereit erklärt haben sollen. Wir haben den Eindruck, daß die neue Verordnung als Rache für die Verzögerung der Verhandlungen durch die deutsche Regierung gedacht war.“

Calonders Entscheidung gegen das Schied.

Kattowik, 23. März.

Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen heute die Stellungnahme des Präsidenten Calonder von der Gemischten Kommission für Ober- schlesien in der Beschwerdefache des Deutschen Volksbundes. Es handelt sich darum, daß deutsche Schulkinder zum Mitsingen des antideutschen Liedes „Kolo“ gezwungen worden waren. In den rechtlichen Erwägungen wird ausgeführt, daß es mit dem Geist der Genfer Konvention unvereinbar sei, in den Schulen Oberschlesiens Gesänge anzuhören oder zu dulden, die gegen das Volkstum des einen Teiles der Bevölkerung Feindschaft, Haß oder Berachtung zum Ausdruck bringen. Dies ergabe sich aus den Bestimmungen der Artikel 75 und 133 der Genfer Konvention; deshalb wird die Beschwerde des Deutschen Volksbundes für begründet erachtet und die zuständige Behörde ersucht, an die Schulleitung die Weisung zu erteilen, das Singen der „Kolo“ in den Schulen Polnisch-Oberschlesiens zu untersagen. Diese Entscheidung geht über den Antrag des Deutschen Volksbundes hinaus, der nur ein Verbot für die Minderheitenschulen beantragt hatte.

Die Festung Lüttich.

Eine Brüsseler Kammerdebatte.

Brüssel, 22. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer verbat die provisorischen Kredite für den nächst- jährigen Etat. Die sozialistischen Abgeordneten Sommerhausen und Mathieu bekämpften den geforderten Kredit von 30 Millionen für den Ausbau der Grenzbesestigungen bei Lüttich; diese Frage werde gerade jetzt von der Gemischten Militärkommission geprüft, wobei verschiedene Fachleute sich gegen Aufrechterhaltung der Lütticher Forts ausgesprochen hätten. Es sei deshalb unstatthaft, durch Gewährung eines Kredites der Entscheidung der Militärkommission vorzugreifen.

Kriegsminister de Broqueville entgegnete, daß diese Besestigungen unter allen Umständen unentbehrlich seien. Genosse Mathieu stellte daraufhin die Frage, ob diese Befestigungs- arbeiten nicht auf Grund des französisch-belgischen Militärvertrages unternommen würden. Wohl sei ver- sichert worden, daß dieser Vertrag die Entschärftheit Belgiens in bezug auf sein Wehrsystem nicht berühre, aber man dürfe fragen, ob nicht die Generalstabe der beiden Länder unter sich zu einer Verständigung gekommen seien, die den Bau belgischer Grenz- besestigungen vorsehe. Ministerpräsident Jaspars antwortete ziemlich ausweichend, daß die Verträge mit Frankreich der belgischen Regierung volle Freiheit in bezug auf das Wehrsystem lassen.

Schließlich wurde der sozialistische Antrag, den Kredit zu streichen und die Frage an die Gemischte Militärkommission zurückzuverweisen, mit 75 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Joseph Wirth und seine Zentrumsbrüder.



Und sie warfen Joseph in eine Grube...

Litwinows Antwort an Cusshendun

Der russische Plan als Vorwand für neue Verschleppungsversuche.

Genf, 23. März. (Eigenbericht.)

Litwinows Antwort auf die Debatte über den russischen Abrüstungsplan griff die drei Hauptargumente gegen sich heraus und zerstückte sie in geschickter, um nicht zu sagen geistvoller Weise. Auf die Anzweifelungen der Ehrlichkeit des russischen Vorschlages erwiderte er, den Einfall der Bolschewisten in Georgien prompt ver- gessend, daß Sowjetrußland sich seit seinem Bestehen in keinen Angriffskrieg und auch an keiner bewaffneten Intervention wie z. B. die britische Flotte in China beteiligt habe. Es wünsche nichts ehrlicher, als daß die Menschen nicht mehr dem Rolo- krieg geopfert würden. Sowjetrußland habe als erstes Land im Weltkrieg Frieden geschlossen. Es habe den sich gegen Rußland wendenden Alliierten, zu denen England gehörte, den Frieden angeboten. Schon 1922 habe es in Genua die allgemeine Ent- waffnung vorgeschlagen. Daß Rußland erst jetzt an der Abrüstungs- kommission teilnehme, sei Schuld des Völkerbundes, der es nicht eher eingeladen habe. Die Frage, ob England aus schierer Friedens- liebe hier sei, wolle er höflicherweise nicht erörtern. Zu dem Argu- ment, daß die Totalabrüstung außerhalb des Rahmens der Arbeit der Kommission liege und sogar dem Völkerbundspakt wider- spreche, meinte Litwinow, es gäbe

keine größere Entwertung der Sabotage des Völkerbundes.

als dies zu behaupten, und die Völkerbundsverpflichtungen als Hindernis für die Abrüstung anzulegen, wie es Politis und andere getan hätten. Sowjetrußland stünde nicht allein mit der Ansicht, daß es sich den Verpflichtungen und den Entscheidungen des Völkerbundes nicht unbedingt unterwerfen könne. Auch die Vereinigten Staaten beteiligten sich an der Abrüstungs- arbeit, ohne sich damit dem Völkerbund zu unterwerfen.

Sehr aggressiv äußerte sich Litwinow zu der Frage des Bürgerkrieges bzw. den Befürchtungen, daß die vollständige Entwaffnung zu Revolutionen führen würde. Er zitierte Mac- donald, um damit zu beweisen, daß ein früherer englischer Premierminister nunmehr den Sinojowit für falsch erkannt habe und damit anerkannte, daß die russische Regierung zu Unrecht beschuldigt worden sei. Im übrigen sei Rußland nicht eingeladen worden, um eine Konvention gegen den Bürgerkrieg auszuarbeiten, sondern um die Abrüstung der Heere vorzunehmen. Er wüßte nicht, was der Italiener damit meine, wenn er erst die soziale und wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Kaitanen sichergestellt haben wolle, ehe man zur Abrüstung schreiten könne. Bisherige aber meine er damit, daß die letzten Friedensverträge ungerecht seien und residieren werden müßten. Wenn der holländische und der pol-

nische Delegierte behaupten, nach Abschaffung der Heere würden die Völker mit Messern und Revolvern aufeinander losgehen, so bedauere er, daß sie von ihren Bevölkerungen eine so schlechte Meinung hätten.

Bei der Zurückweisung einzelner Einwände der verschiedenen Redner wies Litwinow darauf hin, daß man Deutschland trotz seiner großen Kriegsindustrie in drei Jahren vollständig ent- waffnen habe. Es müßte also möglich sein, eine allgemeine Entwaffnung in vier Jahren zu vollziehen. Dem Engländer ent- gegnete er auf dessen Bemerkung, daß die englische Polizei nur mit Knüppeln bewaffnet sei, daß in Irland und bei dem Generalstreik die Polizei mit Karabinern und Maschinen- gewehren, aber nicht mit Verstand bewaffnet gewesen sei. Im übrigen erklärte er sich bereit, alle technischen Einzelheiten durchzuberaten und eventuell zu ändern, wenn sie sich als falsch erwiesen.

Aber Rußland bestreite auf einer Entscheidung darüber, ob das Prinzip der allgemeinen vollständigen Entwaffnung den Vorkellen zugrundegelegt

werden solle oder nicht. Wenn den Regierungen die vollständige Entwaffnung ein fernes unerreichbares Ideal und also unannehmbar erscheine, dann sei alle weitere Diskussion überflüssig.

Nachdem Litwinow gesprochen hatte, versuchte der französische Delegierte Clauzel den schon von Politis am Mittwoch gemachten Vorschlag schmacht zu machen, den russischen Abrüstungsplan und den eigenen Entwurf der Kommission den Regierungen zur Äußerung zu übersenden. Die Kommission solle sich sofort vertagen (!), aber die französische Delegation würde es für wünschenswert halten, wenn sie noch vor der nächsten Völker- bundsversammlung Stellung zu dem Entwurf der Regierungen nähme. Graf Bernstorff trat den Bestrebungen sofort, nicht nur den russischen Entwurf, sondern auch den Entwurf der Kom- mission bis auf weiteres verschwinden zu lassen, entgegen, indem er betonte, daß der eigene Entwurf der Kommission noch gar nicht zur Debatte gestellt sei und daß man zu ihm noch in dieser Tagung sehr viel zu sagen habe.

Der Vorstehende will am Freitag früh eine Resolution über den russischen Vorschlag fassen lassen. Dabei sind scharfe Kämpfe zwischen Anhängern und Gegnern zu erwarten. Die Russen dürften auf eine prinzipielle Abstimmung über ihren Vorschlag bestehen.

Kein heiliger Krieg Ibn Sauds.

Wieder ein britischer Dyrkhusflug.

Bagdad, im März. (Eigenbericht.)

Der Verzicht Ibn Sauds auf den heiligen Krieg und seine endlich durch Handlungen bezugte Bereitwilligkeit, die auffälligen Beduinen zur Ruhe zu bringen, ist keineswegs der Sieg der Vernunft über den Glaubenseifer gewesen. England hat schon sehr handgreifliche Gründe anzuwenden müssen, um seinen unbeherrschten Alliierten bei der Stange zu halten. Zunächst sind die englischen Spezialfonds von Ibn Saud um die Kleinigkeit von 20 000 Pfund erleichtert worden. Der König der Wahabiten hat diese Summe dringend benötigt, um Schulden für Waffen- und Munitionskäufe zu decken, die ihn sehr gedrückt haben. Böse Zungen behaupten, daß diese Transports aus Deutschland gekommen sind. Es wäre keinesfalls uninteressant, einmal näher den Zusammenhängen nachzugehen, die zwischen der Kieler Waffen- offäre und den Waffenlieferungen nach dem heidnischen Dschidda bestehen.

Stärker als die englischen Pfunde hat auf Ibn Saud die englische Drohung mit der Sperrung der Pilgerfahrt nach Mekka gewirkt. Großbritannien hat es jederzeit in der Hand, die wichtigste Einnahmequelle des Heidnischen, den Besuch der heiligen Stätten, zu öffnen oder zu schließen. Die Mehrzahl der fremden Wallfahrer kommt aus Britisch- und Niederländisch-Indien. Die Kontrolle des Landweges wie des Seeweges dieser Pilgerkarawanen liegt in britischen Händen. Auch das dritte Argument, die Verstärkung der Militärmacht Englands im Irak, in Transjordanien

und in Koweit hat seine Wirkung nicht verfehlt. Nieger, Panzer- automobile und Marineinfanterie sind dem Fanatismus von Beduinen überlegen.

Trotz dieses britischen Erfolges ist der Fall Ibn Saud doch höchst bedenklich. Sowohl seine Entstehung wie seine augenblickliche Er- ledigung sind das Ergebnis jener unglückseligen Mischung von

Judeochrist und Pöbel.

über die Englands Orientpolitik gegenüber den Völkern des Mittleren Ostens immer noch nicht hinausgekommen ist. Es bestehen auch nicht die geringsten Ansätze für einen Abbau oder gar für eine Ver- besserung des Systems. Dabei werden die Gefahren, die sich aus seiner gewohnheitsmäßigen Anwendung ergeben, immer größer, je mehr sich die politische Lage in Arabien durch innere Verwicklungen und Einflüsse von außen der zuspitzt. Eine Politik mit dieser Grund- lage muß den Appetit ihrer Ruchnicker ins Ungemessene steigern und zu einer immer rascheren Folge ähnlicher Krisen führen. In ihrem Ende steht mit Notwendigkeit ein neuer Weltkrieg, den nachher keiner der Staatsmänner gewollt hat, obwohl kein ver- antwortlicher Politiker Englands den Mut ausbringt, energisch etwas zur Verstopfung der Quellen zu tun, aus denen diese trüben Wasser fließen.

Cutherfilm zugelassen. In der heutigen Sitzung der Filmüber- prüfstelle wurde nach mehr als vierstündiger Verhandlung die Zu- lassung des Lutherfilms für ganz Deutschland, und zwar auch für Jugendsicht, nach Vornahme einiger Streichungen be- stätigt. Der Antrag des bayerischen Staatsminister- ums, den Film für ganz Deutschland oder wenigstens für Bayern zu verbieten, wurde abgelehnt.

Wertzuwachssteuer nicht ermäßigt.

Der Flugplatzreit. — Die Gefrierfleischdrofflung.

Grundstücksbesitzer und Grundstücksändler haben gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Niederlage erlitten. Alles war versucht worden, die vom Magistrat gewünschte Ermäßigung der Wertzuwachssteuer durchzuführen. Aber den Linksparteien gelang es, den Angriff abzuwehren. Genosse Krille erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß der unverdiente Wertzuwachs nicht gesont werden darf. Im übrigen würde ja auch der Haushaltsplan durch den Steueranfall stark gefährdet. Mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten stimmte das Zentrum gegen die Ermäßigung, während die ermäßigungsfeindlichen Parteien der Rechten auch die Demokraten auf ihrer Seite hatten. — Der Flugplatzreit Brig — Rudow sollte gestern entschieden werden, aber schließlich wurde die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die sozialdemokratische Fraktion, für die Genosse Mühlmann sprach, forderte die Wahl von Rudow, die der Ausschussbeschluss empfiehlt. — Der vor sechs Wochen von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Protest gegen die Drofflung der Gefrierfleischzufuhr, dessen sofortige Beratung und Annahme damals durch die Deutschnationalen verhindert wurde, ist durch die neuesten Ereignisse überholt worden. Unsere Fraktion, deren Sprecher Genosse Arndt war, wandte sich in einer scharfen Erklärung gegen die volkschädigende Bürgerblockpolitik, die den Rinderbimetellen ein notwendiges Lebensmittel weiter verteuert hat.

Zu Beginn der Sitzung nahm der Vorsteher Genosse Hah Gelegenheit, den Genossen Adolph Hoffmann zu seinem 70. Geburtstag zu beglückwünschen. Hoffmann habe in fast 25jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit lebhaften Anteil und maßgebenden Einfluß auf die Berliner Kommunalpolitik genommen; er habe nicht nur in schwerer Kriegszeit mitgewirkt, sondern auch die Umwandlung der alten Stadtgemeinde in das heutige Groß-Berlin mitgesteuert. Bürgermeister Scholz schloß sich namens des Magistrats den Glückwünschen an und überreichte dem Jubilär ein von Künstlerhand gefertigtes Porträt. (Bravo! im Hause.) Auf dem Platz des Genossen Hoffmann steht ein großer Strauß Keffen in den Stadlfarben rot-weiß.

Eine längere Aussprache gab es bei der Beratung der Vorlage des Magistrats, nach der eine neue Wertzuwachssteuerordnung beschlossen werden soll. Verbunden damit ist ein Gemeindebeschluss auf eine allgemeine

Herabsetzung der Wertzuwachssteuer

auf ein Jahr. Die Steuerordnung soll dem Reichsgesetz besser angepaßt werden; mit der Herabsetzung soll dem ausländischen Hausbesitz ein Anreiz zum vermehrten Verkauf ihres Hausbesitzes gegeben werden. Für die sozialdemokratische Fraktion betonte Genosse Krille, daß die Wertzuwachssteuer als eine der gerechtlichsten Steuern ansehe und ihre Hand zu einer Ermäßigung dieser Steuer nicht bieten könne. Krille protestierte auch dagegen, daß von einer Partei des Hauses die Zustimmung zum Etat davon abhängig gemacht werde, ob der Ermäßigung zugestimmt werde oder nicht. Die Sozialdemokraten werden jedenfalls ihre Stellung zu der Vorlage nicht durch Drohungen beeinflussen lassen. Stadtverordneter Lange (S.) sagte, daß die allgemeine Bevölkerung gar kein Interesse an einem lebhaften Grundstüdeligentumswechsel habe. Durch geforderte Verkäufe werden die Grundstücke mifflant den Häusern nur im Werteur, was sich — bei gelodertem Mieterlosh — nur auf die Mieten auswirken werde. In der Abstimmung wurde der Gemeindebeschluss (auf Herabsetzung der Wertzuwachssteuer) mit den Stimmen der Linken abgelehnt. Die neue Wertzuwachssteuerordnung wurde genehmigt.

Menschen, Göttern gleich...

51) Roman von Herbert George Wells.

Serpentin und Ceder kehrten um — aber langsam und zaudernd. Einen Augenblick wußte Mr. Catskill nicht, was er tun sollte, dann eilte er selbst die Treppen hinunter und schrie: „Ihnen nach! Haliet sie! Vorwärts!“ „Zurück!“ rief Mr. Barnstaple den Utopen zu. „Zurück, schnell, schnell!“ Von unten kam ein Fußgetrappel und dann tauchten die acht Mann, aus welchen die Streitkräfte der Erdlinge in Utopien bestanden, unter dem Lorbogen auf und rannten auf die beiden erstaunten Utopen zu. Mr. Muff war der vorderste, Ribley dicht hinter ihm; Muff zielte mit dem Revolver und schoß. Als nächster kam R. Dupont, eifrig und tatendurstig. Vater Amerton bildete mit dem Seil die Nachhut. „Zurück!“ kreischte Mr. Barnstaple mit brechender Stimme. Dann hörte er auf zu schreien und beobachtete — mit geballten Fäusten. Der Flieger rannte von seiner Maschine fort, den Hang hinunter, um Serpentin und Ceder zu helfen. Oben aus dem Himmelsbau waren zwei Flugzeuge aufgetaucht. Die zwei Utopen verschmähnten es, sich zu beellen, und in einigen Sekunden hatten ihre Verfolger sie erreicht. Hunter, Ribley und Muff führten den Angriff. R. Dupont, der seinen Stock schwang, war auf gleicher Höhe mit ihnen, aber er rannte nach der rechten Seite hin, als ob er zwischen sie und den Flieger kommen wollte. Mr. Catskill und Benz waren etwas hinter den drei Führenden; der einarmige Barralonga war etwa zehn Yards zurück und Vater Amerton war stehen geblieben, um sein Seil handlicher aufzurollen. Es schien, als ob sie einen Augenblick unterhandelten und dann machte Serpentin eine schnelle Bewegung, als ob er Hunter anpacken wollte. Eine Pistole krachte und dann eine zweite, schnell dreimal hintereinander. „O Gott!“ schrie Mr. Barnstaple, „Gott!“ als er sah, daß Serpentin die Arme hochwarf und auf den Rücken fiel. Und dann hatte Ceder Huch erfährt, ihn hochgehoben und gegen Mr. Catskill geschleudert, wodurch alle drei zu einem unentwirrbaren Haufen zusammengefielen. Mit einem wilden Schrei stürmte R. Dupont auf Ceder ein, aber nicht schnell genug; sein Knüttel stog durch die Luft, als Ceder seinen Schlag parierte. Und dann bückte sich der Utop, erfachte ihn bei einem Bein,

Geht die Versuchsanstalt nach Brig?

Der geplante Umzug der Versuchsanstalt für Luftfahrt von Adlershof nach Brig auf einen Teil des Geländes des früheren Rittergutes Brig wurde lebhaft debattiert. Stadtverordneter Deter (K.P.D.) erklärte, daß seine Fraktion in der Hergabe städtischen Geländes eine Subventionierung der Versuchsanstalt durch die Stadt sehe, die sie nicht mitmachen könnte. Genosse Mühlmann: Die sozialdemokratische Fraktion habe sich stets Mühe gegeben, die Versuchsanstalt in Berlin zu behalten. Der erste Versuch, die Anstalt von Adlershof nach Brig zu verlegen,

Siehe auf den vereinten Widerstand der dortigen Siedler und Anwohner.

die mit Recht eine ganz außerordentliche Ruhestörung durch den Betrieb der Motorenprüfanlagen befürchteten. Man müßte den Siedlern ungewissheit recht geben. Den Sozialdemokraten war jedenfalls das fast frisch erschlossene Siedlungsgelände bei Brig wertvoller, als das Gelände bei Rudow oder bei Staaken. Wir waren der Meinung, daß die Versuchsanstalt am besten nach Staaken verlegt würde, weil dort alle Vorbedingungen gegeben sind. Die Versuchsanstalt fand aber den Preis zu hoch, dann stieß sich aber auch die Anstalt daran, daß andere Firmen dort noch ihren Flugbetrieb haben. Trotzdem sind die Sozialdemokraten der Ansicht, daß das Staakenere Gelände später doch noch gebraucht wird, da es das günstigste Gelände infolge der dort meist wehenden günstigen Winde ist. Die Fraktion wird dafür stimmen, daß

der Versuchsanstalt bei Rudow Gelände angeboten

wird, nur ist sie mit dem vorliegenden Vertrag nicht einverstanden. Sie ist der Ansicht, daß der Magistrat im Aufsichtsrat der Anstalt vertreten sein muß. Der Demokrat Schubert beantragte die Wiederherstellung der Magistratsvorlage, d. h. die Jurorjugungstellung von Gelände bei Brig. Stadtrat Busch meinte, daß die Anlagen der Versuchsanstalt nur unerheblichen Barm machten. Die Prüfanlagen für Motoren und Propeller könnten mit so guten Värm-schutzanlagen (Auspufftöpfen) versehen werden, daß die Anwohner nicht gestört würden. (1) Die Technik stünde so hoch, daß das zu ermöglichen sei. (Nur bei den Motorrädern scheint die höchstmögliche Technik zu verlagern; deren Auspuffgeräusch ist immer noch außerordentlich stark. Hier scheint man keine schalldämpfenden Auspufftöpfe erfinden zu können. D. Red.) Die Stadtverordneten Trefft (2) und Dethleffen (Dnat.) traten für Brig ein. Die Abstimmung wurde ausgeföhrt.

Die gedroffelte Gefrierfleischzufuhr.

Im Februar hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag wegen der von der Reichsregierung beabsichtigten Drofflung der Gefrierfleischzufuhr eingebracht. Der Magistrat sollte Schritte unternehmen, die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents zu verhindern. Weil inzwischen die Drofflung der Gefrierfleischzufuhr im Reichstag von der Rechtskoalition beschlossen worden ist, zogen unsere Genossen den Antrag zurück, gaben aber durch Genossen Arndt folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat mit Entrüstung Kenntnis genommen von dem Beschluß des Bürgerblocks im Reichstag, wonach der Kontingent des zollfreien Gefrierfleisches von 120 000 auf 50 000 Tonnen herabgesetzt wird. Durch diesen Beschluß wird die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit billigem Fleisch noch weit mehr gefährdet, als das bisher der Fall war. Wir sind durchaus nicht der Auffassung, daß durch diese Maßnahmen die gegenwärtige Not der Landwirtschaft behoben werden kann, sondern sind im Gegenteil der Meinung, daß die Regierung in erster Linie alles hätte tun müssen, um die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Wir lehnen jede Subvention aus Reichsmitteln zur Hebung einzelner Wirtschaftsgruppen ab und sehen in dem Verhalten der Regierung des Bürgerblocks in dieser Frage nichts weiter als eine agitatorische Maßnahme, um ihre Anhänger von

ihren bisherigen politischen und wirtschaftlichen Misserfolgen abzulenken.

Die Kommunisten nahmen den Antrag wieder auf, und es wurde in die Debatte eingetreten. Stadtrat Busch zeigte, wie der Magistrat wegen der Verhinderung der Regierungsabsicht vorstellig geworden ist. Stadtverordneter Metten (Dem.) bedauerte den Beschluß der Rechtskoalition im Reichstage und nannte ihn unvernünftig. Stadtverordneter Herzog von den Deutschnationalen verlangte den Beschluß seiner Parteifreunde im Reichstag durch die Erklärung abzuweichen zu können, daß ja Minister Schiele für die dichtbevölkerten Kreise Deutschlands eine vorzugsweise Belieferung mit Gefrierfleisch zugesagt habe. Im übrigen werde auch die deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion für eine bessere Belieferung Berlins eintreten. (Hört, hört! links.) Genosse Arndt zeigte, wie durch die Gefrierfleischzufuhr, die pro Kopf der Bevölkerung ganze vier Pfund betragen habe, unmöglich ein Druck auf das Inlandsfleisch ausgeübt werden konnte, wie es von der Bürgerblockregierung behauptet wird. Die Sozialdemokraten fordern noch heute, daß

das Gefrierfleisch zollfrei eingeföhrt

werde, ohne daß dadurch eine Belastung des Inlandsmarktes eintreten könnte. Andere Landwirte sind krank daran, daß sie nicht genügend Qualitätsware auf den Markt bringen. Qualitätsfleisch erzielt noch heute keine guten Preise. Weil aber ausländisches Fleisch dem inländischen überlegen ist, deshalb das Gefrier der Landwirtschaft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) — Die Abstimmung wurde ebenfalls ausgeföhrt.

Polizeipräsident Zörgiebel in Paris.

Zum Studium des Pariser Verkehrswezens.

Paris, 22. März.

Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel ist in Begleitung des Polizeimajors Seyffarth und des Ministerialdirektors Bachmann heute hier eingetroffen. Der Besuch des Berliner Polizeipräsidenten gilt einem Studium des Verkehrswezens der Stadt Paris.

Automobilchiebungen.

Vor der Verhaftung eines Berliner Rechtsanwalts.

In den letzten Tagen ist wiederholt der Name des Berliner Rechtsanwalts Alfred von Strang in Verbindung mit Autoschiebungen genannt worden, die von dem Autohändler Wilhelm Hande vorgenommen worden sind. Die fragwürdigen Automobilgeschäfte des Berliner Rechtsanwalts haben nach den Ermittlungen der Polizei einen erheblich größeren Umfang angenommen, als man ursprünglich annahm. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf viele hunderttausend Mark. In erster Linie ist die deutsche Automobilbank geschädigt, die die unter starker Mithilfe des Rechtsanwalts von Strang abgeschlossenen Automobilverkäufe finanziert und die bei den Geschäftsabzählungen zur Verwendung gekommenen Wechsel diskontiert hat. Viele dieser Wechsel sollen gefälscht sein. In die Affäre sind nicht weniger als 15 Personen verwickelt. Neben Strang und Hande sind der Chemiker Dr. Groß, ein Dr. Zisch und die Kaufleute Günther, Erdmann und Haufe erheblich belastet. Während Hande bereits verhaftet wurde, geminnt es den Anschein, als ob auch eine Verhaftung des Rechtsanwalts v. Strang bevorsteht.

Der Prozeß der Nationalsozialisten.

Die verletzten Rot-Frontkämpfer, die Nebenkläger im Prozeß, machten gestern ihre Aussagen. Im großen und ganzen gaben sie mehr oder weniger die gleiche Darstellung von den Ereignissen am 20. März v. J. Bereits in Jüterbog hatten sie Zusammenkünfte mit den Stahlheimern. Zwei Halbestellen vor Trebbin wurden sie von Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterjugend gewarnt, daß sich in Trebbin Nationalsozialisten

zornige Stimme Mr. Catkills, der aus dem Lorbogen heraufstieg.

Einige Augenblicke machte Mr. Barnstaple keinen Versuch, der Gefahr, die sich über ihm zusammenzog, zu entziehen. Er hatte stets ein äußerst gesichertes Dasein geführt, und wie bei so manchen hochzivilisierten Wesen war bei ihm die Fähigkeit, persönliche Gefahr zu erkennen, fast gänzlich verflümmert. Er war durch Veranlagung und Erziehung ein Zuschauer geworden. Nun stand er da, als ob er sich selbst betrachtete, der Mittelpunkt einer gewaltigen und hoffnungslosen Tragödie. Der Gedanke an Flucht kam ihm verspätet, widerstrebend und von Entschuldigungen begleitet in den Sinn.

„Als Verräter erschossen,“ sagte er laut. „Als Verräter erschossen.“ Ueber die enge Schlucht führte eine Brücke. Wenn er sich sofort dahin wenden würde, könnte er noch hinüberkommen; wenn er schnell wäre — schneller als sie. Er war flug, um davonzustürzen, das hätte sicherlich die anderen in Bewegung gesetzt. Er schritt gemächlich die Mauer entlang an Mr. Burleigh vorüber, der zu wohlgezogen war, um einzugreifen. In schlenkerndem Tempo, das immer schneller wurde, erreichte er die Stufen, die zur Zitadelle hinaufführten. Dann stand er einen Augenblick still, um die Lage zu überblicken. Catskill war eifrig damit beschäftigt, am Tor Schildwachen aufzustellen. Bienenicht hatte er noch nicht an die kleine Brücke gedacht und bildete sich ein, daß Barnstaple zu jeder ihm passenden Zeit zu seiner Verfügung sei. Den Abhang hinauf schleppten die Utopen die Toten und Verwundeten fort.

Mr. Barnstaple stieg die Stufen hinauf, als ob er in Gedanken verfunken wäre, und stand einige Sekunden auf der Zitadelle, die Hände in den Rocktaschen, als ob er die Aussicht betrachtete. Dann wandte er sich zu der Wendeltreppe, die zu einer Art Wachtstube hinunterführte. Sobald er sich außer Sicht wußte, dachte und handelte er sehr schnell. Die Wachtstube verwirrte ihn. Sie hatte fünf Türen, von denen jede, außer der einen, durch die er eben in den Raum eingetreten war, zur Stiege hinunterführen konnte. Jedoch vor der einen stand ein Stapel sauberer Kissen. Es blieben danach drei Türen zur Auswahl. Er rannte von einer zur anderen und ließ jede offenstehen; in jedem Fall führten Steintrufen zu einem runden Treppenabsatz. Bei der dritten blieb er zögernd stehen und bemerkte, daß ein kalter Luftzug heraufwehte; das bedeutete sicher, daß diese Stufen zum Felsen hinaufführten, oder woher kam sonst die Luft? Das war sie sicher! (Fortsetzung folgt.)

warf ihn um, hob ihn auf, wirbelte ihn herum wie ein Rädchen, um mit ihm Mr. Hunter einen betäubenden Schlag zu verfehen.

Bord Barralonga rannte einige Schritte zurück und begann auf den sich nähernden Flieger zu schleichen. Aus dem Gemirr von Armen und Beinen auf dem Boden wurden wieder drei einzelne Personen. Mr. Catskill schrie Befehle, machte sich über Ceder her, unterstützt von Benz, Muff und kurz darauf von Hunter und Dupont. Sie klammerten sich an Ceder, wie sich Hunde an ein Wildschwein hängen. Immer wieder schleuderte er sie von sich ab. Vater Amerton zauderte mit dem Seil, ohne zu helfen.

Einige Augenblicke war Mr. Barnstaples ganze Aufmerksamkeit auf diese schwankenden und taumelnden Versuche, Ceder zu überwältigen, gerichtet, dann gewahrte er andere Utopen, die den Hang herunterliefen, um sich in den Kampf zu mischen. . .

Die beiden anderen Flugzeuge waren gelandet. Mr. Catskill bemerkte das Herankommen dieser Verstärkungen fast ebenso schnell wie Barnstaple seine Rufe: „Zurück, zurück zur Burg!“ erreichten Mr. Barnstaple. Die Erdlinge liefen von der zerzausten großen Gestalt ab, zögerten, begannen zur Burg zurückzugehen und dann zu rennen.

Da wandte sich Ribley um und schoß genau zielend auf Ceder, der sich an die Brust griff und in eine sitzende Stellung fiel.

Die Erdlinge zogen sich zum Fuß der Treppe zurück, die durch den Lorbogen zur Burg hinaufführte, und blieben dort als ein zitternde, zerfallene und verbeulte Gruppe stehen. Fünzig Yards weiter lag Serpentin reglos da. Der Flieger, auf den Barralonga geschossen hatte, krümmte sich und stöhnte, während Ceder aufrecht dafah. Blut auf der Brust, und versuchte seinen Rücken zu befehlen. Fünf andere Utopen kamen in größter Eile heran, um ihnen zu helfen.

„Was bedeutet dieses ganze Feuer?“ sagte Baby Stella plötzlich an Mr. Barnstaples Seite.

„Haben sie ihre Weiseln gefangen?“ fragte Miß Creeta Grey.

„Bei meinem Leben,“ sagte Mr. Burleigh, der ein oder zwei Yards entfernt auf die Mauer herausgetreten war, „das hätte niemals geschehen sollen. Wie konnte das möglich sein. Baby Stella?“

„Ich habe sie gewarnt!“ sagte Mr. Barnstaple.

„Sie — haben — sie gewarnt?“ sagte Mr. Burleigh ungläubig.

„Verrät! Damit habe ich nicht gerechnet!“ erscholl die

befanden. In Lichterfelde scheuten die Nationalsozialisten sogar davor nicht zurück, auf die bereits Verletzten einzuschlagen, als diese sich bereits in Begleitung der Schupo-Beamten befanden. Der Zeuge Demuth erkennt mit aller Entschiedenheit im Angeklagten Schäfer-Rübezahl einen der Revolverhelden wieder, die in das Wagenrad geschossen haben. Einem anderen Nationalsozialisten hat er mit einem Stein den Revolver aus der Hand geschlagen, als jener seine Waffe durchs Fenster gesteckt hatte, um auf die am Boden Liegenden zu schießen. Alle Zeugen bestreiten übereinstimmend, daß aus dem Wagen der Kommunisten geschossen worden sei. Die bestreiten auch, Waffen gehabt zu haben.

Ein angenehmes Defektivbureau. Die Angestellten als Spanner und Erpresser.

Von einem „Sicherheitsystem“, das ähnlich arbeitet, wie jene Laufschere, die in den Parkanlagen hinter Gebüschen Liebespäpchen besaust, um dann Erpressungen auszuführen, hörte man zum ersten Male in einer Verhandlung gegen den Defektivangestellten Alfred Groth wegen versuchter Erpressung vor dem Großen Schöffengericht Mitte.

Der 20jährige Angeklagte, der wegen Diebstahls und Betrugs verurteilt ist, war in der Defektiv-Dinger beschäftigt. Dort war Bureauvorsteher ein ebenfalls schon verurteilter Philipp Burkhardtsmaier, der vorher in dem Defektivbureau „Falle“ Bureauvorsteher gewesen war. In dem Bureau „Falle“, dessen Inhaber Hans Hoffmann kürzlich wegen schwerer Erpressungen abgerufen ist, hatte man das „Sicherheitsystem“ erfunden. Dieses System besteht darin, daß man sich vor Absteigequartieren und Privathotels aufstellt, um die ein- und ausgehenden Pärchen zu beobachten, und dann Persönlichkeiten, die geeigneter scheinen, unauffällig bis zu ihrer Wohnung verfolgt und erpreßt.

Vor einem Privathotel in der Jägerstraße hatte Groth ermittelt, daß ein Bäckermeister einen Seitensprung gemacht hatte. Am nächsten Morgen erhielt er einen Anruf und die Anmeldung eines Besuches. Bald darauf erschienen Burkhardtsmaier und Groth mit großen Altkarten unter dem Arm, in denen Altkartendeckel mit einem Adlerstempel sich befanden. Sie eröffneten dem Bäckermeister, daß sie in einer Ehescheidung gegen eine Arztwitwe aus Lübeck Feststellungen zu machen hätten und daß sie gezwungen seien, den Bäckermeister als Zeugen zu benennen, da er mit dieser Dame in dem Privathotel in der Jägerstraße zusammengekommen sei. Sie deuteten an, daß der „Zeuge“ Scherereien haben und mehrmals nach Lübeck zu Vernehmungen fahren müßte, gleichzeitig ließen sie aber durchblicken, daß sie „die Sache drehen“ könnten, wenn ihnen ihre Spesenauslagen ersetzt würden. Der Bäckermeister ließ sich auf Verhandlungen ein, die aber mehrmals durch das Dazwischentreten seiner Ehefrau gestört wurden. Schließlich wurde eine neue Unterredung an einem ungestörten Ort verabredet. Nach dem Weggang der Besucher nahm die Ehefrau ihren Mann ins Gebet, und dieser beichtete. Als der neue Anruf kam, gab der Bäckermeister eine grobe Antwort und lehnte jede Verhandlung ab. Darauf bekam er einen Drohbrief, und gleichzeitig wurde der Frau auf einer Karte Mitteilung von dem Ehebruch ihres Mannes gemacht.

Ehe die Erpresser ermittelt werden konnten, war Groth in eine ihm gestellte Falle gegangen und verhaftet worden. Auch hier hatte er vor demselben Hotel in der Jägerstraße seine „Feststellungen“ gemacht und einen Baumeister bis zu seiner Wohnung am Kurfürstendamm verfolgt. Als er dann die Erpressungsfraube ansetzte, wandte sich der bedrohte Baumeister, was bei allen Erpressungen das einzig Richtige ist, an die Kriminalpolizei. Auf deren Anrufen wurde der Erpresser zum Bahnhof Friedrichstraße bestellt und festgenommen, als er seine Spesenrechnung überreichte. Groth hatte auch in diesem Falle auf Weisung von Burkhardtsmaier gearbeitet.

Landgerichtsdirektor Sternheim sprach dem Staatsanwalt gegenüber sein Erstaunen aus, daß gegen Burkhardtsmaier nicht auch Anklage erhoben worden sei, da dieser ein ganz gereifter Erpresser wäre. Es wird gegen ihn eine besondere Anklage erhoben werden.

Das Schöffengericht erkannte gegen Groth wegen versuchter Erpressung in zwei Fällen auf 9 Monate Gefängnis, wobei Landgerichtsdirektor Sternheim betonte, daß die Strafe nur deshalb gegen Groth so milde ausgefallen sei, weil er der Verführte wäre.

„Pui, Herr Wulle!“

Nationalsozialisten sprengen böllische Versammlung.

Am „Viktorigarten“ in Wilmersdorf hatte der sogenannte „Böllisch-Nationale Block“ eine Versammlung einberufen. Im Saal waren trotz reger Plakatpropaganda nur 120 Personen anwesend. Der Redner, Landtagsabgeordneter Wulle, gab ein Sündenregister der Deutschnationalen. Ein lustiger Zwischenfall spielte sich ab, als Wulle erklärte, daß ihm die schwarzrotgoldenen Erfüllungspolitiker lieber seien als die schwarzweißroten, weil sie wenigstens ehrlich seien. Da erhob sich eine ältere deutschnationale Frau und oetlich mit dem Ruf: „Pui, Herr Wulle!“ den Saal. Als in der Diskussion dem anwesenden nationalsozialistischen Versammlungsredner Studentowitz das Wort verweigert wurde, sprengte der nationalsozialistische Stoßtrupp von etwa 40 Mann die Versammlung. Beim Deutschland-Lied blieben die Nationalsozialisten ostentativ sitzen und gröllten dann das Hitler-Lied nachzusingen. Die Schupo verhinderte eine allgemeine Kellerei durch energische Räumung des Saales.

Nach auf der Straße beschimpften sich die böllischen Helden aufs unflätigste. Der Führer der (aufgelösten!) nationalsozialistischen Sturmabteilung Rittmeister Götting rief: „Ich erkläre jedem, der es hören will: Wulle ist ein Schurke, ein Lump!“ Die Böllischen riefen dagegen: „Ihr Nationalsozialisten seid von Italien bestochen. Hitler ist ein Sünder.“ Beide Parteien beschuldigten sich gegenseitig, daß ihre Führer Freimaurer seien. So schloß die Versammlung der Böllischen.

Großer Diebstahl auf dem Wochenmarkt.

Gestern wurde um ihr ganzes Barvermögen auf dem Wochenmarkt in der Spreestraße in Charlottenburg eine Witwe bestohlen, die dort einen Stand mit Wurstwaren usw. unterhält.

Bei Beginn der Verkaufszeit stellte sie eine braune Leder-tasche in eine offene Kiste zu Füßen des Tisches. Erst bei Schluß des Marktes um 1 Uhr kam sie dazu, sich wieder nach der Tasche umzusehen, und erwiderte jetzt zu ihrem Schrecken, daß sie ver-schwunden war. Ohne daß sie, ein Standnachbar oder ein Kunde etwas bemerkt hatten, war sie aus der Kiste gestohlen worden. Sie erwidert zusammen 13 000 Mark; 330 Mark in goldenen Zehn- und Zwanzigmarkstücken und den Rest in 10- und 50-Markstücken, dazu noch zwei goldene Trauringe, deren einer mit Brillanten ge-

Feuer in der Wuhlheide.

350 000 Quadratmeter in Flammen.

Mit der Bekämpfung zweier gefährlicher Gras- und Heidebrände, die in kurzer Zeit einen äußerst bedrohlichen Umfang annahmen, war die Feuerwehr gestern im Gebiet der Wuhlheide stundenlang beschäftigt.

Gegen 12 Uhr mittags entstand durch die Unvorsichtigkeit einer Papiermüllerin, die das gesammelte Papier aufhäufte und entzündete, das erste Feuer. Infolge des heftigen Windes fraßen sich die Flammen an der trockenen Grasnarbe mit ungeheurer Schnelligkeit weiter und sprangen auf mehrere Schonungen mit jungen Kiefernbeständen über. Die freiwilligen Wehren der Umgegend sowie zwei Berliner Berufszüge eilten auf den Alarm an die Brandstätte und nahmen den Kampf gegen das Flammenmeer, das sich über eine Fläche von nahezu 250 000 Quadratmetern Heide- und Wiefengelände erstreckte, auf. Zahlreiche Bewohner der Umgegend beteiligten sich an der Löschaktion. Durch Ziehen von Gräben, starkes Wassergeben an besonders gefährdeten Stellen und Ausschlagen gelang es nach dreistündiger Tätigkeit, den großen Brandherd einzudämmen.

Nachmittags, kurz vor 17 Uhr, kam aus der Wuhlheide abermals Feueralarm. Diesmal war in der Nähe des Gemeindefriedhofes Feuer entstanden, das an Gras, Kraut und Sträuchern reiche Nahrung fand. Das Flammenmeer, das den Anblick eines Steppenbrandes bot, erstreckte sich hier auf etwa 100 000 Quadratmeter. Um 19 Uhr war die Gefahr durch die Feuerwehr beseitigt. Eine starke Brandwache blieb in der Gefahrenzone zurück.

schmückt ist. — Die Händlerin hat für die Wiederbeschaffung 10 Prozent des Wertes ausgelegt. Mitteilungen an Kriminalbezirkssekretär Stiller, Dienststelle C 6 im Polizeipräsidium.

Um ein seidenes Taschentuch. Der Freitod eines Sechzehnjährigen.

Der sechzehnjährige Schüler Artur G. aus der Schützenstraße in Potsdam hat gestern auf schreckliche Weise Selbstmord begangen.

Der junge G. entfernte sich unter nichtigem Vorwand aus der elterlichen Wohnung, um nicht mehr zurückzukehren. Denn bald darauf wurde von einem Streckenkontrolleur auf den Gleisen in der Nähe des Bahnhofes Potsdam ein graufiger Fund gemacht. Neben den Schienen lag die Leiche eines jungen Mannes. Der Kopf war vom Kumpfe getrennt; der Tote, der keine Papiere bei sich trug, wurde als der vermiste Artur G. festgestellt.

Das Motiv zu dem Freitod des jungen Menschen war nach den polizeilichen Feststellungen Furcht vor Strafe. Er hatte seine Eltern um Geld für ein seidenes Taschentuch gebeten; dies war ihm jedoch verweigert worden. Nach zwei Tagen bemerkte die Mutter bei ihm plötzlich ein seidenes Tuch, über dessen Herkunft der Junge verschiedene Ausflüchte machte. Als die Mutter drohte, daß sie den Vorfall dem Vater erzählen werde, entfernte sich der junge Mensch aus der elterlichen Wohnung und warf sich vor den Zug.

25 Jahre AEG-Turbinenfabrik.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens, das die Turbinenfabrik der AEG im Monat April feiern wird, hatte die Direktion die gesamte Tages- und Fachpresse zu einer Besichtigung ihres Wertes in der Huttenstraße eingeladen. Nach einer Begrüßungsansprache des Direktors Bahler nahmen Professor Dr. Kraft, Chefkonstrukteur für den Turbinenbau, Dr. Pohl, Chefkonstrukteur für den Turbogeneratorenbau, und Dr. Sah, Chefkonstrukteur für den Deimmaschinenbau, das Wort zu kurzen erläuternden Vorträgen, über die drei genannten Produktionszweige. Die instruktiven Referate fanden durch Lichtbilder eine wirkungsvolle Unterstüßung.

Die ersten Turbinen und Turbogeneratoren wurden von der AEG im Jahre 1902 gebaut. Im Jahre 1904 übernahm sie das Grundstück in der Huttenstraße. Das Werk wuchs von Jahr zu Jahr, so daß es sich allmählich räumlich sehr weit ausdehnte. Vor dem Kriege wurden jährlich Maschinen mit einer Gesamtleistung von 800 000 PS fertiggestellt; nach dem Kriege ist es nicht nur gelungen, diese Zahl wieder zu erreichen, sondern sie sogar wesentlich zu überschreiten. In der Erkenntnis der Bedeutung des Groß-Dei- oder Dieselmotors für den Antrieb von Schiffen, nahm die AEG im Jahre 1909 den Bau dieses Motors auf. Es werden Motoren mit einer Einzelleistung bis 7000 PS gebaut. Im ganzen konnten bisher für den Schiffsantrieb Motoren mit einer Gesamtleistung von 150 000 PS geliefert werden.

Funkwinkel.

C. R. Köhn spricht in seinem Zyklus „Vergessene Dichter“ über Friedrich von Logau, der vor ungefähr 300 Jahren lebte und durch seine Sinngebilde berühmt wurde. Es ist schwer festzustellen, warum der eine Dichter vergessen wird, während ein anderer Zeitgenosse in der Gegenwart noch lebendig ist. Die künstlerische Qualität entscheidet nicht allein. Logau, heute nur noch aus der Literaturgeschichte bekannt, besitzt ein starkes Formaltalent, die Fähigkeit, den Extrakt zu geben, und er ist eine lyrische Begabung. Aber die Sprache ist noch voll von Symbolen und Allegorien, sie ist mehr begrifflich als anschaulich. Deshalb ergreift sie uns nicht mehr. Immerhin zeigt diese Reue der Vergessenen den Wechsel des Geschmacks der künstlerischen Anschauung und zeigt ferner, daß man mit dem Ballast auch Wertvolles über Bord geworfen hat. — Unter dem Titel „Zeitgenössische Musik“ faßt man Sonaten von Nuan und Blumer und zwei Intermezzi von Kögel für Flöte und Klavier zusammen. Es ist keine revolutionäre Musik, die neue Formen sucht, im Gegenteil, sie erscheint merkwürdig glatt, faßt und melodisch trotz der Ungeschlossenheit mancher Sätze, und dann nimmt sie durchaus auf die Eigenart des Instruments Rücksicht. Sie übersteigt nicht die Ausdruckskraft der Flöte. Eine gute, künstlerisch zu bewertende Veranstaltung. — In der Reihe der Operettensendungen Willkürs „Gasparone“. Nach allerlei Foz- und Stepp-übungen endlich eine melodienreiche Musik. Steht auch „Gasparone“ nicht auf der Höhe des „Bettelstudenten“, so bleibt dieses Werk dennoch, verglichen mit der Produktion der letzten Jahre, ein unerreichter Gipfelstein. — Wie immer bei Operettensendungen ist die Aufführung sehr gut.

Dachstuhlbrand in der Lindenstraße.

Im Dachstuhl des Vorderhauses Lindenstraße 112, gegenüber dem „Vorwärts“-Gebäude, brach gestern abend gegen 21 Uhr Feuer aus, das in kurzer Zeit größeren Umfang annahm. Als nacheinander drei Löschzüge eintrafen, brannte der Dachstuhl bereits in seiner ganzen Ausdehnung lichterloh. Ueber eine mechanische Leiter und über die Treppenhäuser wurde mit fünf Schlauchleitungen unter Leitung des Baurates Wasser nach dem Brandherd vorgebracht. Nach einstündigem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis nach Mitternacht.

Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrbeamter von einer Strohflamme getroffen und erheblich verletzt; er mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Die Brandepidemie. Neue Katastrophen im Reich.

Wie aus Kolberg gemeldet wird, wurde die Ortschaft Damlich von einem verheerenden Feuer heimgesucht, dem acht Gebäude dauerlicher Besitzer zum Opfer fielen. Da Gefahr für das ganze Dorf bestand, mußte ein Kommando der Kolberger Reichswehr zur Hilfeleistung entsandt werden. Mitverbrannt sind sämtliche Ernte- und Futtermittelvorräte und alle in den abgebrannten Gebäuden untergebrachten Maschinen, ferner fünfzig Schweine, fünf Schafe und sehr viel Federvieh.

Die Turbinenfabrik beschäftigt etwa 3500 Arbeiter und 900 Angestellte. Die verhältnismäßig große Zahl der Angestellten ist dadurch zu erklären, daß Turbinen, Generatoren und Schiffsmotoren nicht im Wege einer Massenfabrikation herstellbar sind. Für jede Turbine sind neue Berechnungs- und Konstruktionsdaten erforderlich. So sind unter den Industrieturbinen, die eine kombinierte Kraftverzeugung und Dampfverwertung ermöglichen, kaum zwei gleiche Maschinen zu finden. Ebenso ist die große Flächenausdehnung der Werkstätten durch die Eigenheit der Fabrikation bedingt. Die schweren Kraftmaschinen können nicht in mehrstöckigen Gebäuden fabriziert und errichtet werden.

Den Vorträgen schloß sich ein Rundgang an, der durch die Riesenhallen des Wertes führte und ein anschauliches Bild von der gigantischen Leistung dieses Industrieunternehmens, dessen Produkte auf dem Weltmarkt eine hervorragende Stellung einnehmen, vermittelte. Man sah Maschinen in der Fabrikation und während des Laufes im Prüffeld. Neben den Wundern der Technik erschloß sich den Besuchern in den von einem Riesensärm erfüllten Hallen noch das Wunder von der menschlichen Arbeitsleistung.

Erdbebenkatastrophe in Mexiko City. Panik in der Bevölkerung.

New York, 22. März.

Mexiko City wurde gestern abend von einem heftigen Erdbeben heimgesucht, das zirka drei Minuten andauerte. Die verschiedenen Erdstöße waren so heftig, daß die Gebäude an zu schwanken begannen und die Menschen aus Theatern, Restaurants panikartig ins Freie stürzten. Die gesamte Lichtanlage der Stadt erlosch und die Kirchenglocken wurden durch die Erschütterung zum Läuten gebracht. Soweit bisher festgestellt, sollen eine Anzahl Personen bei einem Brand, der durch das Beben hervorgerufen wurde, ums Leben gekommen sein. Etwa 20 Personen wurden durch zusammenstürzende Häuser verletzt. Zahlreiche Einwohner verbrachten die Nacht auf der Straße.

Demokratie oder Faschismus?

Gestern abend sprach Reichsminister a. D. Genosse Sollmann in einer Kundgebung des Ortsvereins Tiergarten des Reichsbanners. Zu der Versammlung hatten sich sehr viele Sympathisierende eingefunden. Es geht, so führte Genosse Sollmann aus, heute nicht mehr um die Frage Demokratie oder Monarchie, sondern um die Kampfstellung Demokratie oder Faschismus. Republikanische Reden und Zeitungsartikel helfen allein nicht, die faschistische Gefahr zu bannen. Dazu muß der Republikaner die Regierungsmacht in der Hand haben. Auch muß die Reichswehr republikanisiert werden. Heute ist es so, daß die Offiziere der Reichswehr einen Putz nicht mitmachen, weil sie nicht wissen, ob er glückt. Dieser unerträgliche Zustand muß beseitigt werden. Im Offizierskorps der Reichswehr müssen ehrliche, aufrechte Republikaner sein. Es genügt nicht allein, die politische Macht zu erobern, wir müssen schon heute daran denken, daß nach den Wahlen die Republikaner in die Regierung müssen. Nur so wird es möglich, den Weiterausbau der Republik zum sozialen Volksstaat zu ermöglichen. Die Ausführungen des Redners fanden starken Beifall.

Hinkeliffes Leiche gefunden?

Wie aus Montreal gemeldet wird, berichtet ein kanadisches Regierungsflugzeug, daß es die Ueberreste eines Flugzeuges und zwei Leichen auf dem White-Kap-Berg, 224 Kilometer von Brown Hall, im Staate Maine, gesichtet und deutlich erkannt habe. Die kanadischen Behörden haben eine Patrouille ausgesandt, die weitere Nachforschungen anstellen soll. Nach der „Portland Evening News“ glaubt man, daß es sich um die Leichen Hinkeliffes und seiner Begleiterin Elsie Maday handelt.

Der zwölfte Tote auf der Friedländer-Grube.

Im Krankenhaus zu Lauchhammer ist der Schloffer Malik den Verletzungen, die er bei der Einsturztaatsstrophe auf der Friedländer-Grube davontrug, erlegen. Die Beisetzung der Toten, deren Zahl sich somit auf 12 erhöht, wird voraussichtlich am Sonnabend erfolgen. Die Toten werden am Freitag in einem Saal im Lauchhammerwerk aufgebahrt, wo auch die Trauerfeier stattfinden soll.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Königsberg, ver.). Teilweise heiter, teils wolken. mild, leichte südliche Winde. — Für Deutschland: Bewölkt bis heiter, nur im Osten noch Nebel und vereinzelt Nachfröste; keine Niederschläge.

Seltene Experimente in Irrenanstalten.

Zur Denkschrift des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die Reichsleitung Gesundheitswesen im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat zum Studium der Frage „Arbeits-therapie in Anstalten“ eine Untersuchungskommission berufen und auf Grund deren Feststellungen eine sehr instruktive und dankenswerte Denkschrift veröffentlicht, die die Aufmerksamkeit weitester Kreise verdient. Unter Arbeits-therapie versteht man die Behandlung der in Anstalten untergebrachten Kranken mittels Zuweisung von Arbeit mit dem Ziele, die Kranken dadurch körperlich und seelisch zu beeinflussen, das heißt ihren Gesundheitszustand zu fördern. Inwiefern eine solche Behandlungsmethode gesundheitsfördernden Überhaupt entspricht, soll später erörtert werden, vorerst ist zu zeigen, wie nach den Angaben der Denkschrift die Arbeits-therapie in einigen Heil- und Pflegeanstalten (nur Irrenanstalten sind erwähnt) in der Praxis aussieht.

„Arbeits-therapie“.

Die Kranken werden nicht allein zu Arbeiten für die Bedürfnisse der Anstalt selbst angehalten, sondern in einigen Anstalten wird auch für Privatfabriken gearbeitet. Entlohnung gibt es nicht dafür. Die Arbeitszeit ist in einigen Anstalten unbegrenzt, der Arbeitsraum in vielen Fällen durchaus unhygienisch (muffige, dumpfe Keller, enge Bodenkammern), vielfach wird an komplizierten, auch elektrisch betriebenen Maschinen gearbeitet, Kranke werden bei der Zubereitung der Speisen in der Küche beschäftigt, obwohl Geistes-kranken häufig genug recht unsauber sind, Arbeitsschutz, Unfallschutz gibt es nicht, weil Kranke ohne Entlohnung geistlich nicht als Arbeiter gelten. In einer Anstalt werden 99 Proz. der Geisteskranken, wie der ärztliche Direktor angibt, mit Arbeit beschäftigt, anscheinend ein Ansporn für die anderen, rühmlich nachzuziehen. Wer arbeitet, erhält eine Pflegezulage, wer sich weigert, einen Abzug von der üblichen Kost. Die durch einen solchen Arbeitsbetrieb bedingte Mehrarbeit des Pflegepersonals wird nicht durch Vermehrung desselben ausgeglichen, im Gegenteil, einige Anstalten haben herausgefunden, daß die Geisteskranken sich zum Erlasse des Pflegepersonals gut eignen und z. B. auch die ärztlichen Verordnungen, wie Verabreichungen von Medikamenten, gut und exakt ausführen können und rühmen die hierdurch herbeigeführte bessere Rentabilität des Betriebes. Eine Anstalt hat infolgedessen auf 15 Abteilungen mit etwa 300 Kranken nicht eine einzige Pflegeperson. Soweit die Angaben der Denkschrift, die in ihrer ruhigen Schilderung, zumal unter Namens-nennung der betr. Anstalten, einen durchaus glaubwürdigen Eindruck macht. Sicherlich mögen nicht alle Anstalten alle aufgezählten Mängel zeigen, es muß auch zur Steuer der Wahrheit gesagt werden, daß es Anstalten gibt, die in den wissenschaftlichen psychiatrischen Zeitschriften dringend vor Übertreibungen warnen. Aber wenn auch nur einiges, was die Denkschrift behauptet, vorkommt, so ist schleunige Abhilfe geboten.

Wo bleibt der Sozialarzt?

Soeben beginnt erst das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Irrenanstalten in der Frage der zwangsweisen Internierung einer ruhigeren Beurteilung Platz zu machen und nun kommen diese Enthüllungen, die geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen. Ein altes Wort lautet, daß jeder Arzt mit einem Tropfen sozialen Dels gesalbt sein sollte. Der Sozialhygieniker kann sich damit nicht zurückziehen, er muß die volle Umwandlung der rein klinischen Medizin in eine soziale, des nur biologisch eingestellten Arztes in einen reinen Sozial-arzt verlangen. Wenn es aber Anstalten gibt, die unbezahlte Arbeit für Privatbetriebe leisten lassen in Branchen, in denen draußen Arbeitslosigkeit herrscht, so hat den beteiligten Ärzten auch der Tropfen sozialen Dels gefehlt. Ein guter ärztlicher Grundsatz lautet: Nil nocere (niemals dem Kranken schaden). Wenn aber Kranke in engen Bodenkammern bei schlechter Entlüftung lange Zeit eine so ungesunde Arbeit, wie Laborkentrippen ausüben müssen, so ist dem genannten Grundsatz nicht Rechnung getragen, es dürfte wohl keinen Arzt geben, der sich bei solchen Arbeitsbedingungen eine Förderung der Gesundheit versprechen könnte. Deshalb ist eine amtliche Untersuchung und Klarstellung durch den überwachenden Kreisarzt, die vorgelegte Provinzialbehörde, eventuell eine Untersuchungskommission des Landtages dringend zu verlangen. Unabhängig von den angeführten Einzelfällen ist nunmehr das Problem „Arbeits-therapie“ allgemein zu unteruchen. Es ist das um so notwendiger, als die Anstaltsbehandlung zur Heilung von Krankheiten innerhalb der modernen Gesamtbehandlung mit Recht

eine immer größere Bedeutung gewinnt; es sei nur hingewiesen auf die steigende Anzahl Lungenheilstätten, Nervenanstalten, Erholungsheimen, Unfallkrankenhausern usw. Wie soll es allgemein mit der Arbeits-therapie in Anstalten gehalten werden?

Schonung und Übung.

Alle Krankenbehandlung kann letzten Endes auf zwei wichtige Prinzipien, Schonung und Übung des Körpers und des Geistes, zurückgeführt werden. Die Schonungsbehandlung hat bisher in den Anstalten einen bevorzugten Platz eingenommen, man denke an die stundenlangen täglichen Liegeturen der Tuberkulösen, Erholungsbedürftigen, Blutmarmen. In letzter Zeit sind jedoch gegen die alleinige Herrschaft der Schonungsbehandlung mit Recht schwere Bedenken geltend gemacht worden. Tatsächlich müssen Brust, Herz, wie alle inneren Organe erschaffen, wenn in der Anstaltszeit immer nur mit Schonungsbehandlung vorgegangen wird, nach einer gewissen Zeit der Ruhe ist für die Mehrzahl der Kranken Übung als Heilfaktor am Platze. Die Gesamtfunktionen wie auch die Stimmung des Kranken werden daraus Nutzen ziehen, der Uebertret in die kommende Periode der Arbeitsleistung wird erleichtert. Diese Übungsbehandlung hat nur das gesundheitsliche Interesse des Kranken, die Besserung seines Leidens im Auge, irgendwelche Nebenabsichten liegen ihr fern.

Die Praxis der Übungsbehandlung.

Die Übungsbehandlung kann in verschiedenen Formen vor sich gehen: Freiübungen, Gymnastik, Spielen, Wandern, Laufen, sie kann auch in Beschäftigung bestehen, soweit die Eigenbedürfnisse der Anstalt in Frage kommen. Niemals aber darf sie in wirklicher Arbeit bestehen, wenn unter Arbeit eine Handlung zu verstehen ist, deren Absicht auf mehr geht, als allein auf Förderung der Gesundheit des Kranken. Krankheit und Arbeit haben sich innerhalb der Anstalt völlig ausgeschlossen, der Begriff der Arbeits-therapie ist daher aus der Anstaltskrankebehandlung vollkommen zu streichen, ganz gleichgültig, um welche Krankheit es sich handelt. Wenn der Arzt aber eine Beschäftigungsbehandlung verordnet, so bedeutet das daselbst wie die Verordnung eines Medikamentes, er hat sich jederzeit bewußt zu sein, daß seine Verordnung nur aus gesundheitlichen Gesichtspunkten erfolgen darf, dem Krankheitsfalle angepaßt sein muß und vom Arzt dauernd zu kontrollieren ist, damit jeder Schaden rechtzeitig vermieden wird, der Anstaltskranke soll an der ganzen Art der Behandlungsweise das Bewußtsein gewinnen, daß er mit der Beschäftigungsbehandlung zu keinem Ausbeutungsobjekt wird, sondern daß alles nur zu seinem Besten geschieht. Wird so die Zeit der Ruhe, die Zeit des Spielens und der Beschäftigung und ihre Form vorgeschrieben, werden diese Bestimmungen sonst anders im Krankenjournal vermerkt, dann werden Mißgriffe so leicht nicht vorkommen können. Dann wird auch das Halbes nach Erreichung großer Zahlen beschäftigter Kranken verschwinden, da diese sich in den verschiedenen Anstalten nach dem Krankenmaterial richten, also notwendig verschieden sein, selbst in derselben Anstalt zu verschiedenen Zeiten verschieden sein wird.

Die Studentenkommision hat in der Denkschrift einige Forderungen vom gewerkschaftlichen Standpunkte aufgestellt, wie Verbot der Arbeit für Privatbetriebe, Unfallschutz, Unterlassung von Strafen, Beseitigung der pflegerischen Abteilungen u. a. m., Forderungen, denen durchaus beizugehört werden muß. Insbesondere ist die letzte Forderung zu unterstützen; man sollte es kaum für möglich halten, daß Anstaltsärzte auf Grund von Beobachtungen und Berichten Geisteskranker ihre ärztlichen Anordnungen treffen und diese wiederum von Geisteskranken ausführen und deren Ausführung von ihnen überwachen lassen. Die Studentenkommision, die aus Laien besteht, hat sich mit Absicht davon ferngehalten, ein medizinisches Urteil über Arbeits-therapie überhaupt geben zu wollen. Das muß nunmehr nachgeholt werden, und die aufgestellten Forderungen sind zu erweitern. Der Sozialhygieniker hat zu verlangen: Jede Arbeits-therapie innerhalb der Anstalt ist zu verbieten, gestattet ist nur eine Beschäftigungsbehandlung als Teil einer allgemeinen Übungsbehandlung, die, wie jede Meditation, der Art der Krankheit und dem Zustande des Kranken Rechnung trägt, in dosierter Form zu verordnen, vom Anstaltsarzt zu kontrollieren und in das Krankenjournal einzutragen ist.

Stadtarzt Dr. Roeder.

Kurerfolge bei der Kinderverschickung.

Wohltuender Einfluß von Mittelgebirge und See.

Die Verschickung von Kindern zum Kur- und Erholungsaufenthalt hat sich immer mehr eingebürgert. Die meisten Kinder, die eine Kur gebrauchen, fahren für einige Wochen an die Nordsee, die Ostsee oder ins Mittelgebirge. Die Auswahl der Kinder und ihre Verteilung auf die Kurorte erfolgt auf Vorschlag der Schulärzte, die sehr sorgfältig vorgehen müssen, da der Kurerfolg bei vielen Kindern von dem Klima und der Höhenlage der Kurorte abhängt. Man muß also bei jeder einzelnen Verschickung unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes des Kindes das Reiseziel bestimmen. Die Erfahrung lehrt freilich, daß zahlreiche Kinder sich gut erholen, gleichviel, ob man ihnen einen Kuraufenthalt an der Nordsee, an der Ostsee oder im Mittelgebirge zuteil werden läßt.

Wo erholen sich aber die meisten Kinder am allerbesten? In welchem Klima? Zu welcher Jahreszeit? Welche Altersklassen der Kinder eignen sich für eine Kur an der Nordsee, an der Ostsee oder aber im Mittelgebirge?

Der leitende Arzt der Kinderfürsorge der Berliner Landesversicherungsanstalt, Dr. Peiser, gab in einem sehr interessanten Vortrag, den er vor dem „Berliner Verein für Schulgesundheitspflege“ im Hygienischen Universitätsinstitut hielt, auf diese Fragen sehr beachtenswerte Antworten, die um so mehr gewürdigt werden müssen, als Dr. Peiser bei seinen Schulkinder-Untersuchungen und statistischen Berechnungen äußerst sorgfältig vorgegangen ist. Es wurden viele Hunderte von Kindern untersucht. Die Beurteilung des Kurerfolges geschah jeweils drei Monate nach Rückkehr vom Kuraufenthalt. Bei jedem Kind wurde festgestellt, ob und wieviel sich das Körpergewicht gesteigert hatte, und es wurde der „dynamische Effekt“ berechnet, indem mit Hilfe besonderer Meßapparate die Steigerung der Muskelkräfte nachgemessen wurde. Bei den statistischen Nachweisungen wurden Knaben und Mädchen und dann wiederum die sechs- bis zehnjährigen bzw. elf- bis vierzehnjährigen Kinder gruppenweise zusammengefaßt. Weitere Einteilungen erfolgten entsprechend der Lage der Verschickungsorte (Nordsee, Ostsee, Mittelgebirge) und unter Berücksichtigung der Verschickungs-terminen (Frühling, Sommer, Herbst und Winter). Die Ergebnisse, die Dr. Peiser mitteilte, lauteten folgendermaßen:

Man kann zu jeder Jahreszeit auf dem Gebiet der Kinderverschickung befriedigende Resultate erzielen. Die besten Kurerfolge wurden an Knaben und Mädchen aller Altersgruppen nach Winterturen im Mittelgebirge festgestellt. Im Frühling und im Sommer erholen sich die sechs- bis zehnjährigen Kinder gewöhnlich besser an der See, die älteren Kinder im Mittelgebirge.

Dr. Peiser glaubt, daß diese Verschiedenheiten des Kurerfolges bei den kleineren bzw. den größeren Kindern zum großen Teil auf psychische Einflüsse zurückzuführen sind. Der Seeaufenthalt, der den sechs- bis zehnjährigen so beförmlich ist, bietet ihnen Gelegenheit, am Strande ihrem Spieltrieb frönen und sich dabei gut erholen zu können. Kindern höherer Altersklassen ist der Aufenthalt im Gebirge ein besonderes Erlebnis, das ihre Phantasie stark anregt. Neben den psychischen Faktoren sind es aber sicherlich klimatische Einflüsse, die sich gerade auch bei den Winterturen als heilsam erweisen.

Jedenfalls hat die steigende Wertschätzung des wintertlichen Kur-aufenthalts voll und ganz ihre Berechtigung.

Die Wetterfäule auf dem Schloßplatz.

Die Wetterfäule auf dem Schloßplatz, die im Jahre 1889 nach einem Entwurf des Architekten Bruno Schmitz errichtet wurde, und jahrzehntelang eine Sehenswürdigkeit Berlins bildete, ist in der Inflation auf Beschluß des Magistrats zusammen mit einer Reihe anderer Uhrensäulen an eine Firma zum Abbruch verkauft worden. Diese hat die Wetterfäule bisher im Betrieb erhalten, beabsichtigt sie aber jetzt abzubauen. Nunmehr hat das Bezirksamt Mitte beschlossen, der Stadt die Säule mit Rücksicht auf den künstlerischen und historischen Wert des Gebäudes zu erhalten und sie für 1500 Mark wieder in ihren Besitz zu bringen. Das Gehäuse hatte seinerzeit allein 5400 Mark gekostet und der Neuwert der eingebauten Instrumente beträgt ebenfalls 250 Mark, so daß der Kaufpreis als niedrig bezeichnet werden muß.



ZUM FRÜHJAHR
BRINGEN WIR
WIE IMMER
DAS RICHTIGE

HERVORRAGEND
IN ELEGANZ
PASSFORM
U. VERARBEITUNG

SALAMANDER

Strümpfe in allen Farben • Garantiert erste Wahl

Gesundheitspflege für Berufsschüler.

Seit Wochen berät man über die Gestaltung des Berliner städtischen Haushaltsplans für das neue Haushaltsjahr, das am 1. April 1928 beginnt. Den nun einmal notwendigen Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe hat man bisher noch nicht finden können. Die Gründe hierfür sind bekannt. Die städtische Politik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verhindert die Aufnahme kommunaler Auslandsanleihen. Die Verteilung der Erträge aus der Mietzinssteuer schädigt Berlin außerordentlich stark, und man kann nur hoffen und wünschen, daß endlich der Preussische Landtag einen der Reichshauptstadt günstigeren, einen — gerechten Verteilungsschlüssel festlegt.

Es ist nur allzu leicht erklärlich, daß unter diesen Verhältnissen die Finanzgebarung bei der Schaffung des Berliner Haushaltsplans sich äußerst schwierig gestaltet. Aus den gleichen Gründen mußte auch die Beurteilung der Rangfolge der einzelnen kommunalen Leistungen auf den verschiedenen Haushaltsgebieten ins Hintertreffen geraten. Angesichts dieser Finanzlage mögen viele Kommunalpolitiker den Vorschlag, eine neue kommunale Aufgabe zu übernehmen, recht befremdend finden. Und dennoch sollte man daran gehen, dem Beispiele vieler anderen Städte folgend, endlich auch in ganz Berlin die so dringend notwendige Schulgesundheitspflege an den Fach- und Fortbildungsschulen einzuführen. Sie ist nicht minder wichtig, wie die schulärztliche Versorgung der Gemeindeschulen, deren hohe Bedeutung jetzt von niemandem ernsthaft mehr angezweifelt wird. Viele Sozialhygieniker, Bädagoginnen und Wohlfahrtspraktiker sind sogar der Ansicht, daß die Schulgesundheitspflege an den Fach- und Fortbildungsschulen noch dringlicher ist als an den Gemeindeschulen. Die ersten Jahre des Berufslebens haben starke Einwirkungen auf die körperliche Verfassung der Jugendlichen. Gerade die 15—18jährigen Jugendlichen sind besonders oft tuberkulosegefährdet. Bei diesen Altersklassen finden sich auch häufig verschiedenartige sexuelle Störungen; die sozialhygienische Aufklärungsarbeit

der Schulärzte wird am zweckmäßigsten an den Fach- und Fortbildungsschulen ausgeübt. Die Kosten, die bei der Einführung der Schulgesundheitspflege an den Fach- und Fortbildungsschulen entstehen würden, sind beträchtlich; man soll sie aber nicht überschätzen. Sie verbilligen sich dadurch, daß es technisch nicht möglich ist, schon zu Ostern 1928 die schulärztliche Versorgung der Fach- und Fortbildungsschulen sicher zu stellen. Erst nach den Herbstferien könnte dies geschehen, da in der Zwischenzeit die Einstellung der Schulärzte und Schulfürsorgerinnen und die Einrichtung der schulärztlichen Dienststräume vor sich gehen müßten.

Wenn man die Schulgesundheitspflege an den Fach- und Fortbildungsschulen in gleichartiger Weise organisiert, wie dies jetzt bezüglich der Gemeindeschulen und der höheren Lehranstalten geschieht, so benötigt man rund 25 hauptamtliche Schulärzte und 50 Schulfürsorgerinnen. Für ihre Besoldung im zweiten Haushaltsjahre wären rund 250 000 M. erforderlich. Die Beschaffung des Inventars für die schulärztlichen Dienstzimmer würde die Bereitstellung einer Summe von 50 000 M. beanspruchen. Man sollte unter allen Umständen sich bemühen, die Gesamtsumme von 300 000 M. bereitzustellen, womöglich unter Verzicht auf andere in Aussicht genommene Aufwendungen, wie dies für die Ausgaben zugunsten der Schulgesundheitspflege an den Fach- und Fortbildungsschulen zutrifft.

Auf die Frage, was notwendiger sei, die Einführung der Schulgesundheitspflege in dem vorgeschlagenen Umfange an den Fach- und Fortbildungsschulen oder aber die — ebenso teure! — Schaffung von 25 neuen städtischen Krankenhausbetten, kann es selbst in den heutigen Zeiten der Not nur die eine einhellige Antwort geben: man betreibe unter allen Umständen vorwiegend die Einführung der für die Vorbeugung und die gesundheitliche Überwachung so wichtigen Schulgesundheitspflege an den Fach- und Fortbildungsschulen. Eile tut not! Dr. Alfred Karach.

Von unserem Redner wurde den bürgerlichen Parteien einseitiger Seite kommt und stichhaltige Gründe dagegen nicht vor gebracht werden können, die angebliche Sparsamkeit herhalten muß, die man aber bei der Bewilligung von Millionen vollständig auflöser Ausgaben, wie Panzerkreuzer, vollständig vermisst. Nach einem für die kommunistische Partei beschämenden Austritt, den der linke Kommunist herbeiführte, wurde die Sitzung um 10 Uhr vertagt.

Kreisvertreterversammlungen.

Mitte.

Der außerordentliche Kreisvertretertag am 20. März 1928 war der Aufstellung von Kandidaten gewidmet. Genosse Riese gab erst das Wort dem Genossen Dr. Siegfried Weinberg zu einem Vortrage „Das neue Strafrecht“. Dieser Entwurf hat sozial Kaufschubbestimmungen, daß ihn die Sozialdemokratie ablehnen muß. So ein Entwurf kann nur von einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung vorgelegt werden. Entgegen dem § 107 der Weimarer Verfassung — Schutz der Arbeitskraft — sind die Schutzbestimmungen vollkommen ungenügend. 36 Abschnitte behandeln Schutz der Tiere, der Kräfte usw., aber Schutz der menschlichen Arbeitskraft ist nicht enthalten. Niedrigste Strafen: z. B. bei Diebstahl, sind erhöht, früher einen Tag, nach dem Entwurf eine Woche. Das Koalitionsrecht ist gefährdet: wer einen Streikbrecher ideoel anstellt, soll schwer bestraft werden, wenn das Gericht die Voraussetzung des Nötigungsversuches als gegeben ansieht. Während das Streikpostenrecht jetzt zeitweise als „grober Unfug“ bestraft wird, soll es in Zukunft als Betätigung des Publikums geahndet werden. In beiden Fällen sind die Strafen besonders erhöht. Ein besonders tolles Stück ist es, daß durch § 238 Hunderttausenden von Arbeitern der sogenannten lebenswichtigen Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Post, Verkehr usw.) mit einem Schlag das Streikrecht geraubt werden soll. Die arbeitende Klasse bekennt sich mit Stolz zu den Grundgesetzen der Kultur und der Humanität. Der Staat hat kein Recht, Menschenblut zu vergießen; die Todesstrafe, ja, selbst die Zuchthausstrafe, sollte im Gesetzentwurf nicht enthalten sein, deshalb kann es nur ein Ablehnen geben.

Genosse Riese gab dann Bericht vom engeren und erweiterten Vorstand zur Kandidatenfrage. Danach soll Genosse Adolf Hoffmann sen. als alleiniger Kandidat für den 1. Kreis gelten. Und zwar muß es zeitigen, den Genossen Adolf Hoffmann sen. an sicherer Stelle auf die Landesliste für den Landtag zu setzen, um ein früheres Unrecht gutzumachen. Ein Rundschreiben vom Einheitsverband der Eisenbahner-SPD-Genossen, den Genossen Lorenz Breunig als Kandidaten für den Reichstag vorzuschlagen, wurde einstimmig vom erweiterten Vorstand abgelehnt.

Reinickendorf.

Auf einer zur besuchten Kreismitgliederversammlung des 20. Kreises sprach am Mittwochabend in Reinickendorf Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Rudolf Breitscheid über das Thema „Wie steht die SPD. zur Außenpolitik der deutschen Republik?“

Die politische Geschichte bis 1914 wurde in allen Ländern von dem Grundgesetz geleitet, daß die Politik die Vorbereitung zum Krieg und der Krieg die Fortsetzung der Politik sei. Selbstverständlich schoben die Diplomaten vor diese ihre wahre Meinung eine falsche Kullisse. Der Ausgang des Weltkriegs schuf hierin einen Wandel: Die Verträge, die Konflikte der Völker mit friedlichen Mitteln zu lösen, haben sich vermehrt, die außenpolitischen Auseinandersetzungen haben eine neue Form erhalten. In der ganzen Welt ist der Kapitalistenklasse die Erkenntnis gebämmert, daß der Krieg in jedem Falle ein „schlechtes Geschäft“ ist. So ist auch die Stellung der deutschen Nationalisten erschüttert worden. Sie machen den Versuch, durch eine zwiespältige Haltung gegenüber der Friedenspolitik sich vor ihren Anhängern zu behaupten. Deshalb glaubt das Ausland nicht an die Ehrlichkeit der deutschen Regierung, und das ist die Ursache dafür, daß, solange die Deutschenationalisten in der Regierung sitzen, Frankreich sich nicht zu einer Räumung der Rheinlande bewegen läßt. Die Sozialdemokratie ist ein grundsätzlicher Gegner des Krieges. Wir fordern internationale Abrüstung und Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtshofes.

Die Kieholzstraße.

Zukunftarbeit im Bezirk Treptow.

Das Bezirksamt Treptow hat jetzt gemeinschaftlich mit den städtischen Körperschaften von Niedershöneweide einen neuen Fluchtlinienplan für die Kieholzstraße, eine der Hauptverkehrsstraßen der beiden Bezirke, ausgearbeitet, der auf eine zukünftige Straßenerweiterung Rücksicht nimmt und die zwischen Karpenteichstraße und Rixdorfer Straße liegende Strecke in städtebaulicher Hinsicht neu aufteilt.

Die Kieholzstraße findet ihre Fortsetzung in der Kaiserstraße, dem Groß-Berliner Damm und der Straße am Falkenberg und schließt durch die Pfeffer- und Graechstraße an die Wiener Straße im Bezirk Kreuzberg an. Eine gleich breite Weiterführung der Wiener Straße durch die erheblich schmälere Graech- und Pfefferstraße ist heute wegen der vorhandenen Bebauung nicht mehr möglich. Nach dem projektierten Bau einer Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Reichenberger und Heidenberger Straße wird sich der Verkehr aus der Innenstadt auf die Wiener und Reichenberger Straße verteilen und erst an der Ringbahn in die Kieholzstraße zusammengeführt werden. Dementsprechend ist die Straße bereits in einer Breite von 45 Metern mit einer Mittelpromenade und mit einem Fahrdamm für den Richtungsverkehr ausgebaut. Im weiteren Verlauf der Straße, von der Karpenteich- bis zur Moßischstraße, ist eine Breite von 40 Metern vorgesehen, mit einem besonderen Körper für die Straßenbahn bei Richtungsveränderungen und Radfahrerweg. In dem Abschnitt nördlich der Anlaufbahn, die die Kieholzstraße umweht der Eichbuschallee kreuzt, soll die Straße ein wenig aus der geraden Richtung abgelenkt werden, um bei einer vorzunehmenden Verbreiterung der Eisenbahnüberführung das jetzt vorhandene Brückenbauwerk nach Möglichkeit erhalten zu können. Bei der weiteren Strecke der Straße soll mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Bebauung eine Straßbreite von 36,40 Metern in Vorschlag gebracht werden, während bei dem un bebauten Abschnitt zwischen Teltowkanal und Rixdorfer Straße wiederum eine Breite von 41 Metern geplant wird. Das angrenzende Gelände gehört der Stadt, und auf ihm befinden sich die Friedhofsanlagen, die durch einen 4 Meter breiten Grün- oder Heckenstreifen gegen die vielfachen Unzulänglichkeiten des Straßenverkehrs abgedeckt werden sollen.

Bestrahlungsanlage für Schüler.

Die Bestrahlung mit Höhensonne hat sich bei Entwicklungsstörungen der Säuglinge und ganz besonders für die Bekämpfung der englischen Krankheit als ausgezeichnetes Heilmittel erwiesen und wesentlich dazu beigetragen, die Gesundheitsverhältnisse in diesem Alter zu verbessern. Diese Behandlungsmethode ist von großem sozialhygienischen Werte, und die Beschaffung einer Höhensonne gehört heutzutage zur selbstverständlichen Ausstattung einer Säuglingsfürsorgeeinrichtung. Jedoch auch für die Schuljugend, sofern sich bei ihr Entwicklungsstörungen zeigen — und das ist, wie der Jahresbericht des Bezirksgesundheitsamtes Treptow vermerkt, bei sehr vielen Kindern der Fall — ist eine Kur mit Höhensonne als nützlich zu bezeichnen. Deswegen hat das Bezirksgesundheitsamt Treptow die erste Bestrahlungsanlage für Schüler in Niedershöneweide geschaffen und beginnt jetzt mit je 30 Knaben und Mädchen im Alter von 8 bis 12 Jahren, die von den Schulärzten gewählt worden sind, die erste Kur, die 10 bis 12 Wochen dauern soll. Das Gesundheitsamt verspricht sich neben den sonstigen sozialen Maßnahmen an der Schuljugend auch von diesen regelmäßig wieder-

holten und auf Hunderte von Kindern sich erstreckenden Bestrahlungsanlagen eine Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse unserer Schüler und wird später über die Erfolge berichten.

Die Kur ist unentgeltlich, zugelassen werden die Besucher der Volksschulen und die Freischüler der höheren Schulen.

Ein Blindenheim am Scharmüggelsee.

Ein neues Erholungsheim für Blinde ist durch den „Allgemeinen Blindenverein“, gegründet 1874, geschaffen worden. Das Heim liegt am Ufer des romantischen Scharmüggelsees, im herrlichen, mairtlichen Walde. Es ist solide eingerichtet und bietet 30 Gästen Raum. Fast alle Zimmer sind mit fließendem Wasser und Zentralheizung versehen. Ein Warmbad, sowie Garten, Spielwiese, Wald und etwa 250 Meter steinfreier Badestrand nebst Rudergelegenheit stehen den Gästen zur Verfügung. Das Heim ist bereits geöffnet. Die Pensionspreise sind die gleichen wie in den Heimen des Reichsdeutschen Blindenverbandes. In der Zeit vom 1. Juli bis 10. August darf der Aufenthalt 20 Tage und die Begleitung eine erwachsene Person nicht übersteigen. — Fahrverbindung von Berlin, Görliger Bahnhof, über Königswusterhausen bis Bahnhof Scharmüggelsee. Fahrtdauer etwa 1 1/2 Stunden. Im Sommerfahrplan vier bis sechs Züge täglich. Der Fahrpreis beträgt 1,50 M. Vom Bahnhof Scharmüggelsee nach 20 Minuten mit eigenem Fuhrwerk. Fahrpreisermäßigungsheime können vom Heim noch nicht ausgestellt werden. Die Heimanschrift lautet: Villa „Charlotte“, Erholungsheim des Allgemeinen Blindenvereins in Gienide (Weeslow), Provinz Brandenburg.

Alle Anfragen und Anmeldungen für den Besuch des Heimes sind zu richten an: Geschäftsstelle des Allgemeinen Blindenvereins, S. 42, Wassertorstraße 19 (Fernruf Rorichplatz 1036), geöffnet Montags, Dienstags, Donnerstags von 9 bis 17 Uhr, Mittwochs und Freitags von 9 bis 19 Uhr und Sonnabends von 9 bis 13 Uhr. — Ueber die Fahrverbindung innerhalb Berlins nach dem Görliger Bahnhof geht Interessenten auf Wunsch Nachricht zu, auch werden alleinreisende Blinde auf Wunsch vom Einreisebahnhof abgeholt. — Es wird ausdrücklich bemerkt, daß dieses Heim allen Mitgliedern des Reichsdeutschen Blindenverbandes aus dem ganzen Reich offensteht.

Aus den Bezirken.

19. Bezirk — Pantow.

Am 16. d. M. fand in der außerordentlichen Bezirksversammlung die Fortsetzung der Beratung über die Straßenumbenennungen statt. Auch diesmal konnte die Vorlage nicht zum Abschluß gebracht werden. Der Verlauf der Sitzung war interessant: Die bevorstehende Reichstagswahl bringt es mit sich, die Differenzen innerhalb der bürgerlichen Parteien aufzuzeigen, jede Partei will der anderen in mittelständischer Rettungspolitik den Rang ablaufen. Die Haus- und Grundbesitzervereine sind alarmiert und reichen Protestresolutionen gegen die Umbenennung ein.

Den Vogel bei diesem Treiben schlägt die Deutschnationale Partei ab; ihr Oberdemagoge Faust versuchte die Aeußerung, daß eine Badeanstalt in Pantow Luxus sei, die sein Fraktionskollege Schaumann getan hatte, in das Gegenteil umzubiegen. Die Vorlage selbst bezeichnete er als politischen Nimpf und gab alle Schuld über die Neuerungen der dreimal verfluchten Demokratie, bei der eine Stimme den Ausschlag gäbe; aber in orakelhafter Weise erklärte er, es würde nicht mehr lange dauern, dann käme es anders.

Das Milch aus dem bayrischen Bavarian ist ein klares, schmeckendes Bier. Wenn man dieses Köpflchen an die Lippen stellt, so genießt man ein köstliches Getränk, wie es bei uns in Bayern — (Alpurza) — das fast ist, das man immer noch aus dem bayerischen Gebiet kaufen kann. Es ist ein köstliches Getränk, das man immer noch aus dem bayerischen Gebiet kaufen kann. Es ist ein köstliches Getränk, das man immer noch aus dem bayerischen Gebiet kaufen kann.

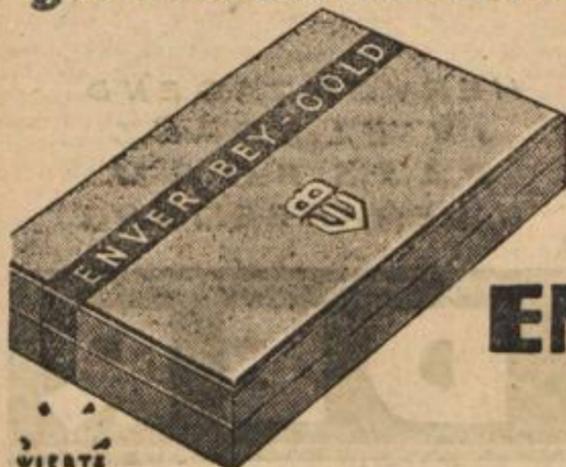
ALPURSA
ALPURSA A.G. BIESENHOFEN BAYER. ALLG.

Sie haben keine richtige Freude mehr am Rauchen

weil Sie die richtige Marke noch nicht gefunden haben. Probieren Sie einmal die Enver Bey Gold und Sie werden erstaunt feststellen, welch' köstlichen Genuß die Zigarette für Sie bedeutet.

ENVER BEY GOLD

5s



Hinter faschistischen Zensurmauern

Die Wirtschaftslage — Amerikanische Kritiker.

Von besonderer Seite geht uns folgende Schilderung der italienischen Wirtschaftsverhältnisse nach der Stabilisierung zu:

In den letzten anderthalb Jahren ist aufgefallen, daß sich die Kapitalgeber von New York in wachsendem Umfange an der italienischen Wirtschaft beteiligt haben. Mit Faschistenfreundschaft hat das nichts zu tun: nachdem Deutschland die ausländische Kapitaleinfuhr bewußt einschränkte, folgte das amerikanische Kapital der nächststärksten Nachfrage: die kam aus Italien.

Über Amerika beginnt allmählich unruhig zu werden.

Die Frage, ob man im Vertrauen zum faschistischen Italien nicht zu weit gegangen ist, taucht immer öfter auf. Aus diesem Grunde wird die finanzielle Lage Italiens besonders scharf beobachtet. Das amerikanische Bureau of Foreign and Domestic Commerce veröffentlicht regelmäßig Berichte, von denen der letzte, herausgegeben vom Handelsattaché Americas in Italien, von außergewöhnlicher Bedeutung ist, um so mehr, als die Veröffentlichungen der offiziellen Presse Italiens ausschließlich der Verherrlichung der faschistischen Verhältnisse dienen.

Der amerikanische Sachverständige hingegen stellt im Bericht vom 2. Februar 1928 fest, daß die feinerzeit so geräuschvoll der Welt verkündete Stabilisation der Lira, abgesehen von einer gewissen psychologischen Beruhigung, noch keinen positiven Erfolg gezeitigt hat. In manchen Kreisen ist man der Meinung, daß die Stabilisation zu einem zu hohen Kurse stattgefunden hat. Wir glauben hingegen, daß es sich um die Tendenz handelt, die Banken, die großen Versicherungsgesellschaften und im allgemeinen die Besitzer von großen Kapitalien zu begünstigen.

Das Ergebnis dieser Politik ist die Hemmung des Exports und die Erleichterung des Imports von Waren, die der heimischen Produktion Konkurrenz machen. Dies bezieht sich vor allem auf die amerikanischen Automobile, die in Italien großen Absatz finden.

Auch die mechanische Industrie ist von einer tiefen Krise betroffen, deren Ausgang nicht leicht vorauszu sehen ist. Derselbe Zustand trifft auf die Textilindustrie — mit Ausnahme der Wollebranche — zu.

Das bedeutende Wachstum der Arbeitslosigkeit

Es auf die erwähnte Krise zurückzuführen. Am 30. November 1927 gab es in Italien 375 574 Arbeitslose und 133 920 Kurzarbeiter. Am 31. Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen auf 414 283, die der Kurzarbeiter auf 140 124 gestiegen. Zu bemerken ist, daß diese statistischen Angaben auf Grund der Arbeitslosenunterstützung gemacht worden sind und ausschließlich die Unterstützungsberechtigten zählt. Die Zahl familiärer Arbeitslosen ist vielleicht doppelt so groß.

Sehr wichtig ist der Umstand, daß die Detailpreise, die einzigen, die die Arbeitermassen interessieren, nicht gesunken sind, sondern sich im steten Wachsen befinden. Der amerikanische Sachverständige stellt diese Tendenz besonders bei Getreide, Eisen und Stahlwaren sowie Pflanzensöl, Holz und Wollen fest. Der Index des bürgerlich-faschistischen Genossenschaftsverbandes Mailands war in der 3. Woche des Januar gleich 490,26, im Dezember des vergangenen Jahres war er noch gleich 486,78.

Fremdenindustrie geht zurück. — Wandertarbeiter schicken weniger heim.

Im vorfaschistischen Italien wurde der Unterschied zwischen Einfuhr und Ausfuhr durch zwei Einnahmequellen wettgemacht, einerseits durch die Fremdenindustrie, andererseits durch die Ersparnisse der Auswanderer. Heute hingegen, bemerkt der amerikanische Berichterstatter, hat der Fremdenverkehr bedeutend nachgelassen. Im Vergleich zum vorigen Jahre, das auch seinen guten Fremdenverkehr aufzuweisen hatte, ist er in diesem Jahre noch um 30 bis 50 Proz. gesunken. Die Ursachen dieses Rückgangs erblickt der amerikanische Gewährsmann in den hohen Hotel- und

Detailwarenpreisen. — Wir glauben, noch eine Ursache anführen zu müssen: Man reist nicht gern in Ländern, wo man auf Schritt und Tritt von Schwarzhänden kontrolliert wird, und stets von unangenehmen Erlebnissen bedroht werden kann.

Nicht anders verhält es sich — einem anderen Bericht aus derselben amerikanischen Quelle zufolge — mit den Ersparnissen der Auswanderer. Seitdem der Faschismus sich zum „Staat“ gemacht und alle politischen Parteien aufgelöst hat, wollen die Auswanderer, die nicht Faschisten sind, ihre Ersparnisse nicht nach Italien schicken, um den faschistischen Staat, den sie (berechtigterweise) als ihren Feind betrachten, nicht zu stärken. Sie haben den grausamen, hartnäckigen Krieg, den der Faschismus gegen die Arbeiterklasse führt, nicht vergessen. Außerdem hatten die Auswanderer, vor allem die Aemisten, die aus Südtalien Ausgewanderten die Gepflogenheit, alle ihre finanziellen und Familienangelegenheiten durch ihre Gemeinde regeln zu lassen; die Gemeinden standen ihnen näher als der Staat, der für sie ein abstrakter Begriff war. Heute existieren die Gemeinden nicht mehr. Nach Niederwerfung des demokratischen Regimes, nach Abschaffung des Wahlsystems hat der Faschismus auch das Gemeindegewesen abgeschafft und hat die Verwaltung der Gemeinden den Podestà anvertraut. Diese wurden von der Regierung und den Präfekten unter den Feinden der Arbeiterklasse gewählt, unter den Anführern der Strafexpeditionen, die die Genossenschaften, Arbeiterheime und Gewerkschaften zerstört und in Brand gesteckt, durch Anwendung von Gewalt die Arbeitervertreter aus der Gemeinde entfernt haben.

Im gleichen Bericht vom 2. Februar stellt der amerikanische Handelsattaché fest, daß der Handel infolge der hohen Detailpreise ebenfalls von einer bedeutenden Krise betroffen ist:

der Warenabsatz ist um 40 Proz. gesunken.

Wie bereits erwähnt, hat sich die Krise am meisten in der Automobilindustrie fühlbar gemacht. Kritisch ist ebenfalls die Lage der Schiffahrtsgesellschaften. Man erwartete eine Besserung in der Baumwollindustrie, sie ist jedoch nicht eingetreten. Auch die Einfuhr des Rohmaterials ist gesunken in der Baumwollindustrie im vergangenen Jahre um 33 Proz. Mit der Seiden- und Kunstseidenindustrie steht es kaum besser. Am Wollewareneport wird eher verloren, als verdient. Somit sind die Aussichten auf dem inneren Markt nichts weniger als glänzend, während die Vitalisierung dem Export unüberwindbare Hindernisse schafft.

Die Lage Italiens ist sehr ernst. Das Arbeitslosenproblem taucht in seiner ganzen Schärfe auf. Trotz der strengen Zensur erfährt man von bedeutenden Arbeitslosendemonstrationen. Sie haben wiederholt in der Lombardei, in Piemont und nach einer Preisatmosphäre sogar in Rom stattgefunden. In Fordenone — der bedeutendsten Textilindustriestadt der Provinz Friaul — war ein Streik ausgebrochen; das Vorgehen der Polizei gegen die Streikenden soll unerhört brutal gewesen sein. Ueber die ganze Provinz ist der Ausnahmezustand verhängt worden.

Eine Rede des italienischen Wirtschaftsministers.

Aus Rom werden Auszüge aus der Rede des faschistischen Wirtschaftsministers Belluzzo gemeldet, in denen die Massen beherrschende schwere Wirtschaftskrise voll bekräftigt wird. Belluzzo wendete sich kennzeichnenderweise gegen den Achtstundentag, mit der Begründung, daß er den Rückgang der italienischen Produktion um 15 bis 20 Proz. veranlaßt habe. Die Großbetriebe der Schwerindustrie seien zu 50 Proz. unbeschäftigt. Die Förderung der für Italien wichtigen Schwefelindustrie sei im letzten Jahre von 500 000 auf 200 000 Tonnen gesunken, die Maschinen-, besonders die Automobilindustrie, seien von der amerikanischen Konkurrenz auf den Auslandsmärkten weitgehend verdrängt. Noch mehr als die Industrie habe der Ackerbau unter der Stabilisierung gelitten, und die Herabsetzung der Großhandelspreise habe zu einer Verminderung der Anbaufläche geführt.

den Umfang der wirtschaftlichen Gefährdung Deutschlands, daß durch die Unterbindung der ausländischen Kapitalzufuhr die günstige industrielle Konjunktur nicht alsbald zerstört würde.“

Ebenso bedeutsam erscheinen uns die Ausführungen zur Agrarkrise und zu den Gefahren des Reiprogramms.

„Demjenigen, der die wirtschaftlichen Dinge nicht vom Gesichtspunkte der politischen Zweckmäßigkeit des Augenblicks, sondern auf weite Sicht hin zu prüfen in der Lage ist, drängen sich Gedanken auf, ob die neu, vom Reiche beabsichtigte Kreditaktion nicht das Uebel vermehren muß, statt es an der Wurzel zu fassen. Der zweifelhafte Realkredit, um den es sich hier handelt, wird fast regelmäßig über die dingliche Sicherheitenlinie hinausgehen. Die fehlende Sicherheit soll durch öffentliche Garantien ersetzt werden. Damit wird der öffentlichen Hand, die ihrerseits vielfach am Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ist, eine neue Last großen Umfangs aufgebürdet. Da materielle Folgen dieser Risikübernahme bei der zugespitzten Lage der Landwirtschaft bis auf weiteres in größerem Ausmaße unermessbar sind, so müssen in der Folgewirkung die heute schon fast untragbaren Lasten, die auf den Schultern der Volksgemeinschaft und letzten Endes auf den Konsumenten ruhen, noch vermehrt werden in einem Zeitraum, in dem die Vertreter der Produktion und des Handels den Abbau der öffentlichen Lasten fordern.“

Die Konjunktur noch stabil. Große Düngemittelkäufe der Landwirtschaft.

Widestens bis Ende Februar lassen sich nach dem letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung und nach dem Februarbericht der Reichsbahn-Gesellschaft noch keine Anzeichen für einen Konjunkturrückgang feststellen, wenn man vom Rückgang der Beschäftigung aus Saisongründen abseht. Das Institut für Konjunkturforschung stellt fest, daß die Wechselziehungen für Warenverkäufer vorläufig statt Zahlung ausgestellt Wechsel — im Februar zwar nur 4,0 gegen 4,5 Milliarden im Januar betragen hat, daß der Wechselumlauf jedoch sich nur geringfügig unter dem Stande von Ende Januar bewege. Der Wechselumlauf sei nach vorsichtigen Schätzungen gegenwärtig um 6 Proz. größer

als Ende Oktober. Da der Wechselumlauf seit Jahresende gestiegen sei, so deutete die Gesamtlage noch nicht darauf hin, daß eine — einen Konjunkturrückgang entsprechende — Entspannung eingetreten sei. Daß man von trüben Zuständen auf alle Fälle noch nicht sprechen darf, wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß zu Protest gelangene — also nicht eingelöste Wechsel — und Konturle sich nach wie vor in mäßigen Grenzen halten und die Wechselproteste insbesondere in den letzten Monaten erheblich langsamer gestiegen sind als die Wechselziehungen.

Der Güterverkehr der Reichsbahn hat sich im Februar arbeitsmäßig um etwa 5 Proz. gegenüber dem Januar erhöht. Charakteristisch für die starke Kaufkraft der Landwirtschaft ist die im Februar 1928 gegenüber dem Vorjahr um 9 Proz. größere Wagengestellung zur Beförderung künstlicher Düngemittel. Für die Verladung von Zement wurden sogar 45 Proz. mehr Wagen benötigt als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres.

Die Januareinnahmen der Reichsbahn betragen insgesamt 281,69 Millionen Mark, denen Ausgaben im Betrage von 368,82 Millionen gegenüberstanden. Die Januareinnahmen werden zufriedenstellend genannt. Die Rehrausgaben seien auf die Erhöhung der Gehälter und Ruhegehälter und auf einmalige Abfindungen von Beamten des besetzten Gebiets zurückzuführen. Der Personalbestand hat sich gegenüber dem Dezember vorigen Jahres im Januar von 698 857 auf 658 649 Mann verringert.

Hüttenwerk Niederschöneweide AG. 8 Prozent Dividende!

Der im Herbst vorigen Jahres veröffentlichte Börsenprospekt der Hüttenwerk Niederschöneweide A.-G. ließ bereits erkennen, daß es seit 1926 mit dem Unternehmen wieder kräftig aufwärts geht. Diese Auffassung wird von dem Jahresabschluss für 1927 in vollem Umfange bestätigt. Die Umsätze, die nach den Angaben der Gesellschaft von 2,5 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 7,7 Millionen Mark im Jahre 1926 gestiegen waren, haben sich in den Hauptproduktionszweigen (Stahlmessing und Ammoniumnitrat) im letzten Jahre weiterhin verdoppelt. Bei vorsichtiger Schätzung wird also der Gesamtumsatz für 1927 mindestens 11 Millionen betragen, also mehr als das Vierfache von 1924.

Für 1926 hatte die Gesellschaft nach den Verlustabschlüssen von 1924/25 und der daraufhin erfolgten Sanierung bereits eine Dividende von 6 Proz. verteilt. Jetzt wird aus einem Reingewinn von 112 000 M. sogar eine achtprozentige Dividende gezahlt. Ob diese Dividendenerhöhung bei der angepannten Bilanz sehr klug ist, ist allerdings zweifelhaft. So günstig sich nämlich die Produktion entwickelt hat, so ungünstig ist die Finanzlage. Die eine Million Schulden sind auf über anderthalb Millionen gestiegen und werden durch die Forderungen nur zu einem Drittel gedeckt. Zwar sind noch 1,2 Millionen Mark Vorräte vorhanden, die nach dem Geschäftsbericht leicht flüssig zu machen sind; große Vorräte sind aber kein sehr sicherer Aktioposten. In den Betrieben sind zurzeit fast 300 Mann beschäftigt.

Internationale Nachrichtentrusts.

Amerikanischer Angriff nach englischer Abwehr.

Vor wenigen Tagen haben wir die Bildung eines englischen, das ganze Imperium umfassenden Radio- und Kabeltrusts unter Führung der Marconi-Gesellschaft gemeldet. Nun-Hocher Kabelmeldungen berichten, daß durch die Vereinigung zwischen der International Telephone- und Telegraph Company und den Marconi-Companies jetzt die Gründung eines I.T.T. Nachrichtentrusts bevorsteht mit einem Kapital von über einer Milliarde Mark, der den größten Teil des Nachrichtenwesens auf dem nord- und südamerikanischen Festland beherrscht und erhebliche Kabelnetze in Afrika und Stillen Ozean hat.

Nach diesen Meldungen ist mit einer Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes besonders zwischen den Vereinigten Staaten und England auf dem internationalen Nachrichtenwesen zu rechnen, nachdem sich der Konkurrenzkampf zwischen den englischen und amerikanischen großen Elektrotechnikfirmen in den letzten Monaten schon sehr verschärft hatte.

Steigender Güterverkehr der Reichsbahn. In der Woche zum 10. März hat die arbeitsmäßige Wagengestellung der Reichsbahn gegenüber der Vorwoche wieder zugenommen. Sie ist von 149 000 auf 151 000 Wagen gestiegen.

Die Gewinne im Bergbau. Die Herabsetzung der Dividende von 8 auf 6 Proz. bei der Harpener Bergbau A.-G. hat die Frage, ob das vergangene Jahr für den Bergbau ungünstig gewesen sei, besonders interessant gemacht. Jedenfalls spricht die Tatsache, daß die Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. dieselbe achtprozentige Dividende wie im Jahre 1927 verteilen wird, außerdem aber noch die Abschreibungen um fast 20 Proz. gegenüber dem Vorjahre erhöht hat, gegen die von den Jochenherren behauptete Unrentabilität.

Die christlichgewerkschaftliche Bayerische Eisenbahner-Bank A.-G. in München, die sich die Zusammenlegung aller verfügbaren Gelder der Eisenbahner zu einem wirtschaftlichen Rachmittels zum Ziele gesetzt hat, hat auch für das Jahr 1927 trotz einiger Mißerfolge bei verschiedenen Gründungen wieder eine Dividende von 12 Prozent erklärt. Im März 1927 war das Aktienkapital von 252 000 auf 500 000 erhöht worden; gegenüber 1926 hat sich der Gesamtumsatz von 15 auf 55 Millionen Mark gesteigert.

Ein Opfer der mächigen Maschab-Katzen wurde die Deutsche Fensterglas A.-G., Berlin. Nachdem sich für das Jahr 1927 bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark der Verlust auf rund 979 000 Mark erhöht hat, wurde in der letzten Generalversammlung die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft beschlossene, die für ihre Anlagen noch Käufer sucht und ihre Aktionäre wohl nicht allzu viel vom eingezahlten Aktienkapital wieder sehen lassen wird.

Eine österreichische Aufforderung. Die österreichische Gesandtschaft in Berlin läßt mitteilen, daß die bei dem Brande des Wiener Justizpalastes vernichteten Grundbücher zu rund einem Drittel wiederhergestellt sind. Ein Verzeichnis der Biegeschichten, für die das neue Grundbuch eröffnet wurde, sei bei den österreichischen Konsularbehörden im Deutschen Reich einzusehen. Das Oberlandesgericht Wien fordert dazu auf, diese Liste zu prüfen und alle dimalischen Rechte, die in den neuen Grundbucheinlagen nicht aufgenommen sind, bis zum 30. April 1928 beim Zivillandesgericht in Wien anzumelden. Desfalls sollen zur selben Frist alle Personen ihren Widerspruch anmelden, die sich durch den Brand oder die Konnoardnung der Eintragungen in ihren Rechten verletzt ersehen. Eine Verlängerung der Frist über den 30. April 1928 hinaus ist gesetzlich ausgeschlossen. Mit dem 30. April erloschen die Eintragungen Rechtskraft, weshalb eine genaue Beachtung der Frist für alle Beteiligten von größter Bedeutung ist.

Platz für Auslandskredite.

Ein Protest der Braunschweigischen Staatsbank.

In ihrem Geschäftsbericht für 1927 macht die Braunschweigische Staatsbank sehr beachtliche Ausführungen über die Bedeutung der Auslandskredite. Nach der Schilderung der zerstörenden Folgen der vorjährigen Reichsanleihe auf dem inneren Kapitalmarkt fährt sie fort:

„Um so mehr wäre es dringendes Bedürfnis gewesen, dem langfristigen Auslandskredit den Weg zu ebnen. Statt dessen war bis zum Juni 1927 die Aufnahme von Auslandsanleihen praktisch ungehindert gesperrt und damit die einzige verbleibende Kapitalquelle, deren Inanspruchnahme wirtschaftlich gesund und notwendig gewesen wäre und die unmittelbar wiederum den inländischen Geld- und Kapitalmarkt speist, zum Verfliegen gebracht. Der günstigste Zeitraum an den ausländischen Kapitalmärkten wurde verpaßt.“

Bei der unzureichenden inländischen Kapitalbildung werden aber die Geldhöhe weiterhin auf längere Sicht anormal hoch bleiben, wenn nicht der Zufuhr billigeren Auslandskapitals für gesunde Zwecke nach Möglichkeit die Wege geebnet werden. Die Internationalität des Geld- und Kapitalmarktes bietet wirtschaftlich vorwärtsstrebenden armen Ländern den Vorteil des Zustroms von Kapital aus den reichen Staaten. Dieser natürliche Kapitalausgleich wird in Deutschland heute zum Teil gehemmt und erschwert. Nach geschichtlicher Erfahrung wird vor allem durch langfristiges Auslandsgeld die Valuta des geldnehmenden Landes keineswegs gefährdet, wenn das Auslandsgeld gesunden Zwecken dient. Die Geldgeber sind nach anerkannten Grundsätzen regelmäßig für die Gesundheit des Verwendungszweckes der Kredite die natürliche Prüfungsinstanz. Das Wiedererstarken des Inlandes durch den befruchtenden Strom des Auslandsgeldes bietet die beste Gewähr für die heimische Währung, für die Förderung der inländischen Kapitalbildung, durch die die Rückzahlung des Auslandsgeldes ermöglicht wird, und für die Senkung der Inlandszinsätze. Fast in dem Umfange, in dem der natürliche Zustrom von Auslandsgeld gebindert wird, wird die wirtschaftliche Gefährdung des Inlandes erschwert und die Annäherung der hohen inländischen Zinsätze an das niedrigere Niveau des Zinsfußes der gewählten Länder gebindert. Es ist ein Zeichen für

Tariffkampf im Bankgewerbe.

Das Ausbeutungsprogramm der Bankleitungen.

Mit dem 31. März 1928 läuft der Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe ab. Der Versuch der Angestelltenorganisationen, auf dem Wege freier Verhandlungen das Reichstarifverhältnis zu verlängern, ist gescheitert. Der Reichsverband der Bankleitungen hat nicht nur freie Verhandlungen mit dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten abgelehnt; er hat auch die Forderungen der übrigen am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenparteien höhnisch abgewiesen. Trotzdem das Bankgewerbe seit dem Ende der Inflation Jahr für Jahr gewaltig gestiegene Gewinne ausweisen kann und die Bankleitungen selbst ihre eigenen Bezüge so gesteigert haben, daß sie geradezu märchenhafte Einkommen einstreichen (der Allgemeine Verband rechnet in der neuesten Nummer seines Verbandsorgans mittleren Bankdirektoren ein Jahreseinkommen von 600 000 bis 800 000 Mark

vor), haben die Bankleitungen für die Angestellten keinen Pfennig übrig. Sie lehnen nicht nur jedwede Erhöhung der völlig unzulänglichen Gehälter der Bankangestellten kategorisch ab, sondern sie wollen in Zukunft hinsichtlich der Bezahlung der Angestellten ihrer Willkür Tür und Tor öffnen.

Während der jetzt geltende Tarifvertrag eine Gehaltsstaffel im Ausmaße von 15 Berufsjahren vorieht, wollen die Bankleitungen in Zukunft nur noch für das erste und das achte Berufsjahr feste Bezüge festsetzen. Die zwischen dem ersten und achten liegenden und die über das achte Berufsjahr hinausgehenden Jahre sollen der freien Gehaltsbemessung durch die Bankleitungen unterliegen. Sonderzuschläge und Befähigungszulagen sollen wegfallen und die Bankfeiertage abgeschafft werden. Die Beurlaubungen und die Angestellten über 40 Jahre sollen aus dem Tarif herausgenommen, der Urlaub erheblich gekürzt werden. Der Sonnabendfrühstück soll in das Belieben der Bankleitungen gestellt, weiterhin sollen wöchentlich drei unbezahlte Überstunden geleistet werden.

Dieser kurze Auszug aus der Forderungsliste der Unternehmer beweist, daß sie den Reichstarifvertrag über alle Maßen verschlechtern und praktisch wertlos machen wollen. Angesichts dieses Unternehmerrückgriffs ist der Kampf der Bankleitungen gegen den freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten, dessen Verbandsorgan bekanntlich seit Monatsfrist in den Betrieben verboten ist, verständlich und durchsichtig.

Sache der in ihrer Existenz bedrohten Bankangestellten wird es sein, durch Eintritt in die Reihen des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten dafür zu sorgen, daß die schwarzen Pläne des Bankkapitals zum Scheitern gebracht werden, dafür aber den berechtigten Forderungen der Bankangestellten Geltung verschafft wird.

Die Handelsarbeiter waren erfolgreich.

Kommunistische Parolen fanden taube Ohren.

Die Delegierten der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Handelsarbeiter Berlins waren kürzlich zur Generalversammlung zusammen.

Aus dem von Bolter gegebenen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im verflochtenen Jahr 61 Tarife für die verschiedenen Fachgruppen im Handelsgewerbe neu vereinbart wurden, und insgesamt 4629 Beratungen getroffen wurden. Mit 5403 Revisionsnahmen hat sich die Mitgliedszahl der Berliner organisierten Handelsarbeiter abgültig der durch Beitragsrückstand und Tod ausgehenden um annähernd 2000 auf 17 045 Mitglieder erhöht.

Der Bericht wurde ohne Debatte mit Befriedigung aufgenommen. Die engere Sektionsleitung wurde wiedergewählt.

Bei der Wahl der unbefehlten Mitglieder der engeren Verwaltung blieben die der SPD. angehörenden Kandidaten mit einem Drittel der abgegebenen Stimmen in der Minderheit.

Für die Delegation zu der am 13. und 14. April tagenden Handelsarbeiterkonferenz wurden ebenfalls nur SPD-Mitglieder gewählt: Kinnig, Wille, Kuste, Franke, Vollmeier, Reich und Rodschmidt. — Für die Konferenz wurde ein Antrag angenommen, bei dem ADGB. und den Arbeiterparteien einzuwirken, daß auch für ältere gewerbliche Arbeiter ein gleicher Kündigungsschutz wie im Gesetz vom 9. April 1926 für Angestellte festgesetzt wird. Ein weitergehender Antrag verlangt entsprechend dem Gesetz für Schwerbeschädigte einen gleichen prozentualen Einstellungsanspruch für ältere Arbeitnehmer gegenseitig einzuführen. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, dafür einzutreten, die Altersstaffel für den Rentenbezug von 65 Jahren auf mindestens 60 Jahre herunterzusetzen.

Die Berliner Haus- und Bachangestellten.

Gute Fortschritte ihrer Organisation.

Im großen Saal der Sophien-Säle wurde kürzlich die Jahresmitgliederversammlung der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Haus- und Bachangestellten abgehalten. Glaser, Wien, Obmannstellvertreter des Verbandes der Portiers und Hausbeforger Oesterreichs, gab in knappen Ausführungen ein Bild von den Verhältnissen der Berufscollegen aus Oesterreich.

Den Tätigkeitsbericht der Sektionsleitung für das Jahr 1927 gab Deube. Die äußerst intensiv betriebene agitatorische Tätigkeit in über 2000 Veranstaltungen führte dazu, daß 2547 Mitglieder neu gewonnen wurden resp. von anderen Organisationen übergetreten sind. Von den Revisionsnahmen entfallen auf die Hausangestellten in Privathausabteilungen 24, Reinemachefrauen 279, Hausreinigerinnen 818, Wohnhausportiers 860, Industrie- und Geschäftsausangestellte 214, Privatmädchen 30, Koch- und Schließkassenschlüssel 122. Lohnbewerungen wurden 15 geführt, an denen 43 812 Berufstätige beteiligt waren. Ingesamt wurde ein Mehrwochenlohn von 208 062 Mark erzielt. Das bedeutet für den einzelnen an den Lohnbewerungen Beteiligten ein Mehrereinkommen von 4,75 Mark für die Woche.

In dem Kampf um den Tarifvertrag, den der Bund Berliner Haus- und Grundbesitzer mit zäher Ausdauer 3 1/2 Jahre geführt hat, ist die Organisation als Stöger hervorgegangen. Durch Urteil des Reichsgerichts vom 6. Juli 1927 wurde der Bund Berliner Haus- und Grundbesitzer für tariffähig erklärt.

Klagen wurden insgesamt 502 geführt, von denen allein 191 Räumungsklagen und 188 Klagen auf Zahlung von rückständigem und widerrechtlich einbehaltenem Lohn und Kostgeld waren. Von diesen 502 Klagen erobeten 189 = 37,7 Proz. mit einem vollen Erfolg, 185 = 36,9 Proz. mit einem Teilserfolg resp. Teilerfolg, 64 Klagen = 12,7 Proz. ohne Erfolg, vier Klagen wurden zurückgezogen und 60 Klagen = 11,9 Proz. waren am Schluß des Jahres noch unerledigt. Von den 502 Klagen waren 246 = 49 Proz. erst im Jahre 1927 Mitglied der Organisation geworden.

Stellungsluchende waren auf dem Facharbeitsnachweis im letzten Geschäftsjahr 5649. Von den 3809 gemeldeten Stellen konnten 3616 besetzt werden. Am Jahreschluß waren 697 männliche und 66 weibliche Arbeitslose zu verzeichnen.

Für das neue Geschäftsjahr wurde Deube als Sektionsleiter wiedergewählt und die Wahl der übrigen Funktionäre vorgenommen.

Die Freie Gewerkschaftsjugend.

Zur Feier ihres fünfjährigen Bestehens.

Der erweiterte Aufgabenzirkel der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit, ihre Forderungen nach „maßgebenden Einfluß auf die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse in Staat und Gemeinde, auf die Sozialgesetzgebung, die gewerbliche Rechtsprechung und die Unfallversicherung, wie auch auf die Umgestaltung der Kultur-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Völker“ (Gewerkschaftskonferenz 1919) gaben die Grundlage zur Heranziehung der Jugend für die Gewerkschaftsarbeit.

Aus den Erfahrungen des im November 1919 gegründeten gewerkschaftlichen Jugendrats und den im Jahre 1922 entstandenen ersten Jugendgruppen der „Freien Gewerkschaftsjugend“ heraus, beschloß die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlin am 23. Februar 1923 die Errichtung der

„Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale“.

Dieselbe begann am 1. April 1923 mit ihrer Tätigkeit. Die Arbeit der Jugendzentrale ist „Arbeit mit der Jugend“ und „Arbeit für die Jugend“. Durch Bildung des „Beirats für gewerkschaftliche Jugendarbeit“, in dem die wichtigsten Industriegruppen vertreten sind, ist eine engere Verbindung mit den Jugendabteilungen der Verbände gegeben.

In 22 Bezirks-Jugendgruppen kommen die Jugendlichen aller Verbände zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammen. Allgemein bildende Vorträge, Vorträge über Entfaltung, Entwicklung und Aufgaben der Gewerkschaften, Besichtigungen industrieller Anlagen und öffentlichen Einrichtungen dienen zur Heranbildung eines selbstbewußten, mit der Gewerkschaftsbewegung und ihrem Wirken vertrauten Nachwuchses. Körperkultur, Wanderungen helfen die Schäden der Erwerbstätigkeit mindern, zu überwinden.

Ueber den Rahmen der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der organisierten Jugend durch die Verbände hinaus, war die Jugendzentrale bestrebt, allgemeine sozialpolitische Forderungen zu vertreten. Durch engste Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Gewerkschaftsausschüsse gelang es, die Handwerkersammer zu Jugendständen in der Kostgeld- und Urlaubsfrage zu veranlassen. Die Fürsorge für die erwerbslose Jugend — Errichtung von Tagesheimen — ist auf die Initiative der Jugendzentrale zurückzuführen. Besonders Augenmerk wurde der Bekämpfung der Berufsberatung, des Berufsschulmangels gewidmet, und kann auch hier von erfolgreicher Arbeit berichtet werden.

Einblick in einzelnen geben die Berichte der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale sowie das monatlich erscheinende Mitteilungsblatt.

Fünf Jahre erfolgreicher Tätigkeit für die erwerbslose Jugend Berlins sollen ihren Ausklang finden in einer großen Kundgebung für gewerkschaftliche Jugendarbeit

am Sonntag, dem 25. März,

sonntags 11 Uhr, im Mercedes-Palast, Neukölln, Hermannstraße.

In der proletarischen Bewegung, in der Gewerkschaftsbewegung gibt es keinen Gegensatz zwischen jung und alt wie im Bürgertum. Unter gleichem wirtschaftlichen Druck stehend, streiten sie Schulter an Schulter für die Verbesserung ihrer Lebenslage. Das soll auch die Kundgebung zum Ausdruck bringen, an der sich alle Freunde der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, ob jung ob alt, zahlreich beteiligen sollten.

Musikaufträge

überreicht man nur dem Rahmens des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Telefon 8277-78. Besuchszeit 9-5. Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Bestattungsbeihilfe.



Winterschlussverkauf



Loden-Mäntel und Mädchen für Knaben

- Knaben-Schulanzug Größe 5 (6 Jahre) 12. —
- Sportform 18.50
- Knaben-Schulanzug Größe 5 (6 Jahre) 20. —
- Besonders strapazierfähig 22. —
- Knaben-Schulanzug Größe 5 (6 Jahre) 22. —
- Flott gemusterter Cheviot

Kinder-Strickwesten u. Pullover in sehr großer Auswahl

Schul-Kleider in allen Größen und Preislagen

- Knaben-Schnürstiefel, ^{Rindbox} schwarz 9.25, 8.25
- Mädchen-Spangenschuh ^{aus} 10.50, 8.90
- Hallen-Turnschuh, schwarz . . . 1.35, 1.15
- Turnschuhe, grau zum schnüren . . . 2.60, 2.25
- Kinder-Sportmützen 1.45
- Schülermützen 3.50, 3.25
- Kinder-Taschentücher . . . 20, 12, 10 Pf.
- Knaben-Hosenträger 95, 75 Pf.
- Kinder-Hüte ^{moderne Farben u. Formen} 2.45, 1.75

Knaben- und Mädchen-Strümpfe in allen Größen und Preislagen

Sämtliche Schul-Artikel
Hefte, Tafeln, Griffel
Bleistifte, Federn usw.

Konfirmations-Gewandverkauf

Charlottenburg: Rosinenstr. 4 • Süden: Oranienstr. 164-65 • Norden: Reinickendorfer Str. 21

Jugendweihen der Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Sonntag, 25. März:
 Großes Schauspielhaus, Karstr., vorm. 9 Uhr.
 Charlottenburg, vorm. 11 Uhr, im Schiller-Theater.
Sonntag, 1. April:
 Großes Schauspielhaus, Karstr., vorm. 9 und 11 1/4 Uhr.
 Pantow, vorm. 11 Uhr, in den Tivoli-Lichtspielen, Pantow,
 Berliner Straße 27.
 Programm: Chorgesänge, Musik, Regitationen, Festspiele,
 Sprechchor, Weiberred: Arthur Griepien, W. d. R.; Erich Offen-
 hauer, Stadtverordneter Dr. Lehmann.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt:
 1. Kreis Charlottenburg, heute, Freitag, 23. März, 19 Uhr, im Rathaus,
 Zimmer 141, Wittenbergstraße.
 2. Kreis Stettin, heute, Freitag, 23. März, 19 Uhr, im Rathaus Stettin,
 Schulungsforum, Thema: Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und
 Arbeitslosenversicherung. Referent: Genosse Rudolf Gortzen. Alle Genossinnen
 und Genossen sind herzlich eingeladen.
 3. Kreis Lichtenberg, heute, Freitag, 23. März, 19 1/4 Uhr, im Rathaus
 Lichtenberg Schulungsforum, Thema: Jugendgerichtswesen und Jugend-
 gerichtshilfe. Referent: Genosse Theodor (Heinrich) Schmidt. Alle Genossinnen
 und Genossen sind eingeladen.
 4. Kreis Pantow, Freitag, 23. März, 19 Uhr, im Lokal Pantow,
 Tivoli-Platz, Pantow, Thema: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Genossin
 Margarete. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Jungsozialisten:
 Gruppe Wedding-Geländebanner, heute, Freitag, pünktlich 19 Uhr, im
 Jugendheim Drißstr. 18, Schweiß-Kloß. Wir lesen aus dem Buch: Die Ueber-
 windung des kranken Soldaten Schwert. Leitung: Franz Reppel. Parteigenossen,
 ÖGB-Mitglieder, Sympathisanten sind herzlich eingeladen.
 Gruppe Köpenick, heute, Freitag, pünktlich 19 Uhr, im Jugendheim Nord-
 stein 11, Zimmer 2, Arbeitsgemeinschaft. Die philosophischen Grundgedanken
 des Marxismus. Referent: Genosse Jakobson. Sonntag, 24. März, Fahrt
 nach Wannsee-Potsdam. Treffpunkt 8 1/2 Uhr am Hauptbahnhof. Gruppe
 Köpenick, heute, Freitag, im Jugendheim Drißstr. 18, Vorbereitung,
 vom städtischen zum wissenschaftlichen Sozialismus.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
 Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat,
 Berlin S 23 68, Lindenstraße 1.

Achtung, Fahrpreisermäßigung zur Ostereinfahrt.
 Die Ermäßigung muß spätestens bis 1. April auf den Fernbahnhöfen vor-
 genommen werden. Bei Fahrten über die Stadtbahn nach Osten Schöne-
 feld, nach dem Westen Charlottenburg.

Samstagsausstellungen zum Osterfest: letzter Termin Sonntag, 24. März, im
 Colosseum.
 Für die Jugendweihen am Sonntag, 25. März, im Großen Schauspielhaus
 werden Genossinnen und Genossen als Helfer benötigt. Treffpunkt pünktlich
 8 Uhr morgens Eingang Schiffbauerdamm.

heute, Freitag, 23. März, 19 1/2 Uhr:
 Panzer beim Todauer Str. 2. Thema: Rechte und Pflichten eines Staats-
 bürgers. — Wacht II: Schulz Halberstadt. 2. Die Bauernkriege. —
 Wacht II: Grimme Str. 18/19. Unterhalt. — Gaspard II: beim
 Klempner, 24. Pauli Weg und sein Weg. — Korbhüt: beim Taxisstr. 42.
 Ehrgeiz und politische Jugendbewegung. — Korbhüt: beim
 Klempner Str. 24. Die politische Familie. — Korbhüt: beim
 Klempner, 24. Wochabend, Lichtbilderortrag. — Korbhüt: beim
 Klempner, 24. Die alte ÖGB. — Korbhüt: beim Klempner Str. 24.
 Einführung in den Sozialismus. — Korbhüt: beim Klempner Str. 24.
 Wanderer. — Korbhüt: beim Klempner Str. 24. Korbhüt: beim
 Klempner, eine dringende Patrone. — Korbhüt: beim Klempner
 Str. 24. Die Grünauer Straße. — Korbhüt: beim Klempner
 Str. 24. — Korbhüt: beim Klempner Str. 24. — Korbhüt: beim
 Klempner Str. 24. — Korbhüt: beim Klempner Str. 24.

2. Kreis Köpenick, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Sitzung der Bildungs-
 kommission mit dem Mitwirkenden bei Krüger, Kullig, 18.
 3. Kreis Köpenick, heute, Freitag, 23. März, 19 Uhr, im Rathaus Köpenick,
 Schulungsforum, Thema: Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und
 Arbeitslosenversicherung. Referent: Genosse Rudolf Gortzen. Alle Genossinnen
 und Genossen sind herzlich eingeladen.
 4. Kreis Charlottenburg, Sonntag, 25. März, 11 Uhr, im Schiller-Theater,
 Genossen: Die Plamandstraße, Jugendweihen. Zur Aufführung gelangt das
 Schauspiel: Das Leben herein. Von Max Tachtel. Volkshaus Harmonie,
 Charlottenburg, Weiberred: Erich Offenbauer, Eintrittskarten für Ge-
 schwister 75 Pf., für Kinder 50 Pf., an der Kassiererei erhältlich. Rege
 Beteiligung erwünscht.
 17. Kreis Lichtenberg, Alle Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des
 Arbeiterverbandes sind, beteiligen sich heute, Freitag, an der Flugblatt-
 verbreitung um 18 Uhr von den bekannten Stellen aus. Wichtige Parteil-
 arbeit. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

**Bildungsausschuß der ÖGB. Groß-Berlin, 1. Kreis Mitte, heute,
 Freitag, 23. März, 19 Uhr, in der Kulturabteilung des Reichsarbeiter-
 verbandes, Eiserstr. 107, Film- und Vortragsabend. 1. Vortrag
 des Reiches. 2. Vorträge des Reiches. 3. Vorträge des Reiches.
 Um rege Beteiligung wird gebeten.**

heute, Freitag, 23. März:
 17. ÖGB. Die Bezirksleiter und Bezirksleiterinnen werden gebeten, die Mei-
 nungen von Genossen Karl Köhn abzuholen.
 17. ÖGB. Schöneberg. Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen ab
 18 Uhr bei Hagen, Hagenstr. 24.
 17. ÖGB. Köpenick. 19 Uhr im Lokal Quandt, Wollteich, 21, wichtige Funk-
 tionen. Alle Funktionäre müssen bestimmt erscheinen. Die Bezirks-
 leiter werden hiermit aufgefordert, die in ihrem Bezirk bestehenden Ein-
 trittskarten zur Jugendweihen am 25. März beim Genossen Schmitt
 abzugeben. Nicht zurückgegebene Karten müssen besetzt werden.
 17. ÖGB. Köpenick. 19 1/2 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten
 Stellen aus. Die erwartete rege Beteiligung.

Morgen, Sonnabend, 24. März:

1. ÖGB. Im großen Saal des Gemeindefaustes, Eiserstr. 107,
 Frühlings- und Sommerfest. Mitwirkende: Was für ein Sommerfest,
 Die Sommerferien. Beginn der Feier 18 Uhr. Eintrittskarten zu 1,50 M.
 Erb bei den Bezirksleitern zu haben. Rege Beteiligung erwartet bei
 der Teilnahme.

2. ÖGB. Sommerfest in den Räumen am Märchenbrunnen,
 Friedrichshagen. Mitwirkende: Jugendweihen (Eintritt: Erich
 Gortzen); ÖGB-Komitee (Eintritt: Erich Gortzen); Regitationen (Eintritt: Erich
 Gortzen); Vorträge (Eintritt: Erich Gortzen). Eintritt 1 M., Gewerkschaft frei.
 Die erwartete rege Beteiligung.

3. ÖGB. Charlottenburg. Großes Frühlingsfest im großen Saal des
 Schiller-Theater-Restaurants, Wilmersdorfer Str. 116. Gde. Großmännlich.
 Eintritt ein- und zwei M. Karten sind bei allen Funktionären zu
 haben. Ebenfalls in den Speisewagen Kaufhaus und Schöneberger
 Straße. Die erwartete rege Beteiligung.

4. ÖGB. Charlottenburg. 11 Uhr wichtige Flugblattverbreitung im Jugend-
 heim Köpenick 4.
 4. ÖGB. Köpenick. Die Mitglieder beteiligen sich um 19 Uhr in der Aula
 der Oberrealschule Pankow an der Verteilung der ÖGB. Musik,
 Reden, Vorträge, Volkstanz, Theateraufführung. Eintritt 20 Pf.
 Die bitten um rege Beteiligung.
 4. ÖGB. Köpenick. Pünktlich 19 1/2 Uhr wichtige Funktionäre bei
 Köpenick, Schöneberg, 19. — Achtung! Die Bezirksleiter müssen spätestens am
 Sonntag, 24. März, beim Kassierer, Genossen Gortzen, bestimmen ab.
 Ausgabe der Eintrittskarten.
 4. ÖGB. Köpenick. Sonntag, 24. März, treffen sich die Genossen und Ge-
 nossinnen zur Flugblattverbreitung in der „Formosa“-Speisewagen
 Köpenick 20. Am Sonntag, 24. März, treffen sich die Genossen zum Wahl-
 arbeit um 19 1/2 Uhr ebenfalls in der Speisewagen.

Frauenveranstaltungen:
 18. ÖGB. Köpenick. Sonntag, 24. März, 19 1/4 Uhr, im
 „Wanderer“-Saal, Eiserstr. 107, Frauenabend. Vortrag der Genossin
 Lohoff über: „Konsumgenossenschaft und Partei.“ Alle Genossinnen und
 Genossen müssen unbedingt erscheinen. Konsumgenossenschaft und
 Partei sind mitzubringen.

berg II: beim Klempner, 24. „Kund um den Schuh.“ — Weihen in beim Klempner
 Str. 24. „Recht und Gesetz.“ — Charlottenburg: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ —
 Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim
 Klempner, 24. „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24.
 „Recht und Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner, 24. „Recht und
 Gesetz.“ — Köpenick: beim Klempner,

Abrechnung mit Reudell!

Genosse Sollmann stellt den Innenminister. — Reudell-Debatte im Reichstag.

Der Reichstag nahm gestern zunächst ohne Aussprache in allen drei Besungen das Gesetz über den Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen und das deutsch-spanische Luftverkehrsabkommen an.

Es folgt die zweite Beratung der deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenverkehr zwischen dem Saarbezugsgebiet und dem deutschen Zollgebiet.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) führt aus, diese Vorlage gebe neuen Anlaß zum Protest gegen die ungerechte und widerrechtliche Abtrennung des deutschen Saargebietes vom deutschen Zollgebiet.

Abg. Sollmann (Soz.):

Auch wir stimmen dem Abkommen zu. Die Bevölkerung der Saar wünsche die Rückkehr zum Deutschen Reich; sie besitzt nicht einmal ein Parlament, um ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. (Hört, hört!) Sie lebt schlimmer als in einer Kolonie. Nicht an die deutschen Volksgenossen allein, sondern zugleich an unsere französischen Freunde ergeht unser Ruf, bei den kommenden Wahlen die Bahn freizumachen für die Bevölkerung an der Saar. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z.): Wir als geborenen Pfälzer ist es nicht einmal möglich gewesen, das Saargebiet zu betrachten. Wir Deutschen aber müssen immer daran denken, daß hier deutsches Gebiet gewaltsam von uns gerissen ist. Der Reichstag hat sein Interesse bei der Saarländerhilfe, bei der Stundung der Zölle und auch in der Frage der Saarkohle zum Ausdruck gebracht. Vom Reichstag aus werde der Gruf dieser Bevölkerung erwidert mit dem Ruf: Deutsche an der Saar auf immerdar! (Beifall.)

Die Vereinbarung wird hierauf in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es wird dann eine vom Auswärtigen Ausschuss vorgelegte Entschließung angenommen, die von der Regierung Maßnahmen verlangt, um die Rechte der deutschen Glaubiger gegenüber dem tschechoslowakischen Abwertungsgesetz betr. die alten Silber- und Goldmark-Prioritäten und Sparkassenguthaben zu wahren.

Der deutsch-polnische Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso das Zusatzabkommen zum deutsch-litauischen Handelsvertrag.

Es folgt der mündliche Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des inneren Zusammenbruchs im Weltkrieg. Der Ausschuss hat die Ergebnisse der Untersuchung in einer Gesamtschlußfassung zusammengefaßt.

Abg. Dr. Philipp (Dnat.) berichtet über die Verhandlungen des vierten Unterausschusses, der sich in 94 Sitzungen mit der Frage des inneren Zusammenbruchs eingehend beschäftigt habe. Abschließend hat der Ausschuss festgestellt, daß die Schuld am Zusammenbruch nur im wechselseitigen Zusammenwirken zahlreicher Ursachen gefunden werden kann. Der Berichterstatter hat im Namen des Ausschusses, die Veröffentlichung des Unterausschusses zur Kenntnis zu nehmen. Ohne weitere Aussprache stimmt das Haus der Ausschussentschließung zu.

Reudells Etat.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern.

Der Ausschuss legt dazu eine ganze Reihe von Entschlüssen vor. Eine Entschließung fordert, daß die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden an Veranstaltungen, bei denen Flaggenhissung verwendet wird, nur dann in ihrer amtlichen Eigenschaft teilnehmen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden.

Eine weitere Entschließung verlangt einen Gesetzesentwurf, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeit die deutsche Reichsangehörigkeit setzt.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

Abg. Sollmann (Soz.):

Wenn wir die jahrelange Ministerstätigkeit der beiden deutsch-nationalen Herren, die das Reichsministerium des Innern verwaltet haben, nach Erfolgen durchforschen, reicht das schärfste parlamentarische Mikroskop nicht aus, um auch nur einen winzigen Fortschritt zu entdecken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die ganze deutsch-nationale innerpolitische Regiererei ist eine Reihe von Mißerfolgen. Im Haushaltsausschuss hat der deutsch-nationale Abg. Dr. Berndt auf unsere Frage nach Erfolgen geantwortet, schon die Vorlage des Reichshaushaltsgesetzes sei eine Großtat gewesen. Demnach scheinen die Deutsch-nationalen zu glauben, in den Papierbüchern des Parlaments ruhen die Großtaten der deutschen Geschichte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei dieser Art Großtaten, bei dem Schicksal des Reichshaushaltsgesetzes wird man an den armen Peter in der Fremde erinnert, der zu Großtaten auszog, sich aber bald ängstlich in sein Dorf zurückzögen und dort renommierte:

„Und war' der Kreuzweg nicht gekommen,
Und hätte es nur nicht geschneit
So war ich leht, wer weiß wie weit.“

Deutsch-nationale und Zentrum haben angekündigt, daß die Schulfragen auch im Wahlkampf hervortreten würden. Wir haben nichts dagegen. Unser Schulkampf ist ein Stück des sozialen Freiheitskampfes. Der Streit zwischen evangelischer Orthodoxie, Merkantilismus und Liberalismus mag sich in dem Ringen um Konfessionslose, Kirchenaufsicht und Simultanschule erschöpfen. Wir wollen die Bildungsvorrechte brechen, die nur ein Teil der Bevölkerung besitzt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das müssen die katholischen und evangelischen Arbeiter mit uns wollen. Den katholischen Arbeitern ginge es besser, wenn die Zentrumspartei einmal in sozialen Fragen dieselbe radikalste Festigkeit zeigen würde, die ihr bei Kulturfragen immer zur Verfügung steht. Die merkantillische Verfassung des Klassenkampfes wird merkwürdigerweise von beiden Kirchen nur dem Proletariat, nicht den Besitzenden gepredigt.

Unsere Lösung ist, im Schulkampfe wie im gesamten sozialen Freiheitskampf: Proletariat aller Weltanschauungen vereinigt euch, um gemeinsam die Besitzvorrechte zu brechen!

So sehr wir dem Herrn Minister staatspolitische Erfolge bestreiten, so sehr erstehen wir ihm parteipolitische Erfolge zu. Das Reichsministerium des Innern ähnelt jetzt einer deutsch-nationalen Parteifiliale. (Sehr wahr! links.) Natürlich sehen nun die vielen deutsch-nationalen Parteigänger, die in hohe Ämter berufen worden sind, nicht, wie die Deutsch-nationalen den

Republikanern gegenüber sich auszubringen belieben, an der Futtertruppe, sondern erheben ihre Gehälter nur, weil sie ein Opfer bringen ihrem geliebten deutschen Vaterlande. Herr v. Reudell als Verfassungsmiister wird durch eine Tatsache charakterisiert:

er hat den Direktor der Verfassungsabteilung Dr. Bredt gemahregelt,

nur weil dieser Republikaner ist. Des Herrn v. Reudell Art, sich immer wieder als Partei- und Fraktionsminister zu geben, hat ihn in einen dauernden Kriegszustand mit Preußen geführt. Die Autorität des Reichsministers des Innern ist ohnehin nicht bedeutend. Außerhalb seines großen Amtsbereiches fehlt ihm jedes Organ, jede Befugnis. (Zuruf bei der D. Sp.: Weider!) Jeder Länderminister kann den Reichsminister des Innern mit der Frage verhöhnen, die Bismarck in die Politik eingeführt hat: „Was willst du armer Teufel geben?“ Um so bedauerlicher ist es, daß Herr v. Reudell das geringe Maß von Autorität seines Amtes noch mehr geschädigt hat. Da er zugleich Beamtenminister ist,

solte er wenigstens die Vorwürfe des Vertrauensbruchs und einer Irreführung der Öffentlichkeit zurücknehmen, die er gegen einen hohen preussischen Beamten, gegen den Ministerialdirektor Dr. Badt, als dem preussischen Reichsratsbevollmächtigten geäußert hat.

Der Reichsrat hat sie einstimmig für unbegründet erklärt. Dreimal hat Preußen, Sie, Herr Minister, in öffentlicher Sitzung zur Ehrenrettung aufgefordert. Das letzte Mal am 16. Dezember 1927, als der preussische Ministerpräsident im Landtag ausführte, es sei

„sonst doch unter gestützten Leuten üblich, daß, wenn sich ein derart schwerwiegender Vorwurf als unbegründet herausgestellt hat, dieser Vorwurf zurückgenommen wird.“

Ich richte an Sie, Herr Minister, im Interesse der gesamten Beamtenchaft die dringende Frage: „Wollen Sie nicht endlich dieses Unrecht wieder gut machen?“

Kein nennenswertes gesetzgeberisches Werk ist im vergangenen Jahre gefördert worden. Die Reform des Beamtenrechts wurde nicht weiter geführt. Nicht einmal die Haushaltsbestimmungen für Beamte wurden vorgelegt. Die Rückkehr zum Achtstundentag, der für Beamten in Preußen besteht, ist nicht erfolgt. Die Wahlreform, die Reichsregierung und Bürgerbund großspurig angekündigt haben, ist nicht herausgekommen. Gegen ein Gesetz das die unverhältnismäßigen Ansprüche der Standesherrn zurückweist, hat die Reichsregierung Widerstand geleistet. Nicht einmal ein Ministerpensionsgesetz hat sie zustande gebracht. Bedauerlich die Denkschrift über die Lüftung des Reichstags wurde vorgelegt. Es ist aber immer noch müßig genug.

Der Reichshaushaltsausschuss hat sich geärgert, die niedrige Dotierung der Kulturpositionen im Etat dem Reichstag vorzuliegen. Unter unserer Mitwirkung sind ein Dutzend Kulturstatistiken um Millionen Mark erhöht worden. Wir haben uns insbesondere auch für die studentische Wirtschaftshilfe und die Studentenhäuser eingesetzt. Immer noch sind nicht einmal 2 Proz. der deutschen Studenten aus Arbeiterhäusern. Alles, was für Wissenschaft und Kunst im Haushalt angefordert ist, hat unsere volle Unterstützung gefunden. Unseren Antrag auf 26 Millionen Mark für die gefährdeten Grenzlande erneuern wir. Für die Jugendberufshilfe, für Erziehungsbeihilfen, für Jugendwandern und Jugendberbergen wünschen wir noch wesentlich mehr zu tun als bisher.

Hinsichtlich der Beamtenchaft hat der Minister naturgemäß nichts getan, um die republikanische Staatsgesinnung zu vertiefen. Beamte, die dem geflohenen Exilierter Geburtsortswünsche nach Holland senden, sollten veranlaßt werden, auf Gehalt von der Republik zu verzichten, und als Sakaien bei Seiner Majestät Dienst zu nehmen.

Es ist unwürdig, daß sich hohe Würdenträger der Republik von einem allfälligen Operettenkönig mit Herzogswürden schmücken lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zeigt diesen Republikanern einen Orden und der Untertan kommt zum Vorschein! (Sehr wahr! bei den Soz. und Raifoz.)

Wir wollen keinen Gewissensterror, aber starke Autorität und Gehorsam seiner Beamten ist das Lebenselement jedes Staates.

Die Deutsch-nationalen reden wie wir von einer Reichsreform, aber sie wollen ganz etwas anderes als wir. Die Deutsch-nationalen wollen die dynastische Zerstückelung des Reiches verewigen; sie wollen die Demokratie zugunsten einer diktatorischen Stärkung der Reichspräsidentenwahl zurückbringen. Insbesondere wollen sie den Artikel 54 der Reichsverfassung aufheben, der Reichstangler und Reichsregierung vom Vertrauen des Reichstags abhängig macht. Preussische Deutsch-nationale und bayerische Partikularisten sind einzig in dem Haß gegen die demokratische Reichsverfassung. Die Herren schwärmen von der Bismarckschen Bundesverfassung. (Zuruf von den Soz. — Abg. Reich (Boyer Sp.): Ich schwärme überhaupt nicht! — Heiterkeit.) Tatsache aber ist, daß Bismarcks Verfassung in der ersten großen Krise des Reichs, im Weltkrieg, zusammengebrochen ist. Das neue Reich hat sich mit Hilfe der Verfassung von Weimar aus dem tiefsten Sturz der deutschen Geschichte wieder aufgerichtet. In diesem Aufstieg erwies sich die jetzige Reichsgliederung, die seit der Abdankung der Dynastien sinnlos geworden ist, als schweres Hindernis. Wie in so vielem, so hat sich Bismarck auch in seiner Vorauslage geirrt, daß die deutsche Nation zu ihrem Zusammenhalt der Fürsten bedürfe. Auf dem Boden der Demokratie haben nach dem schmähligen Verlagen der Fürsten die Volksmassen und sie allein das Reich zusammengehalten. Durch die Demokratie wollen wir nun das Reich vereineitlichen, die deutsche Landkarte bereinigen, die deutsche Verwaltung reformieren. Auf diesem Gebiete kann natürlich niemand etwas leisten, der, wie der jetzige Reichsminister, von einer Souveränität der deutschen Länder spricht.

Wir sorgen uns um die Souveränität des deutschen Volkes, gegen die Herrengelüste der Großkapitalisten und ihrer Parteien, auch gegen die militärische und finanzielle Diktatur der Sieger im Weltkrieg. Aber die romanische Souveränität der „Nationen“ Schaumburg-Lippe, Waldeck, Oldenburg, Birkenfeld, Anhalt, Schwerin, Strelitz und anderer „Völker“ ist für uns eine Karikatur auf modernes Staatsleben. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die föderalistischen Lösungen werden scheitern, schon an der nicht zu brechenden Ueberlegenheit Preußens. Der deutsche Lebensraum scheint uns für einen föderalistischen Staat zu klein zu sein. Der föde-

ratingedanke ist gut für die Einigung Europas, unbrauchbar für Deutschland. Wir sind als Paneuropäer föderalisten, als Deutsche jedoch Unitarier. Unbegreiflich ist, daß die Bayern Bismarcks Verfassung mit ihrer diktatorischen preussischen Hegemonie nachträglich anschwärmen. Die Bayern scheinen immer nur in der Erinnerung leben zu können. Der neuerliche Rufus des Zentrums für den „echten föderalistischen Staat“ beweist nur die wachsende Unsicherheit der föderalisten. Im Zentrum steigt die unitarische Strömung. Auch das Zentrum wagt sich im Ernst an Preußen nicht mehr heran. Wer jedoch Preußen nicht zer schlagen will, redet theoretisch von einem scheinbaren föderalismus, steuert aber praktisch auf den Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung los. Die föderalisten sind ein Heer ohne einheitliche Führung und ohne Ziel. Wir sozialdemokratischen Unitarier erstreben keine schematische Zentralisation. Wir wünschen nicht, daß etwa Berlin die Provinzstädte kulturell so veröden läßt, wie es München mit seinen bayerischen Provinzstädten getan hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Einheitsstaat ist uns kein Schlagwort. Wir wissen, wie schwer er zu verwirklichen ist, aber wir wollen die Entwicklung zum Ziele fördern. Wir denken uns die Entwicklung etwa so:

keine Herabsetzung des jetzigen Zustandes zugunsten des Reichs;

keine Schwächung der Reichsgewalt, keine Stärkung des Reichsrats; kein Abbau der Reichssteuerrechte, Bereinigung der Enklaven Verhandlungen müssen baldigt in Fluß kommen, damit dem Volke gezeigt wird, daß die jetzigen Landesgrenzen nicht unantastbar sind. Keine einzelnen Reichsländer. Anschließ lebensunfähiger Länder an benachbarte größere lebensfähige Länder. Volles Ausschöpfen der dem Reiche gegebenen Gesetz- und Verwaltungs Kompetenzen. Kein Nebeneinander von Reichs- und Staatsverwaltungen, Vereinheitlichung der Rechtsprechung mit dem Ziele der Reichsjustiz, Vereinheitlichung des Bodenrechtes, Wohnungsrechtes, Wegerechtes. Vereinheitlichung des Vollzugsorgans (Reichstriminalpolizei, Reichsverkehrs Polizei unter dem Reichsministerium des Innern), Reichsstadteordnung, Reichslandgemeindeförderung, Reichsbürgerrecht.

So wird sich ein engerer staatsrechtlicher Zusammenschluß der Reichsglieder entwickeln und zugleich eine größere Selbstverwaltung der kommunalen Körperschaften. Preußen aber hat einen besonderen Beruf, den Einheitsstaat mit dezentralisierter Selbstverwaltung vorzubereiten. Es muß seine Provinzen zu Vorbildern kommender Reichsprovinzen oder Reichsländer machen, sowohl nach der geographischen Abgrenzung wie nach der inneren Gliederung und der Lebenskraft ihrer Selbstverwaltung.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten wird theoretisches Gerede bleiben. Das Volk selbst muß sprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir rufen die deutsche Jugend auf, über die Reife der Monarchien zur Einheitsrepublik vorzubringen. Wir vertrauen auf die deutsche Arbeiterklasse. Alle ihre Organisationen spannen sich über das ganze Reich. Die Ideen der Arbeiterklasse greifen selbst über die Nationen weit hinaus. Diese Ideen sind viel zu groß, um sich in Ländergrenzen einsperren zu lassen. Die deutsche Zerrissenheit wollen wir denen ins Grab legen, die sie verschuldet haben, den deutschen Monarchisten. Wir wollen vorwärts zur sozialen Republik. So wollen und werden wir das schaffen, was die Monarchisten nie erreichen konnten: den Staat der deutschen Nation. (Sehr Beifall bei den Soz.)

Reudells „Großtat“.

Abg. Berndt (Dnat.) erwidert dem sozialdemokratischen Redner, schon die Vorlage des Reichshaushaltsgesetzes allein sei eine Großtat der letzten Regierungskoalition gewesen, für die dem Minister v. Reudell Dank gebühre. (!!) Das Scheitern des Schulgesetzes erzeuge Empörung bei der ganzen christlichen Elternschaft. Der Kampf um das Schulgesetz werde fortgeführt werden, bis die konfessionelle Volksschule und die Souveränität des Elternrechts rechtlich gesichert sei. Das gesunde Gefühl des Volkes lehne sich auf gegen die vorzeitigen Reichstagsneuwahlen. (!) Die unter dem Schlagwort „Einheitsstaat“ geführte Agitation sei aus parteipolitischen Gründen künstlich entfacht worden. Der Einheitsstaat sei nur möglich, wenn der einheitliche Volkswille ihn verlangt. Durch Zwang oder Mehrheitsbeschlüsse sei er nicht zu erreichen. (Fortgelesene Zwischenrufe links.) Die Deutsch-nationalen würden alle Ausschuldränge ablehnen, die unitarischen Charakter haben. Die Ursache aller Mißstände sei die demokratisch-parlamentarische Weimarer Verfassung, die für Deutschland nicht passe. Eine Reform der Verfassung sei notwendig im Sinne der Beschlüsse der Länderkonferenz. Der Redner verlangt die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des preussischen Ministerpräsidenten in einer Person. Die Regierung müsse unabhängig vom Vertrauen des Parlaments sein. Der Reichspräsident müsse das Recht haben, die Minister zu ernennen und gegen Parlamentsbeschlüsse Einspruch zu erheben. Von den Parteien der Linken werde ein wütender Haß gegen die alten Traditionen, vor allem gegen die schwarz-weiße Fahne gepflegt, während die Deutsch-nationalen ihre volle Loyalität der schwarz-rot-goldenen Fahne gegenüber bewiesen hätten. (Unruhe links.) Zu beurteilen sei der Gesinnungsterror, der in der Flaggenfrage geübt werde. (Große Unruhe links.) Statt eines Volksstaates haben wir einen unfreien Partei-staat. Ich erinnere mir an die russischen Sowjetmethoden, die der preussische Kultusminister Dr. Becker gegen die Studenten anwendet. (Erregte Zurufe links.) Der Parteilanatismus wendet sich sogar gegen den Gedanken der Landesverteidigung. (Abg. Hildenbrand (Soz.): Wer hat das Land verteidigt? Sie doch nicht, sondern die Arbeiter-schaft!) Wollen Sie mir das abstreiten? Nur bei uns sind solche Reden möglich, wie sie Professor Quixote hält. (Große Unruhe bei den Soz. Zurufe: Schämten Sie sich. — Abg. Sollmann wird wegen eines Zurufs zur Ordnung gerufen.) Wenn unsere Minister deutsch-nationale Beamten in die Verwaltung bringen, dann handelt es sich um tüchtige Leute. (Gelächter links.) Der preussische sozialdemokratische Innenminister betrachtet aber den Staat als den ersten Diener der Sozialdemokratie. (Erregte Zurufe bei den Soz.) Die Treue monarchistischer Beamten zu ihren alten Idealen sollte auch in der Republik geachtet werden. (Zurufe bei den Soz.) Ihnen ist der Begriff der Treue fremd, Herr Löwenthal!

Abg. Dr. Löwenthal (Soz.) wendet sich mit erregten Worten gegen den Redner. Unter großem Lärm schließt Abg. Berndt seine Rede.

Um 17% Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 14 Uhr, vertagt.



Wie ein Wunder

wirkt Suma im Kochkessel. Suma hat die Eigenart, einen lebendigen Strom von Millionen Seifenbläschen zu bilden, welcher die Gewebe durchspült und zwischen die feinsten Fasern dringt, wobei auch der hartnäckigste Schmutz behutsam gelöst und emporgespült wird. So wäscht Suma auf natürlichste, schonendste und vollkommenste Weise.

Sie brauchen weder Bürste noch Waschbrett, und da Suma absolut frei ist von chemisch bleichenden und scharfen Substanzen, bleibt auch das zarteste Fädchen unversehrt.

Dabei spart Ihnen Suma viel Geld: Ein Paket gibt vier Eimer kräftig schäumende Lauge; kein anderes Waschmittel ist so ausgiebig.

Waschen auch Sie hinfort mit Suma!

Preis nur 50 Pfennig.

SUNLICHT GES. MANNHEIM

Deutsches Theater
Norden 12 310
Abonnementsbüro:
Norden 10 338-39,
9 1/2 Uhr, Ende 10 U
Zwölftausend
Sonntag, den 25.
vorm. 11 1/2 Uhr
Bühne der Jugend
„Mörder für uns“
Sonntag, den 25.
nachm. 4 Uhr
Zinsen
Preise 1-7 M.

Kammerspiele
Norden 12 310
9 1/2 U., Ende nach 10
Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?

Die Komödie
Bismarck 2414/7316
9 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
Marcel Fradellin
(Der Eunuch)

Berliner Theater
Direktion Kuhnert,
Südwesth. 55-51, Stb. 170
8 1/2 Uhr
„Die Bollé Sisters“
Ein Berliner Volks-
stück von
Friedmann-Friedl. — Mit
Adelbert, Lea Feld, Teri Lenz

Städt. Bühnen
Th. Königsplatz, St.
Bergm. 2110
8 1/2 Uhr
Flucht
von Joh. Schwanke
Fiedl. — Mit Lenz
Komödienhaus
Norden 6304
Tägl. 8 1/2 Uhr
Broadway

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Erika Glässner
in
„Gretchen“
Für Jugendliche
nicht geeignet

Th. im Admiralspalast
Nur noch 4 Vor-
stellungen
Tägl. 8 1/2 Uhr
**HALLER-
REVUE**
„Wann und wo“

Letzte Sonntag-
Vorm.-Vorstz.
1 Uhr; die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen
Schluss der Spiel-
zeit 25. März

Thalia-Theater
Dresdner Str. 72/73
8 U.: Das Kamel geht
durch das Nadelöhr



Für die beste Antwort auf diese Frage setzen wir

RM. 100.- Prämie in jeder Vorstellung

aus. Beachten Sie die grünen Extra-Blätter an unseren Türen!

Der Magda-Sonja-Film **Sensationsprozess** wurde nach dreimaligem Verbot freigegeben. Er ist von Anton Kuh nach dem Schauspiel „Prozess Bunterbart“ von Max Brod bearbeit.

Regie:
Friedrich Feher
in den Hauptrollen:
Magda Sonja
Anton Pointner / Carl Goetz
Gustav Diessl / Siegr. Berisch
Gustav Rickelt / N. v. Lovric

URAUFFÜHRUNG AB HEUTE!

Täglich 8^h, 9, Sonntags 4, 6^h, 9

Vorverkauf 11-2 und ab 5 Uhr

Eintrittspreise wieder von 1 M. an

Piscatorbühne
Theater am
Nollendorferplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende geg. 11
**Die Abenteuer des
braven Soldaten
Schwejk**
mit Max Pallenberg
insc. Erwin Piscator

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
Absteigequartier
Schwank in 3 Akten
komische Rollen
Vorzeiger dieses
zahlen für Parkett
auch Sonntags statt
4,- Mk. nur 60 Pf.

Theater d. Lützowstr.
Tel. Kurf. 9200-30
Täglich 8 1/2 Uhr
**Bennet
contra
Aschenbrödel**

Planetarium am Zoo
Friedrichsdenkmalstr. 157b
16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr
**Im Reiche der
Mitternachtssonne**
Eintritt 1 M.
Garde ab 15 Jahren 0,50 M

Gastspiel im
Lessing-Theater
Norden 12795
Täglich 8 Uhr
Hoppla, wir leben!
von Ernst Toller
insc. Erwin Piscator

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr
Kein Polizeiverbot
Oskar Ebelbacher
in
Schule der Liebe
Frz. Schenk in 3 Akten
Für Jugendl. verb.
für Textprobe halbe Preise

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr
**Der Graf von
Luxemburg**
Behr, Meiser,
Ralph Arter Robert, Kuffus
Helm, Hall, Hellmann

Sachsenbühnen
Des. Künstler-Th
8 Uhr
**Die goldne
Meisterin**

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Guldo Thierscher
**„Unter
Geschäftsaufsicht“**

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Zigeunerbaron
Kurlina a. G. (Wasser
tanz); Lichtenstein,
Holbauer, Fleischer
Sul. Usanag. Wieser,
Bradsky, Brandt

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
im März-Spielplan 4. gn. Schlager
„Oh diese Schwiegertöchter“
Volksstück in 1 Akt.
Fernen, Schorsch Russell, der Meister
der Komik in „Fräutlingszauber“

Berliner Uik-Trio
Neukölln. Uik-Trio
Lahnstr. 74/75 L

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
8 1/2 Uhr
Der Flieger

Erstklassige Herrenkonfektion
Anzüge, Paletots, Hosen 50% unter Preis
Fahnenberggürtelung
Preßmann, Linienstr. 83 a.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 24. & 26 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 12 Uhr: Sinfonie- Mittagskonzert 8 U.: V. Sinfoniek.	Freitag, 23. & 25 Städtische Oper Bismarckstr. N.-Yem. II. Anf. 7 1/2 Turandot
Städt. Schauspielh. im Gendarmenmarkt 8 Uhr Prinz Louis Ferdinand	Städt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Das Duell am Lido

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
**Die Entdeckung
des Antonio Carossa**

Großes Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr
**REGIE:
CHARELL**
**DOMPADOUR
MASSARY**
Sonntag am 3 Uhr halbe Preise

8 UHR SCALA
Neuharden 7352
**Enrico
Rastelli**
und weitere internationalen
Varieté-Attraktionen.
Sonntags u. Sonntags
Je 2 Vorstellungen:
1^h u. 8 Uhr — 3^h zu ermäßigten
Preisen des ganzen Programms.

Die Winter-Olympiade St. Moritz

Das weiße Stadion
Kurzspiel im Schneeparadies des Engadin
Regie: Dr. Arnold Fanck und
Öthmar Gurnler
Photographie: Sapp Allgauer
Hanna Schnoberger / Albert
Benz / Richard Angst
Populäre Preise
Jugendliche
haben Zutritt

Ufa-Pavillon
am Nollendorferplatz
Vorverkauf ab 12 Uhr ununterbrochen im Ufa-Pavillon
(Tel. Nollendf. 8875 u. Lützow 3484) und bei A. Wertheim

CASINO-THEATER 6 Uhr
Lothringer Str. 37.
Doktor Klaus.

Renaissance-Theater
Steinplatz 90.
8,10 Uhr: **Coeur Bube.**

Winter-Garten 8 Uhr
Olfo Reutler
und das
or. Programm

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr.
Das wundervolle Progr. der
Stettiner Sängers
nachm. ermäß. Preise.
Dönhoff-Brettli:
Glänzendes Varieté-Programm
Tanz! Anfang 8 Uhr, Stgs. 5 1/2

Komische
8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
Zieh' dich aus!
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Erstklassige Herrenkonfektion
Anzüge, Paletots, Hosen 50% unter Preis
Fahnenberggürtelung
Preßmann, Linienstr. 83 a.

Ein beispielloser Erfolg!!!
125 000 Berliner sahen

Charlie Chaplin in „Zirkus“

in den 45 Tagen der Uraufführung im „Capitol“ am Zoo, 35 der bedeutendsten Lichtspieltheater Groß-Berlins mit zusammen 40 000 Sitzplätzen bringen den Film ab 23. März als Erstaufführung. Mehr als 100 weitere Berl. Lichtspieltheater zeigen danach in den folgenden 3 Wochen

Charlie Chaplin in „Zirkus“

UNITED ARTISTS

Der Brief.

Von Kjalama Jockif.

Im modernen Japan gibt es zahlreiche literarische und künstlerische Schulen, die in Deutschland noch wenig bekannt sind. Eine der interessantesten davon ist die „Zutaga Genien“ (Künstlergenien), eine Gruppe von Schriftstellern, zu der auch Kjalama Jockif gehört, der Verfasser der folgenden Erzählung.

Matsudo Jodjoo war in einer Zementfabrik mit dem Öffnen von Fässern beschäftigt.

Er brach ein Fass auf und ließ den Zement in Kisten laufen. Die Maschine erfaßte die Kisten und leitete den Zement auf einen Laufband fort. Die Maschine wartete auf den Mann, und Tag für Tag stand Matsudo mit seiner Schaufel inmitten der Fässer, Kisten und des Laufbandes der Maschine. Während elf Stunden stand er in einer Wolke von Zementstaub.

Matsudo Jodjoo war ein einfacher Arbeiter. Und während der eifrigsten Arbeitszeit hatte er nur den einen Wunsch: seine Nase von dem Staub zu schneuzen. Kopf, Schultern, Hände, Schnurrbart und Augenbrauen von Matsudo Jodjoo waren mit Zementstaub bedeckt. In seiner Nase wurde der Staub hart wie Eisenbeton. Er hätte sich immerzu schneuzen müssen, aber die Maschine speite zehnmal in der Minute, schnappte unaufhörlich Fässer und Kisten — die Maschine konnte nicht warten. Es fehlte dem Arbeiter an Zeit, die Hände an die Nase zu führen. Die eifrigste Arbeitszeit wurde durch eine Pause von einer halben Stunde unterbrochen, um eine Handvoll Reis zu verschlingen, und von zehn Minuten Pause alle drei Stunden; aber diese Zeit reichte gerade, um den Reis hinunterzumägen und die Maschine zu putzen. Es blieb nur ein kurzer Augenblick zum Ausruhen, aber nicht zum Schlafen, der sich des erstarrten Körpers des Arbeiters bemächtigt hatte, auslangte. Seine Hände waren angeschwollen, so daß er die Nase nicht anfassen konnte. So drang der Zement durch die Nase in die Lunge und dadurch in das Blut seines Körpers.

Und so war es jeden Tag.

So war es auch heute . . .

Matsudo Jodjoo war ein ganz einfacher Arbeiter.

Als er heute den Zement in die Kiste und von da auf das Laufband schüttete, entdeckte er in dem Fass eine Kassetten.

„Sonderbar!“ dachte Jodjoo.

Aber es blieb ihm keine Zeit, darüber nachzudenken. Die Maschine wartete nicht.

Er hob die Kassetten auf. Sie war leicht. Er steckte sie vorn in die Tasche seines Schürzes und setzte seine Arbeit fort. Die Maschine lief unaufhörlich. Der Arbeitstag ging weiter. Jodjoo vermutete nicht, daß die Kassetten Geld enthielten. Er vergaß sie, während er die Fässer, die zu ihm hinabrollten, öffnete.

Bei Anbruch der Nacht endete die Arbeit. Der Beton war fertig, die Maschine lief leer. Matsudo mußte sich Gesicht und Hände unter dem Schlauch, der die Maschine mit Wasser versorgte. Um den Hals kniete er sich das Taschentuch, mit dem er sein Frühstück eingewickelt hatte. Dann ging er mit ganz anderen Gedanken im Kopf nach Hause. Es waren nicht mehr die Alltagsorgen um gutes Essen, Trinken und Schlafen.

Rein. Er mußte jetzt eine neue Beschäftigung finden. Die elektrische Anlage, an der er arbeitete, ging der Vollendung entgegen . . .

Hoch am Himmel thronte der Berg Tenayama mit seiner Schneehaube im Nebel. Zu seinen Füßen schäumte und tobte der Nissogawa-Fluß. Die Natur hatte sich seit tausend Jahren nicht verändert. Die Kälte drang durch Matsudos müden Körper. Von der Erhabenheit der Natur wurde er auf nüchternen Alltagsgedanken zurückgeführt: seiner Frau stand die Entbindung des siebenten Kindes bevor. Sie würde das Kind ohne Pflege während der strengsten Kälte zur Welt bringen; sein mageres Einkommen von zwei Hens würde für den Reis nicht reichen, und es würde ihnen noch schlechter ergehen . . . und . . . und . . .

Matsudos Gedanken waren nicht die angenehmsten. Er verlor allen Mut.

Da erinnerte er sich der Kassetten, die sich in seiner Tasche befand. Er zog sie hervor und pugte sie an seiner Nase ab. Die Kassetten war fest verschlossen. Sie trug keine Aufschrift, sie hatte ein armseliges Aussehen.

Matsudo schlug sie gegen einen Stein, aber sie ging nicht auf. Matsudo suchte. Als wenn er die ganze Welt hätte zerschmettern wollen, trat er mit kräftigen Tritten mit dem Absatz auf ihr herum. Die Kassetten flog in Stücke.

Der aufgebrochenen Kassetten entnahm Matsudo ein in Lumpen gehülltes Stück Papier.

Darauf stand folgendes:

„Ich bin Arbeiterin in der Zementfabrik, ich läse Zementfässer. Mein geliebter Mann war bei der Steinmühle beschäftigt. Am 7. November, in der Frühe, als er einen schweren Stein herunterwühlte, fiel er damit in die Maschine. Man hat die Maschine nicht abgestellt. Die Steine hoben meinen Mann verschüttet. Die Maschine hat seinen Körper mit den Steinen zermahlen und hat ihn dann mit kleinen blutigen Steinchen wieder ausgespien. Man hat die Maschine nicht abgestellt und die Maschine hat die Stücke seines Körpers in eine andere Maschine transportiert. Und dann wurde sein Körper in Stahlmühlen unter fürchterlichem Lärm in Staub verwandelt. Und sein Körper und seine Knochen und seine Seele sind zu Zementstaub geworden, er, mein Geliebter, ist zu Zement geworden. Nur noch die Lumpen seiner Arbeitskleidung, nur diese sind geblieben. Ich habe die Ueberbleibsel aufgehoben, habe diesen Brief geschrieben und habe alles zusammen in das Fass, das Sie heute ausgebrochen haben, hineingetan.“

Sie sind Arbeiter! Wenn Sie Arbeiter sind, haben Sie Erbarmen mit mir. Bitten Sie mir eine Antwort zukommen. Ich will wissen, wo der Zement aus den Knochen meines Mannes hinkommen wird. Sind Sie Maurer oder Zimmermann? Ist mein Geliebter eine Zimmerwand in einem Hause oder die Mauer eines Gefängnisses geworden? Sie sind Arbeiter! Verwenden Sie den Zement nicht zu solchen Bauten?

Schreiben Sie mir, wo mein Mann ist. Wie werde ich ihn finden? Ist er im Orient oder im Ozean? Ist er fern oder nah? Wo in dem Zement ist er und wie wird er wieder auferstehen?

Ich schenke Ihnen ein Stück von meiner Arbeitskleidung. Diese Lumpen sind von meinem Schweiß durchtränkt, von demselben Schweiß wie der Ihre und von demselben Staub, in dem Sie arbeiten.“

Matsudo verließ das Baugelände des Elektrizitätswerks. Der Himmel verfinsterte sich. Der Nissogawa-Fluß tobte durch das

Der Tod Puschkins.

Der Dramatiker Schischegolew, Autor des Dramas „Puschkin“, bringt in seinem neuen Werk „Duell und Tod Puschkins“ die nachstehenden interessanten Einzelheiten, die mit zum ersten Male in deutscher Uebersetzung veröffentlichten.

Katja Nikolajewna Gonitscharowa war noch kaum achtzehn Jahre alt, als im März 1830 Nikolaus I. gelegentlich eines Aufenthaltes in Moskau auf ihre blendende Schönheit aufmerksam wurde. Den Sommer 1831 verbrachte Puschkin mit seiner Gattin in Jaroslawo Selo, wo auch der Hof anwesend war. Seine Schwester schrieb ihrem Gatten im Laufe des Monats September, daß die Schwägerin schon der Kaiserin vorgestellt wurde, die von ihr entzückt sei. Das Entzücken lag selbstverständlich mehr auf Seiten des Kaisers, der, wie bekannt, stets ein Verehrer schöner Frauen war. Puschkin schrieb damals an seinen Freund Raschtschin, der Kaiser mache seiner Frau den Hof, als wäre er ein junger Offizier, fahre abends früh morgens ein paar Mal vor ihren Fenstern auf und ab, um sie dann abends, während des Balls, zu fragen, warum ihre Stores stets herabgelassen seien.

Dezember 1833 bekam der Dichter den Titel eines Kammerjunkers. Puschkin schreibt hierzu in sein Tagebuch: „Vorgerufen wurde ich zum Kammerjunker ernannt, nicht gerade passend für meine Jahre, aber der Hof wollte, daß Katja Nikolajewna im Anitschhoff-Palais tanzt.“ Diese Bälle im Anitschhoff-Palais waren der übliche Schauplatz von Nikolaus I. verschiedenen Flirts.

März 1834 bekam Puschkin auf kaiserlichen Befehl die Summe von 20.000 Rubel, um seinen „Ausflug nach Sibirien“ in Druck legen zu lassen. Gegen den Willen des Dichters — aber auf Wunsch Katja Nikolajewnas — wurde ihre Schwester Hofdame, Dantes, der Puschkins Schwägerin geheiratet hatte, um den Verdacht zu entziehen, daß er selbst sich um die Dichtergattin beworben, wurde von Nikolaus I. beauftragt, Katja Nikolajewna Geld für das Hochzeitsgeschenk zu überbringen. Bendendorff schrieb in dem Begleitbrief: „Von dem Bunde beiseit, Ihnen und Ihrem Herrn Gemahl eine angenehme Ueberraschung zu bereiten, wurde ich beauftragt, Ihnen die beiliegende Summe einhändigen zu lassen, damit Sie Ihrer Schwester aus Anlaß ihrer Hochzeit ein würdiges Geschenk bieten können.“ Dieses Geldgeschenk — offensichtlich ein Vorwand — spricht sehr deutlich für die Sympathien, die Nikolaus I. für Frau Puschkin hegte.

Wie weit diese Beziehungen noch zu Lebzeiten des Dichters gediehen, bleibt unbekannt, doch ist anzunehmen, daß es sich nicht um mehr als einen Flirt gehandelt haben dürfte, doch ist es zweifellos, daß sie eine überaus tragische Rolle in dem Drama spielten, das dem Leben des großen Dichters ein so jähes Ende bereiten sollte. Die Zeitgenossen verließen, die Wahrheit zu verbergen, doch ist der wirkliche Sachverhalt auf Grund dokumentarischer Belege einwandfrei festgestellt worden.

Dunkel und nur der Tenayama-Berg ragte schweigend zum Sternenhimmel empor. Matsudo las den Namen und die Adresse am Ende des Briefes, als er plötzlich das Geschrei seiner Kinder, die ihm entgegen sprangen, hörte.

Er hob den Kopf. Da sah er den gewöhnlichen Leib seiner Frau und darin sein siebentes Kind von sieben Monaten. . .

(Uebersetzt von Helene Kaffen.)

Der Deutsche Sprachatlas.

Ein großes Werk deutscher Wissenschaft wird jetzt der Allgemeinheit durch den Deutschen Sprachatlas zugänglich gemacht, dessen erste Lieferung erschienen ist. Eine langjährige und grundlegende Arbeit, die von Georg Wenker in dem Sprachatlas des deutschen Reiches geschaffen worden war, hatte bisher ein Dasein halb im Verborgenen geführt; dieser fundamentale Sprachatlas, der in anschaulichster Weise die Verteilung der deutschen Mundarten darstellt, war nämlich nur in zwei handschriftlichen Exemplaren in Berlin und Marburg erhalten und konnte deshalb nur von wenigen eingesehen werden. Nunmehr wird dieser Wissenschaft in einer vereinfachten Form der Allgemeinheit dargeboten, und die ersten acht Karten liegen jetzt, unter der Leitung von Ferdinand Wrede bearbeitet, vor. Auf den einzelnen Karten ist vieles besser und richtiger angegeben, als auf den entsprechenden der Vorlage. Außer den beiden Grundarten, die die Verteilung der Mundarten im großen festhalten, zeigen die bisherigen Karten des neuen Atlas die Entwicklung der Lautverschiebung und die mannigfachen Bezeichnungen einzelner Worte wie „ich“, „dir“, „beissen“, der Endung „en“ und die Sponnoma zu „Pferd“ und „Hühne“. Die 24. Karte bietet mit ihren 70 Formbezeichnungen einen besonders schlagenden Einblick in die Einheit der Sprachformen in den Dialekten. Das Werk wendet sich mit Bewußtsein an einen weiteren Benutzerkreis: alle höheren Lehranstalten und Mittelschulen Deutschlands erhalten ein Exemplar zugewiesen. Man darf hoffen, daß damit eine Vertiefung der allgemeinen Sprachkenntnisse in Hand geht, und zugleich wird auch der Wissenschaft neue Anregung geboten, die besonders für das Studium der Wortgeographie viel daraus lernen wird.

Ernüchterungskuren in Rußland.

Der Budji, das russische Nationalgetränk, herrscht jetzt, nachdem er während des Krieges und einige Zeit nachher verboten war, auch im Sowjetreich wie in den alten zaristischen Tagen. Nach den Polizeiberichten in den Moskauer Blättern müssen die Hüter der öffentlichen Ordnung immer mehr Zeit darauf verwenden, die hilflosen Gestalten, die dem Alkohol zu eifrig zugesprochen haben und nun auf der Straße liegen, aufzuheben und nach den Polizeistationen zu bringen. Die Behörden haben nun beschlossene, strenge Maßnahmen anzuwenden, um diese unheimlich zunehmende Rückkehr zum Budji zu verhindern. Man hat daher einen „Zeldzug“ ins Leben gerufen, der die wissenschaftliche Behandlung der Gewohnheitserben überall in dem weiten Reich verbreiten soll. In Moskau werden schon jetzt solche „wissenschaftliche“ Ernüchterungskuren vorgenommen. Die Ärzte, in denen die Betroffenen untergebracht wurden, erwiesen sich für diese Maßnahmen nicht ausreichend; sie sind daher bedeutend erweitert und mit besonderen Apparaten ausgerüstet worden. Betrunkene, die von der Polizei eingebracht werden, dürfen nicht, wie

Die Krönung Nikolaus I. für Frau Puschkin wurde bald allgemeines Hoheitsgespräch. Um den „rasend Eifersüchtigen“ zu necken, wurde diese Krönung von seinen Feinden weidlich ausgenützt. Der Hauptstab seiner Feinde war im Salon der Gräfin Kesselrode, der Gemahlin des Botschafters und Freundin des holländischen Gesandten Bekkeren und dessen Adoptivsohn Dantes. Dantes verkehrte nebenbei viel in homosexuellen Kreisen, was ihn aber nicht hinderte, auch in Frau Puschkin verliebt zu sein.

Das „Diplom des Gehörnten“ wurde von einem Mitglied dieses Kreises verfaßt, nämlich von dem Fürsten Piotr Wladimirowitsch Dolgorukoff (eine graphologische Expertise Salkoffs läßt keinen Zweifel mehr offen). Dieses Diplom, das man Puschkin einschickte, benachrichtigte ihn davon, daß seine Gattin die Geliebte des Kaisers sei. Auf solche Art wurden Puschkin quasi die Hände gebunden. In dieser Ohnmacht wollten sich nun seine Feinde weiden. Die Andeutungen, die in dem Diplom gemacht wurden, waren so unverblickt, daß Puschkin verstehen mußte. Dies beweist auch ein Brief Puschkins am Tage nach Erhalt des Diploms, in welchem er den Finanzminister bittet, seine Schulden zu tilgen (Puschkin war damals in sehr bedrängter materieller Lage, in diesem Schritt aber trotzdem). Zur Tilgung seiner Schulden übergab er dem Finanzminister sein Gut „Baldino“. Bemerkenswert ist der Schluß des Briefes: „Ich gestatte mir, Euer Durchlaucht noch mit einer Bitte zu belästigen: Da es sich hier um eine mehr oder weniger unbedeutende Sache handelt, bitte ich Euer Durchlaucht, Seiner Majestät diese meine Verfügung nicht zu melden, da der Kaiser mir in seiner bekannten Großzügigkeit wahrscheinlich diese Schuld streichen lassen würde, was mich in eine sehr peinliche Lage versetzt hätte, denn gerade in diesem Falle hätte ich einen solchen kaiserlichen Gnadenakt ablehnen müssen, was man vielleicht als Undankbarkeit oder Arroganz ausgelegt hätte.“

Es war klar, daß das Geld, das er vom Kaiser bekommen hatte, in seiner Tasche brannte.

Den Autor des „Diploms“ konnte Puschkin selbstverständlich nicht ungestraft lassen. Er hielt (vielleicht mit Unrecht) Bekkeren für den Urheber. Eine Zeitsung überlegte er, ob er nicht dem Kaiser den Inhalt des „Diploms“ bekanntgeben und auf diese Weise Bekkeren mit in den Schmutz ziehen sollte. Aber da gerade um diese Zeit wieder Dantes auf den Schauplatz erschien (es war ihm gelungen, Katja Nikolajewna zu bewegen, ihn in der Gardesavalleriekajete aufzusuchen), kam es bald zu dem verhängnisvollen Duell.

Zweifellos ist die ganze Tragik des unglücklichen Puschkin, auch unter Berücksichtigung der Schischegolewischen Forschung, noch nicht einwandfrei klargestellt, sicher aber haben die Intrigen Nikolaus I. keine geringe Rolle dabei gespielt. (Deutsch von Arnold Wellerhauer.)

bisher, auf dem Boden ihren Raufsch auszuhalten, sondern sie werden sofort einem geübten Personal überantwortet, die eine recht rücksichtlose Behandlung mit ihnen vornimmt. Die von der fischen Lähmung des Raufsches umfassen werden unter eiskalte Douchen gebracht, und darauf folgen kalte Packungen. Sind sie auf diese Weise unsonst wieder zum Bewußtsein erweckt, dann müssen sie Sauerstoff einatmen, und wenn sie auch dann noch nicht nüchtern geworden sind, bekommen sie Brechmittel. Kurz, die Behandlung ist wohl geeignet, dem Trinker das Erwachen in unangenehmer Erinnerung zu lassen, und da er außerdem für diese Behandlung noch 4 bis 10 Mark bezahlen muß, so wird er es sich erst dreimal überlegen, bevor er sich noch einmal von der Polizei in trunkenem Zustand ertrotzen läßt.

Der Nutzen der Mandelentfernung. In der Stadt Rochester im Staate New York hat man im großen Verluße mit der Entfernung der Nervenmandeln bei Kindern vorgenommen. Rund 15.000 Schulkinder wurden die Mandeln in einer Spezialklinik entfernt, weiteren 5.000 Kindern durch den Hausarzt. Diese 20.000 mandellosen Kinder blieben dann unter ständiger ärztlicher Beobachtung, und ihr Gesundheitszustand wurde mit dem von 28.000 Kindern verglichen, bei denen die Mandeln nicht entfernt worden waren. Ueber die Ergebnisse dieser Untersuchungen, die von Dr. Albert D. Kaiser zusammengestellt wurden, wird in der „Limeschau“ berichtet. Bei den operierten Kindern kam Scharlach bei 7,6 Proz. vor, bei den Nichtoperierten bei 16 Proz. Die mandellosen Kinder erkrankten sich als widerstandsfähiger gegen rheumatische Erkrankungen, natürlich nur dann, wenn diese Erkrankungen nicht schon vor der Operation herangezogen waren. Bei den operierten Kindern traten sich Herzerkrankungen auf rheumatischer Grundlage in 450 Fällen, bei den Nichtoperierten in 817 Fällen. Von den 450 mandellosen Kindern hatten aber 83 Proz. das Leiden schon vor der Operation, und nur 17 Proz. haben es erst nachher erworben. Man schließt daraus, daß durch die Nervenmandeln die Erkrankung an Scharlach, an rheumatischen Leiden und den daraus entstehenden Herzerkrankungen sehr begünstigt wird.

Die Sumerer — das älteste Kulturvolk. Die blaßblauen Ausgrabungen an der Stätte des alten Ur der Chaldäer haben überraschende Aufschlüsse über die Kultur der Sumerer gebracht und damit die Annahme der Ägypter, das älteste Kulturvolk der Geschichte zu sein, stark erschüttert. Der Leiter der Grabungen, Leonard Woolley, der in der „Times“ über die letzten Funde berichtet, hebt hervor, daß die vier entdeckten Königsgräber eine Kunsthöhe offenbaren, die über der gleichzeitigen ägyptischen steht. Das letzte Grab, das ausgegraben wurde, ist das älteste, denn es liegt unter dem ersten. Es ist zwar von Rußern schon in alter Zeit ausgegründet worden, aber die Architektur läßt erkennen, daß die Sumerer um das Jahr 4000 v. Chr. bereits imstande waren, großartige Gemäube zu errichten, und die verschiedenen Schmuckstücke, die zurückgelassen waren, lassen auf eine reiche Entwicklung des Kunstgewerbes schließen, dessen kostbare Intrikationskunst auf eine lange Ueberlieferung zurückzuführen ist. Ueberhaupt sprechen alle Anzeichen dafür, daß diese Kultur der Sumerer nicht etwa einen Anfang, sondern ein Ende darstellt. Die vielen Leichen von Frauen, Schmuckstücken, Wagenlenkern und Jagdtieren, die in den Gräbern gefunden wurden, enthüllen die barbarische Sitte der Opferung von Personen, deren Seelen den Herrscher auf seiner Reise ins Jenseits begleiten sollten. Dieser Brauch ist sicherlich ein Ueberrest aus fernem Zeiten und steht in einem schroffen Gegensatz zu dem Reichtum der sumerischen Kultur und den Leistungen ihrer Kunst. Es muß daher bereits eine lange Epoche vorangegangen sein, in der sich allmählich jenes Stadium entwickelte, das sich aus den neuen Funden offenbart. Damit aber werden die Anfänge der Kultur im alten Babylon in eine frühere Zeit zurückverlegt, als sie aus sonst irgendwo entgegenzutreten.

